This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

BV
761
A1H8
1898

UC-NRLF
$B 53 288

YC 42652

· FROM · THE · LIBRARY · OF ·
· KONRAD · BURDACH ·

Kirchenrechtsquellen

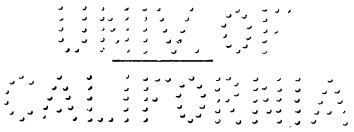
Urkundenbuch

zu

Vorlesungen über Kirchenrecht

Von

Dr. Bernhard Hübler,
ordentlichem Professor der Rechte an der Universität Berlin,
Geheimem Oberregierungsrath



Dritte verstärkte Auflage

Berlin 1898
Druck von C. H. Schulze & Co. in Gräfenhainichen.

BURDACH

Vorwort zur zweiten Auflage.

Das Kirchenrecht leidet an der erschwerten Zugänglichkeit seiner zerstreuten Quellen. Wie sich das juristische Studium in Deutschland gestaltet hat, gehört heut schon das Corpus Juris Canonici zu den Abgelegenheiten. In der Regel kommt die Beschäftigung mit den kirchenrechtlichen Urkunden nicht über das Summiren von todten Namen und leeren Büchertiteln hinaus.

Die vorliegende Schrift *nennt* nicht blos die einzelnen Quellen, sondern will sie durch Abdruck von ausgewählten Proben *erschließen*. Aus akademischen Vorlesungen über Kirchenrecht hervorgegangen, wendet sie sich an die studirende Jugend. Sie ist in erster Linie ein *Lesebuch*, kein *Lernbuch*.

Berlin, im Mai 1893.

Vorwort zur dritten Auflage.

Man sagt: Urkunden können immer nur als *ganze* verstanden werden, bloße *Auszüge* vermitteln kein wahrhaftes Wissen, entweder *alles* oder *nichts*. Aber das in nahezu zweitausendjähriger Arbeit aufgespeicherte Urkundenmaterial des Kirchenrechts ist so unermeßlich, daß von einer Bewältigung des gesammten Stoffs durch den *Anfänger* keine Rede sein kann. Ihm *alles* geben wollen heißt ihm *nichts* geben.

Die Hauptaufgabe der Quellenkunde besteht darin, das Auf- und Abwogen des Rechts in seinem geschichtlichen Werdegange vor die Augen zu führen. Soll diese Schulung des „historischen Sinns"

M114327

gelingen, so muß Wesentliches vom Unwesentlichen getrennt, Beiwerk kenntlich gemacht und Entbehrliches ausgeschieden werden. Es gilt, mit einem Wort, die springenden Punkte herauszuheben.

Reduktion und Konzentration sind allzeit die Angelpunkte eines vernünftigen Lehrsystems gewesen. Auch die Quellenbehandlung kann ihrer nicht entrathen. Was wäre ohne Kürzung aus den großen Rechtssammlungen des Corpus Juris Civilis und des Corpus Juris Canonici geworden!

Der Forscher mag habgierig, der Lehrer muß geizig sein.

Berlin, im Januar 1898.

Inhalt.

Seite

Einleitung 1

I. Buch.

Die Quellen des katholischen Kirchenrechts.

Erste Abtheilung.

Die einzelnen Rechtsurkunden.

§ 1. Konzilienbeschlüsse 2
§ 2. Päpstliche Erlasse (Papstkatalog) 5
§ 3. Statuten 12
§ 4. Konkordate 14
§ 5. Cirkumskriptionsbullen 28

Zweite Abtheilung.

Die Sammlungen der Rechtsurkunden.

Erster Abschnitt. Die Sammlungen vor dem Corpus Juris Canonici. (Bis 1150.)

§ 6. Die Pseudo-Apostolischen Sammlungen 33
§ 7. Die Dionysische Sammlung 35
§ 8. Die Spanische oder Isidorische Sammlung 35
§ 9. Die Pseudo-Isidorische Sammlung 36
§ 10. Die Pönitenzialbücher 39
§ 11. Die Vorgratianischen Sammlungen 40

Zweiter Abschnitt. Das Corpus Juris Canonici. (1150—1317.)

Kapitel I.

Die einzelnen Bestandtheile des Corpus Juris Canonici.

§ 12. Das Decretum Gratiani (1150) 41
§ 13. Die Dekretalen Gregor IX. (Gregoriana. 1234) 45
§ 14. Der Liber Sextus (1298) 48
§ 15. Die Clementinae (1317) 50
§ 16. Die Extravaganten-Sammlungen (1500) 51

Kapitel II.

Das Corpus Juris Canonici als Ganzes.

§ 17. Die äußere Gestalt des Corpus Juris Canonici 54
§ 18. Rechtskraft des Corpus Juris Canonici 55

Dritter Abschnitt. Die Sammlungen nach dem Corpus Juris Canonici. (Seit 1317.)

Kapitel I.

Päpstliche Dekretalen.

Seite

§ 19. Die Kanzleiregeln 56
§ 20. Die römischen Ritualbücher 57
§ 21. Die Bullarien 59

Kapitel II.

Konzilienschlüsse.

§ 22. Das Konstanzer Konzil 64
§ 23. Das Basler Konzil 66
§ 24. Das Trienter Konzil 68
§ 25. Das Vatikanische Konzil 72
§ 26. Die Konzilienssammlungen 74

II. Buch.

Die Quellen des evangelischen Kirchenrechts.

§ 27. Die symbolischen Schriften 75
§ 28. Die Kirchenordnungen 79
§ 29. Das Corpus Juris Canonici 87
§ 30. Die Conclusa Corporis Evangelicorum 88
§ 31. Die preußischen Unionsurkunden 88

III. Buch.

Gemeinsame Rechtsquellen.

§ 32. Die Bibel 90
§ 33. Die älteren deutschen Reichs- und Bundesgesetze bis 1866 92
§ 34. Die deutschen Landesgesetze bis 1848 97
§ 35. Die neueren deutschen Reichs- und Landesgesetze 99

Verzeichniß

der

ganz oder stückweise abgedruckten Rechtsurkunden.

Seite

Wormser Konkordaat v. 1112 20
Konstanzer (deutsches) Konkordat v. 1418 64
Fürsten-Konkordate v. 1447 67
Wiener Konkordat v. 1448 67
Bayerisches Konkordat v. 1817 21
Württembergisches Konkordat v. 1857 . . . . . 16. 23
Badisches Konkordat v. 1859 23
Französisches Konkordat v. 1801 23
Articles organiques v. 1801 24
Oesterreichisches Konkordat v. 1855 25
Kolumbisches Konkordat v. 1887 26

Preußische Cirkumskriptionsbulle *De salute animarum* v. 1821 28
Preußisches Erektionsbreve für die kathol. Feldpropstei 30
Preußisches Breve *Quod de fidelium* v. 16. Juli 1821 32
Preußische Kabinetsordre v. 23. August 1821 31
Hannöversche Cirkumskriptionsbulle *Impensa Romanorum* v. 1824 32
Oberrheinische Cirkumskriptionsbulle *Ad dominici gregis custodiam* v. 1827 33
Oberrheinisches Breve *Re sacra* v. 28. Mai 1827 33

Doctrina apostolorum 34
Canones apostolorum 34
Pseudo-Isidor 37
Constitutum Constantini ad Silvestrum 38
Benedictus Levita 39
Capitula Angilramni 39
Fränkische Bußkanones 40
Corrector et medicus 40

Decretum Gratiani, c. 1. 2. 3. D. 2 42
c. 1. 2. C. 2. qu. 1 43
Dictum Gratiani ad c. 16. C. XXV. qu. 2 5
c. 3. C. 3. qu. 1. 43
c. 29. C. 17. qu. 3. 43
c. 2. D. 1. de poenit. 44
c. 1. D. 5. de consecr. 45

Seite

Gregoriana, c. 11. *Cum tanto* X. de consuet. 1, 4 47
c. 14. *A crapula* X. de vita et honest. 3, 1 47
c. 3. *Odoardus* X. de solutt. 3, 23 48
c. 10. *Super specula* X. ne clerici 3, 50 48
Sextus, c. 3. *Si episcopus* in VI. de suppl. neglig. 1, 8 49
c. unic. *Si laicus* in VI. de jure patron. 3, 19 49
Clementinae, c. 3. *Generalem* in Clem. de aetate. 1, 6 51
c. unic. *Si furiosus* in Clem. de homic. 5, 4 51
Extravagantes Johannis XXII., c. un. *Exsecrabilis* Extrav. Joh. XXII. 3 52
Extravagantes communes, c. 1. *Unam sanctam* Extrav. comm. 1, 8 . . 53

Regulae Cancellariae 57
Pontificale Romanum
Forma juramenti episcoporum 58
Ordo excommunicandi 59
Pii IV. Const *Benedictus Deus* v. 26. Januar 1564 . . . . . 4. 70
Gregor. XIII. Const. *Emendationem* v. 2. Juni 1582 55
Imocent. X. Motu propr. *Zelo domus* v. 26. November 1648 9
Benedict. XIV. Const. *Magnae nobis* v. 29. Juni 1748 5
Pii IX. Encycl. *Quanta cura* (Syllabus) v. 8. Dezember 1864 . . . . 8. 60
Pii IX. Encycl. *Quod numquam* v. 5. Februar 1875 63
Leon. XIII. Chirogr. *Cum de Carolinis insulis* v. 31. Dezember 1885 . . 8
Leon. XIII. Constit. *Officiorum ac munerum* v. 25. Januar 1897 . . . 63

Decret. S. *Poenitent. Apost.* v. 5. Mai 1896 9
Decret. S. Congreg. de *Propaganda* fide v. 6. Juli 1884 9
Decret. S. Congreg. *Inquisitionis* v. 23. Januar 1886 10
Decret. S. Congreg. *Indicis* v. 5. Mai 1858 10
Decret. S. Congreg. *sup. negot. Eccles. extraord.* v. 10. März 1858 . . . 11
Resp. S. Congreg. *Concilii* v. 9. August 1890 71
Declarat. S. Congreg. *Concilii* Non. Febr. 1602 71

Absolutio ad cautelam 12
Irritations- u. Derogationsklausel 6
Clausula Salva Sedis Apost. auctoritate 5

Institutum Societatis Jesu 14

Ermländer Synodalstatuten v. 12. Mai 1449 13
Concilium Constantiense, sess. V. decr. *Haec sancta* 64
sess. XXXIX. decr. *Frequens* 65
Concilium Basileense, sess. XXIII. decr. *Et quia multiplices* 54
sess. XX. c. 2. *Ad vitandum* 65
Declaratio Cleri Gallicani v. 19. März 1682 67
Concilium Tritendinum,
sess. IV. decr. de can. script. 91
sess. XIV. doctr. de poenit. c. 5 3
sess. XIV. doctr. de sacr. extr. unct. c. 8 3
sess. XXIV. doctr. de sacr. matrimon. 69
sess. XXIV. de ref. matrimon. c. 1 69
sess. XXV. de ref. c. 21 68

Seite

Catechismus Romanus 91
Concilium Vaticanum, const. *Dei Filius* 72
const. *Pastor aeternus* 4. 72

Reformatio ecclesiarum Hassiae v. 1526 87
Augsburger Konfession 75
Apologie 76
Schmalkaldische Artikel 76
Luthers Vorrede zum Traubüchlein 77
Confessio Gallicana 78
Confessio Belgica 78
Kirchenordnung der Grafschaft Tecklenburg (Eingang) 80
Ordonn. de l'eglise de Genève 80
Preußische Kirchengemeinde- und Synodalordnung v. 10. September 1873 . 82
Preußische Kabinetsordre v. 10. Dezember 1873 84
Preußisches Staatsgesetz v. 25. Mai 1874 84
Preußische Generalsynodalordnung v. 20. Januar 1876 84
Preußische Kabinetsordre v. 20. Januar 1876 85
Preußisches Staatsgesetz v. 3. Juni 1876 86
Preußische Unionsurkunden.
Kabinetsordre v. 27. September 1817 89
Kabinetsordre v. 28. Februar 1834 89
Kabinetsordre v. 6. März 1852 90

Wormser Edikt v. 1521 92
Speierscher Reichsabschied v. 1526 93
Augsburger Religionsfriede v. 1555 93
Westphälischer Friede v. 1648 94
Reichsdeputationshauptschluß v. 1803 96
Rheinbundsakte (Sächsischer Accessionsvertrag) v. 1806 97
Deutsche Bundesakte v. 1815 97
Preußisches Allgemeines Landrecht v. 1794. Th. II. Tit 11 97

Deutsche Reichsgesetze: Freizügigkeitsgesetz v. 1. November 1867 100
Interkonfessionelles Gesetz v. 3. Juli 1869 100
Kanzelparagraph (Str.G.B. §. 130a) 100
Jesuitengesetz v. 4. Juli 1872 und Bekanntmachung des Bundesraths v. 20. Mai 1873 100
Expatriirungsgesetz v. 4. Mai 1874 100
Eheschließungsgesetz v. 6. Februar 1875 101
Preußische Verfassungsurkunde v. 31. Januar 1850 101
Preußische Staatskirchengesetze: Schulaufsichtsgesetz v. 11. März 1872 . . . 103
Vorbildungs- und Anstellungsgesetz v. 11. Mai 1873 u. 21. Mai 1874 103
Disziplinargesetz v. 12. Mai 1873 104
Zuchtmittelgesetz v. 13. Mai 1873 105
Austrittsgesetz v. 14. Mai 1873 105
Vermögensverwaltungsgesetz v. 20. Juni 1875 . . 106
Verfassungsgesetz v. 18. Juni 1885 106
Altkatholikengesetz v. 3. Juli 1875 106
Vermögensaufsichtsgesetz v. 6. Juni 1876 106

Seite

Preußische Staatskirchengesetze: Bisthumsverwaltungsgesetz v. 20. Mai 1874 107
Sperrgesetz v. 22. April 1875 107
Klostergesetz v. 31. Mai 1875 107
Eidesverordnung v. 6. Demzeber 1873 107
Revisionsnovellen v. 14. Juli 1880, 31. Mai 1882, 11. Juli 1883, 21. Mai 1886, 29 .April 1887, 24. Juni 1891 108

Oesterreichische Staatskirchengesetze: Schulaufsichtsgesetz v. 25. Mai 1868 . 110
Ges. über die äußeren Rechtsverhältn. der kath. Kirche v. 7. Mai 1874 110
Italienisches Garantiegesetz v. 13. Mai 1871 112

UNIV. OF
CALIFORNIA

Einleitung.

Recht ist zwingende Norm (Wille, Macht, Ordnung) des menschlichen Gemeinlebens. Diese Norm bildet sich auf doppeltem Wege: durch ausdrückliche Festsetzung oder durch stillschweigende Beobachtung. Rechtsquellen im konstitutiven Sinne sind mithin Gesetz (Gesetzesrecht, jus scriptum) und Gewohnheit (Gewohnheitsrecht, jus non scriptum).

Daneben wird der Ausdruck Rechtsquellen von den Aufzeichnungen des Rechts gebraucht. In diesem deklarativen Sinne kommt er hier in Betracht. Unter den Begriff „Kirchenrechtsquellen" fallen also alle auf das kirchliche Gemeinleben bezüglichen Rechtsurkunden und Rechtssammlungen.

Die Kirchenrechtsquellen sind theils kirchlichen, theils staatlichen Ursprungs. Soweit sie auf den Staat zurückführen, werden sie hier nur im Rahmen des sog. Staatskirchenrechts berücksichtigt. Der Schwerpunkt der kirchenrechtlichen Quellenkunde liegt in dem auf kirchlichen Boden erwachsenen Urkundenmaterial.

Schulte: Lehre v. d. Quellen des kath. Kirchenr. (Gießen 1860.) — Maaßen: Gesch. d. Quellen u. Literat. d. kanon. R. (Gratz 1870) 1 Bd. (unvollendet). — v. Schulte: Gesch. d. Quellen u. Literat. d. kanon. R. (Stuttgart 1875) 3 Bde. — Laurin: Introd. in Corp. Jur. Canon. (Frib. 1889.) — Schneider: Lehre v. d. Kirchenrechtsquellen. (Regensb. 1892.)

UNIV OF CALIFORNIA

I. Buch.

Die Quellen des katholischen Kirchenrechts.

Erste Abtheilung.

Die einzelnen Rechtsurkunden.

§ 1.

Konzilienschlüsse.

I. Konzilienschlüsse sind Kirchengesetze, welche in einer verfassungsmäßig abgehaltenen Versammlung (Concilium, Synodus) von kirchlichen Oberen (Prälaten) verfassungsmäßig beschlossen worden. Sie haben ein verschiedenes Geltungsgebiet:

1. Die Schlüsse eines **allgemeinen** Konzils, d. h. der im Papste, als Haupt, geeinten Versammlung von kirchlichen Oberen aus der ganzen Christenheit (Concilium oecumenicum, universale, generale), gelten von vornherein für den Gesammtbereich der katholischen Kirche.

Ursprünglich hatten die allgemeinen Konzilien allein das Recht (vgl. unten § 2):

a) allgemein verbindliche Rechtssätze (Canones) aufzustellen. Dieses Monopol ist seit sec. 4 und 5 verloren gegangen. Auch die Päpste setzen Jus commune.

b) Rechtssätze eines allgemeinen Konzils zu ändern oder aufzuheben. Dieses Monopol ist seit sec. 9 und 12 (Decretum Gratiani, unten § 12) verloren gegangen. Die Päpste sind an die konziliarischen Canones nicht mehr gebunden.

c) Glaubenssätze (Decreta) zu definiren. Dieses Monopol ist seit 1870 (Concilium Vaticanum) verloren gegangen. Auch die Päpste sind, kraft persönlicher Unfehlbarkeit, befugt, Dogmata (de fide vel de moribus) zu verkünden (ex sese, non autem ex consensu ecclesiae). (Vergl. unten § 25.)

Als ökumenisch gelten 20 Konzilien: (Orient) Nicäa I. 325, Konstantinopel I. 381, Ephesus 431, Chalcedon 451, Konstantinopel II. 553, Konstantinopel III. 680—81 (s. g. Concilium Trullanum), Nicäa II. 787,

Konstantinopel IV. 869; (Occident) Lateran I. 1123, Lateran II. 1139, Lateran III. 1179, Lateran IV. 1215, Lyon I. 1245, Lyon II. 1274, Vienne 1311—1312, Konstanz (?) 1414—1418, Basel (?) 1431—1449, Lateran V. (?) 1512—1517, Trient 1545—1563, Vatikan 1869—1870.

2. Die Schlüsse eines **partikulären** Konzils, d. h. der Versammlung von kirchlichen Oberen blos des Orients oder blos des Occidents, eines einzelnen Patriarchal- oder Primatialbezirkes, eines bestimmten Metropolitansprengels (Concilium plenarium, nationale, provinciale) können nur durch besondere Rezeption eine über das Theilgebiet hinausreichende Geltung erlangen.

Beschlüsse einer Diözesansynode (Synodus dioecesana) sind nicht per majora capitum gefaßte Konzilienschlüsse, sondern persönliche Entscheidungen des Bischofs unter Betheiligung des Diözesanklerus. (Vgl. unten § 3.)

II. Der gemeinsame Name für Konzilienschlüsse ist Canones, Decreta, Constitutiones, — Statuta, Ordinationes, Mandata.

Bei den allgemeinen Konzilien gilt folgende Terminologie:

1. Im **älteren**, aber nicht streng festgehaltenen, Sprachgebrauch heißen ihre Schlüsse:

a) Decreta (*διατυπώσεις*), sofern sie die Glaubenslehre (fides, Dogma) betreffen,

b) Canones (*κανόνες*), sofern sie das äußere Rechtsleben der Kirche (Disciplina ecclesiae, Kirchenrecht) regeln. (*Κανών* = Richtschnur). Daher „kanonisches Recht." (Lex canonizata).

2. Auf den **Reform-Konzilien** (sec. 15 u. 16) wird der Name Decretum sowohl für Glaubens- wie für Rechtssätze gebraucht. Speziell das **Trienter** Konzil (1545—1563) unterscheidet Decreta de fide und Decreta de reformatione.

a) Decreta de fide (Doctrinae) enthalten Glaubenssätze und zerfallen theils in Capita, theils in Canones.

α. Die Capita stellen die richtigen Lehren fest. (Definitionen.)

Sess. XIV. Doctr. de poenitentia cap. 5. Ex his colligitur, oportere a poenitentibus omnia peccata mortalia, quorum post diligentem sui discussionem conscientiam habent, in confessione recenseri . . . Nam venialia, quibus a gratia Dei non excludimur . . . taceri citra culpam multisque aliis remediis expiari possunt.

β. Die Canones verwerfen unter Androhung des Banns in feierlicher Form die irrigen Lehren. (Anathematismen.)

Sess. XIV. Doctr. de sacram. extrem. unct. can. 8. Si quis dixerit, confessionem omnium peccatorum . . . esse impossibilem et . . . abolendam, aut ad eam non teneri omnes . . . semel in anno, et ob id suadendum esse Christi fidelibus, ut non confiteantur tempore Quadragesimae: anathema sit.

b) Decreta de reformatione (sc. disciplinae ecclesiae) enthalten die neu aufgestellten Rechtssätze (Reformatio in capite et in membris) und zerfallen nur in Capita.

Sess. XXI. Decr. de ref. c. 7. (Tridentiner Baulast.) Parochiales vero ecclesias, etiamsi juris patronatus sint, ita collapsas refici et instaurari procurent (sc. episcopi) ex fructibus et proventibus quibuscunque, ad easdem ecclesias quomodocunque pertinentibus. Qui si non fuerint sufficientes, omnes patronos et alios, (!) qui fructus aliquos ex dictis ecclesiis provenientes percipiunt, aut, in illorum defectum, parochianos omnibus remediis opportunis ad praedicta cogant, quacunque appellatione, exsecutione et contradictione remota. Quod si nimia egestate omnes laborent, ad matrices seu viciniores ecclesias transferantur, cum facultate tam dictas parochiales quam alias ecclesias dirutas in profanos usus non sordidos, erecta tamen ibi cruce, convertendi.

3. Das **Vatikanische Konzil** (1869—1870) hat seine Rechtssätze zugleich als Glaubenssätze definirt. Diese sind als päpstliche Constitutiones (dogmaticae) gefaßt und zerfallen

a) theils in Capita, Definitionen,

b) theils in Canones, Anathematismen. (Vergl. unten § 25.)

III. Die Rechtskraft der Schlüsse eines allgemeinen Konzils ist durch päpstliche Mitwirkung (Confirmatio = Zustimmung und Sanktion) bedingt und beginnt mit ihrer Publikation. Diese erfolgt auf dem Konzil selbst (in publica sessione), und zwar

1. sofern der Papst nicht persönlich anwesend ist, unter konziliarischer Firma.

Trienter Konzil. Sess. XXIII. Sacrosancta Tridentina synodus, reformationis materiam prosequens, haec quae sequuntur in praesenti decernenda esse statuit et decernit, cet.

Pii IV. Const. *Benedictus Deus* v. 26. Januar 1564. Quum autem ipa sancta synodus pro sua erga sedem apostolicam reverentia, antiquorum etiam conciliorum vestigiis inhaerens, decretorum suorum omnium . . . confirmationem a nobis petierit, . . . Nos . . . in consistorio nostro secreto illa omnia et singula auctoritate apostolica hodie confirmavimus et ab omnibus Christi fidelibus suscipienda ac servanda esse decrevimus, sicut harum quoque literarum tenore ad clariorem omnium notitiam confirmamus et suscipi observarique decernimus.

2. Andernfalls in der Form von päpstlichen Konstitutionen (unten § 2) unter ausdrücklicher Hervorhebung der konziliarischen Approbation.

Vatikan. Konzil. Sess. IV. Pius episcopus, servus servorum Dei, sacro approbante concilio. Ad perpetuam rei memoriam. *Pastor aeternus* et episcopus animarum nostrarum, ut salutiferam redemptionis opus perenne redderet, sanctam aedificare Ecclesiam decrevit (Folgt der Kontext). Si quis autem huic Nostrae definitioni contradicere, quod

Deus avertat, praesumpserit, anathema sit. Datum Romae in publica Sessione in Vaticana Basilica solemniter celebrata anno Incarnationis Dominicae millesimo octingentesimo septuagesimo die decima octava Julii, Pontificatus Nostri anno vigesimo quinto. Ita est. Josephus, Episcopus S. Hippoliti, Secretarius Concilii Vaticani.

§ 2.

Päpstliche Erlasse.

I. Die hervorragende Stellung der römischen Bischöfe, als Nachfolger des Apostelfürsten Petrus, gab schon frühzeitig (I. gefälschter Klemensbrief cr. a. 95, Schreiben der römischen Gemeinde an die korinthische) Anlaß zu Sendschreiben, welche von ihnen auf vorangegangene Anfrage oder aus eigenem Antriebe an einzelne Gemeinden oder Bischöfe gerichtet wurden und für einen praktischen Fall Entscheidung trafen. (Epistolae decretales, daher Dekretalen. Duplikate: Epistolae a pari.) Mit Entwicklung des päpstlichen Primats (sec. 4) galten solche Entscheidungen als autoritativ (Auctoritates) und die in ihnen enthaltenen Rechtssätze als allgemein verbindlich, wie die Canones der Konzilien. Aber erst seit sec. 12 wurde der Papst zum obersten kirchlichen Gesetzgeber, welcher an die Canones der Konzilien nicht mehr gebunden ist, sondern, in Sachen des Rechts (Disciplina) wie des Glaubens (Fides ac mores), als totius orbis praecipuus minister, jura omnia in scrinio pectoris sui (im Schreine seiner Brust) habere censetur. (c. *Licet* in VI. de constitt. 1, 2.) Vergl. oben S. 2 und unten § 14.

Dictum Gratiani i. fin. ad c. 16. C. XXV. qu. 2: Quaecunque ... ss. canonibus diffiniuntur, intelligenda sunt necessario servari, nisi auctoritas Romanae ecclesiae aliter fieri mandaverit vel permiserit. (S. g. Clausula „salva Sedis Apostolicae auctoritate." Thaner: Entsteh. d. Clausula S. S. A. A. S. 23. Vergl. unten § 24.) — Benedicti XIV. c. *Magnae nobis* v. 29. Juni 1748: Romanus Pontifex est supra jus canonicum. — Concil. Vatic. const. *Pastor aeternus* v. 18. Juni 1970: Declaramus, ... Romani Pontificis definitiones (de fide vel moribus) ex sese, non autem ex consensu ecclesiae irreformabiles esse. Vergl. unten § 25.

Ueber die sehr kontroverse Reihenfolge der Päpste: v. Funk in Wetzer u. Welte: Kirchenlexikon IX. 1424 ff., wo ein revidirter Papstkatalog mit 259 Nummern aufgestellt wird. Vom hl. Petrus und dem sagenhaften Linus (a. 67—69?) an bis Leo XIII.

Für die Rechtssammlungen des Corp. Jur. Canon. kommen (abgesehen von Decr. Grat.) die Päpste von 1154—1484 in Betracht: Hadrian IV. † 1159. Alexander III. † 1181. Lucius III. † 1185, Urban III. † 1187. Gregor VIII. † 1187. Klemens III. † 1191. Cölestin III. † 1198. Innocenz III. † 1216. Honorius III. † 1227. Gregor IX. † 1241. Cölestin IV. † 1241. Innocenz IV. † 1254. Alexander IV.

† 1261. Urban IV. † 1264. Klemens IV. † 1268. Gregor X. † 1276. Innocenz V. † 1276. Hadrian V. † 1276. Johann XXI. † 1277. Nikolaus III. † 1280. Martin IV. † 1285. Honorius IV. † 1287. Nikolaus IV. † 1292. Cöleſtin V. † 1294. Bonifaz VIII. † 1303. Benedikt XI. † 1304. Klemens V. † 1314. Johann XXII. † 1334. Benedikt XII. † 1342. Klemens VI. † 1352. Innocenz VI. † 1362. Urban V. † 1370. Gregor XI. † 1378. Urban VI. † 1389. Bonifaz IX. † 1404. Innocenz VII. † 1406. Gregor XII. † 1409. Alexander V. † 1410. Johann XXIII. † 1415. Martin V. † 1431. Eugen IV. † 1447. Nikolaus V. † 1455. Kalixt III. † 1458. Pius II. † 1464. Paul II. † 1471. Sixtus IV. † 1484.

Unter den Pontifices in jure canonico apprime versati iſt Innocenz III. der bedeutendſte und fruchtbarſte. Mit Gregor VII. († 1085) und Alexander III. gehört er zu den größten Trägern des mittelalterlichen Papſtthums.

Päpſte ſeit Mitte sec. 18: Benedikt XIV. † 1758 (der gelehrteſte Papſt). Klemens XIII. † 1769. Klemens XIV. † 1774. Pius VI. † 1799. Pius VII. † 1823. Leo XII. † 1829. Pius VIII. † 1830. Gregor XVI. † 1846. Pius IX. † 1878. Leo XIII.

II. Der allgemeine Name für päpſtliche Erlaſſe iſt Literae Apostolicae. Nach der Form unterſcheidet man Bullen, Breven, einfache Apoſtoliſche Schreiben. In welcher Form ein Erlaß auszufertigen, beſtimmt der Stilus curiae (Obſervanz).

1. **Bullae** werden regelmäßig durch die Apoſtoliſche Kanzlei in feierlicher Form expedirt (Bullae communes), ausnahmsweiſe auch durch die Apoſtoliſche Kammer (Bullae per cameram) oder durch die Datarie (Bullae per viam curiae).

Kriterien: lateiniſche Sprache — ſtarkes Pergament (bis sec. 11 Papyrus) — altgothiſche Schrift mit Abkürzungen und ohne Interpunktion (Bullaticum theutonicum [daher Beifügung einer authentiſchen Abſchrift üblich in moderner Schrift, ſ. g. Transsumptum]; abgeſchafft durch Motuproprio P. Leo XIII. vom 29. Dezember 1878) — hängendes Siegel von Blei oder (ſelten) Gold (Bulla, urſprünglich die Kapſel) an einem Faden von Hanf oder Seide (Juſtiz- oder Gnadenſachen) und dem Bilde der Apoſtel Petrus und Paulus auf der Vorderſeite (Antica), dem Bilde (Wappen, Namen) des Papſtes auf der Rückſeite (Postica), heut auch roth aufgedruckter Trockenſtempel (Stampiglia) mit dem Bildniß der beiden Apoſtel und dem Namen des Papſtes in Umſchrift (Legende) — im Eingange Name des Papſtes ohne Zahlzeichen — Unterſchrift eines oder mehrerer Kurialbeamten (Abbreviatores) — offen und ohne Adreſſe (Literae patentes).

Eugenius episcopus Servus Servorum Dei Ad futuram rei memoriam. *Inter cetera* (ſ. g. Arenga oder Incipit) desideria cordis nostri. (Folgt der Kontext.) Nulli ergo omnino (Irritations- u. Derogationsklauſel)

hominum liceat hanc paginam nostrae confirmationis statuti advocationis exstinctionis impositionis collationis provisionis concessionis indulti constitutionis abolitionis restitutionis rehabilitationis repositionis remissionis donationis liberationis ordinationis intentionis absolutionis indicationis et voluntatis infringere vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attemptare presumpserit indignationem omnipotentis Dei et beatorum Petri et Pauli Apostolorum ejus se noverit incursurum. Datum Romae apud Sanctum Petrum Anno Incarnationis dominicae Millesimo quadringentesimo quadragesimo sexto septimo Idus Februarii Pontificatus Nostri Anno sexto decimo. (Loco plumbi.) B. Roverella. F. de Thomacellis.

Der Papſt unterzeichnet regelmäßig nur das Konzept (Minuta) der Bulle.

2. **Brevia** im ſtrengen Sinne des Wortes (Breves literae) werden ausſchließlich durch die Sekretarie der Breven in abgekürzter Form (forma brevi), namentlich bei Eilſachen, expedirt.

Kriterien: lateiniſche, auch italieniſche Sprache — dünnes Pergament, auch Papier in länglicher Form — moderne Kurſivſchrift — aufgedrucktes rothes oder grünes Wachsſiegel, auch rother Stempel, mit Petri Fiſchzug (Annulus piscatoris) — volle Ueberſchrift des Papſtes mit Zahlzeichen — Anrede des Adreſſaten — Unterſchrift des Kardinalſekretairs (Secretarius brevium, Cardinalis nepos) oder ſeines Subſtituten — gefaltet und außen adreſſirt (Literae clausae).

Venerabili Fratri Francisco Adolpho Namszanowski, Episcopo Agathopolitano i. p. i. (Aeußere Adreſſe.) Pius P. P. IX. (Innere Ueberſchrift.) Venerabilis Frater, salutem et Apostolicam benedictionem. *Cum pro Apostolici Officii munere* (Kontext). Datum Romae apud S. Petrum sub Annulo Piscatoris die 24. Julii Anno 1868 Pontificatus Nostri Anno Vigesimo tertio. (L.S.) Card. Paracciani Clarelli.

3. **Literae Apostolicae simplices** (Brevetti, modern auch Breven genannt) werden Namens des Papſtes von den römiſchen Behörden reſſortmäßig in einfacher Form expedirt.

Kriterien: lateiniſche Sprache — Papier, auch Pergament — Anrede des Adreſſaten — päpſtliche Namensdeviſe (vom Kanzliſten geſchrieben) als Ueberſchrift und als Unterſchrift — ohne Bullen- oder Brevenſiegel (nur Trockenſtempel der Behörde) — gefaltet und außen adreſſirt.

Gregorius P. P. XVI. (Päpſtliche Namensdeviſe.) Dilecti Filii, salutem et Apostolicam benedictionem. (Innere Ueberſchrift.) *Ad acerbissimum* quem nuper suscepimus dolorem (Kontext). Atque hinc Apostolicam benedictionem Vobis, dilecti Filii, permanenter impertimur. Datum Romae apud S. Petrum die 26. Decembris Anni 1837, Pontificatus Nostri Anno septimo. Gregorius P. P. XVI. (Päpſtliche Namensdeviſe.)

4. Vom Papſt eigenhändig unterſchriebene Erlaſſe (Bullen, Breven, einfache apoſtoliſche Schreiben) heißen **Chirographa** (modern auch Breven genannt). Sind die Erlaſſe an alle oder an eine Mehrheit

von Kirchenoberen gerichtet (Adreſſe), ſo führen ſie den Namen **Encyclicae** (sc. literae). Dieſe behandeln brennende Zeitfragen. Der Ausdruck **Motuproprio** (Motus proprius) bezeichnet einen nicht in Briefform gehaltenen Erlaß, welcher der freien Initiative des Papſtes entſtammt oder auf ſeinen eigenen Erwägungsgründen beruht (ex certa scientia, gegenüber den Ausführungen der zu Grunde liegenden Supplik). Schließt die Exceptio subreptionis (Einrede wegen Angabe von falſchen Thatſachen) nicht obreptionis (Einrede wegen Unterdrückung von wahren Thatſachen) aus.

Chirographum Leonis XIII. *Cum de Carolinis insulis* v. 31. Dezember 1885. (Verleihung des päpſtlichen Chriſtusordens mit Brillanten an den Fürſten Bismarck.) Leo P. P. XIII. Excelso Viro Othoni Bismarck Principi, Imperii Germanici Magno Cancellario Salutem. *Cum de Carolinis insulis* in eas, quae a Nobis propositae fuerant, conditiones auspicato convenerit, laetum ea re animum Nostrum serenissimo Germaniae Imperatori significandum curavimus. Sed eadem animi sensa declarare Tibi quoque volumus, amplissime Princeps, qui ut illa Nobis controversia ad componendum proponeretur, Tuo fuisti indicio Tuaque sponte auctor. Immo profiteri libet, id quod res est, si varias difficultates, inter curam negotii, expedire licuit, magna quidem ex parte studio constantiaeque tribuendum Tuae cum obsequi operae Nostrae ab initio ad extremum perrexeris. Itaque gratam Tibi voluntatem testamur, quod Tuo potissimum consilio oblata Nobis occasio est peropportuna ad exequendum, concordiae gratiae, munus valde nobile. Tu quidem iudicium Tuum libere secutus, et rem ex veritate magis, quam ex aliorum opinione aut more aestimans, nihil sane dubitavisti, quin aequitati Nostrae confideres. Civilis prudentia Tua plurimum sane valuit ad pariendam tantam Imperio Germanico magnitudinem, quantum agnoscunt et fatentur universi: illud autem, quod consentaneum est, hoc tempore spectas, ut stet et floreat quotidie magis Imperium, potentia ad diuturnitatem opibusque munitum. Sed minime fugit sapientium Tuam, quantum virtutis ad incolumitatem ordinis publici rerumque civilium in ea potestate resideat, quae geritur a Nobis, maxime si fuerit omni amoto impedimento, ad agendum libera. Liceat igitur praecipere cogitatione futura, et ex iis, quae acta sunt, auspicium capere reliquorum. Interea, aliquod ut habeas a Nobismetipsis cum facti, tum voluntatis Nostrae testimonium, Te per has Litteras renuntiamus Equitem Ordinis militiae Christi, cuius insignia dignitatis una cum his ipsis Litteris ad Te perferri iussimus. Denique fausta Tibi omnia ex animo adprecamur. Datum Romae apud S. Petrum die XXXI. Decembris Anno MDCCCLXXXV., Pontificatus Nostri Octavo. Leo P. P. XIII. (Manu propria.)

Encyclica Pii IX. *Quanta cura* v. 8. Dezember 1862. (Publikation des Syllabus.) Venerabilibus Fratribus Patriarchis, Primatibus, Archiepiscopis et Episcopis Universis Gratiam et Communionem Apostolicae Sedis habentibus. (Aeußere Adreſſe.) Pius P. P. IX. (Päpſtliche Namensbeviſe.) Venerabiles Fratres Salutem et Apostolicam Benedictionem. *Quanta cura* (Kontext.) ... In tanta depravatarum opinionum perversitate Nos Apostolici Nostri officii probe memores ac de sanctissima nostra Religione, de sana doctrina et animarum salute Nobis divinitus commissa,

ac de ipsius humanae societatis bono maxime solliciti, Apostolicam Nostram vocem iterum extollere existimavimus. Itaque omnes et singulas pravas opiniones ac doctrinas singillatim hisce Literis commemoratas Auctoritate Nostra Apostolica reprobamus, proscribimus atque damnamus easque ab omnibus catholicae Ecclesiae filiis veluti reprobatas, proscriptas atque damnatas omnino haberi volumus et mandamus. Datum Romae apud S. Petrum die VIII. Decembris anni 1864 decimo a Dogmatica Definitione Immaculatae conceptionis Deiparae Virginis Mariae, Pontificatus Nostri Anno Decimo nono. Pius P. P. IX. (Päpſtliche Namensbeviſe.) Folgt das Verzeichniß der verurtheilten Irrthümer (Syllabus). Vergl. unten § 21.

Motu proprio Innocent. X. *Zelo domus Dei* v. 26. November 1648. (Nichtigkeitserklärung des Weſtphäliſchen Friedenstraktats.) Motu proprio ac ex certa scientia et matura deliberatione Nostris deque Apostolicae potestatis plenitudine praedictos ... articulos ceteraque in dict. Instrumentis (sc. Pacis Osnabrugensis) contenta ... ipso jure nulla, irrita, invalida, injusta, damnata, reprobata, inania, viribusque et effectu vana omnino fuisse, esse et in perpetuum fore, neminemque ad illorum et cujuslibet eorum, etiamsi juramento vallata sint, observantiam teneri ... decernimus et declaramus ... Datum cet.

5. Laufende Verwaltungsentſcheidungen der römiſchen Centralbehörden (Decreta, Decisiones, Responsiones, Rescripta, Resolutiones) ergehen regelmäßig per viam **Decreti simplicis** unter der Signatur des Vorſitzenden (oder Sekretärs) und dem Siegel (Trockenſtempel) der entſcheidenden Behörde; in wichtigeren Fällen nach Vortrag beim Papſt (ex audientia Sanctissimi).

Decret. S. Poenitentiariae Apost. v. 5. Mai 1896. (Neue Form der Quinquennalfakultäten pro foro interno.) Raphael divina miseratione Episcopus Ostiensis ... S. S. D. Nostri Papae et S. Sedis Apostolicae Major Poenitentiarius. Vobis Venerabili in Christo Patri N. N. infrascriptas communicamus facultates ad quinquennium duraturas, ... I. Absolvendi ab excommunicatione Romano Pontifici simpliciter reservata ob manus violentas injectas sive in clericos sive in regulares, dummodo non fuerit secuta mors vel mutilatio, seu lethale vulnus aut ossium fractio ... II. Absolvendi a censuris contra duellantes statutis in casibus dumtaxat ad forum Ordinarii non deductis ... V. Absolvendi a censuris ob retentionem et lectionem librorum prohibitorum incursis, injuncta congrua poenitentia salutari, nec non firma obligatione tradendi, prout de jure, sive per se sive per alium absque ulla mora et quantum fieri poterit ante absolutionem, libros prohibitos, quos poenitens in sua potestate retineat ... Datum Romae ex Aedibus nostris di 5 Maii 1896. P. Pompili, S. P. Corrector. R. Celli S. P. Substit.

Decret. S. Congregat. de Propaganda fide v. 6. Juli 1884. (Säkulariſation eines Regularen.) Ex audientia SSmi, habita die 6. Julii 1884. SSmus Dominus Noster Leo Divina Providentia P. P. XIII. referente me infrascripto S. Congregationis de Propaganda Fide Secretario, Presbytero oratori Ordinis S. Benedicti benigne indulsit pro petita facultate vivendi extra claustra ad beneplacitum

Sanctae Sedis, firmo manente voto castitatis, retento sub habitu presbyteri saecularis aliquo regularis habitus signo; ita tamen ut substantialia votorum suae professionis cum novo statu compatibilia observet et sub obedientia Ordinarii Dioecesani loci, in quo deget, etiam in vim voti religiosi vivere teneatur. Contrariis quibuscumque non obstantibus. Datum Romae ex Aed. S. C. de Propda Fide die et anno praedictis. (L.S.) Pro N. P. D. Secretario Zephyrinus Zitelli Offic.

Decret. S. Congregat. Inquisitionis v. 23. Januar 1886. (De privilegio fori.) In constitutione Pii IX. s. m. quae incipit Apostolica Sedis moderationi IV. Id. Oct. 1869 cautum est „excommunicationem Romano Pontifici reservatum speciali modo incurrere — cogentes sive directe sive indirecte judices laicos ad trahendum ad suum tribunal personas ecclesiasticas praeter canonicas dispositiones: item edentes leges vel decreta contra libertatem et jura Ecclesiae.“ Cum de vero sensu et intelligentia huius capitis saepe dubitatum fuerit, haec Suprema Congregatio S. Romanae et Universalis Inquisitionis non semel declaravit, caput Cogentes non afficere nisi legislatores et alias auctoritates cogentes sive indirecte sive directe judices laicos ad trahendum ad suum tribunal personas ecclesiasticas praeter canonicas dispositiones. Hanc vero declarationem Sanctissimus D. N. Leo Papa XIII. probavit et confirmavit; ideoque S. haec Congregatio illam cum omnibus locorum Ordinariis pro norma communicandam esse censuit. Ceterum in iis locis in quibus fori privilegio per Summos Pontifices derogatum non fuit, si in eis non datur jura sua persequi nisi apud iudices laicos, tenentur singuli prius a proprio ipsorum Ordinario veniam petere, ut clericos in forum laicorum convenire possint: eamque Ordinarii nunquam denegabunt tum maxime, cum ipsi controversiis inter partes conciliandis frustra operam dederint. Episcopos autem in id forum convenire absque venia Sedis Apostolicae non licet. Et si quis ausus fuerit trahere ad iudicem seu iudices laicos vel Clericum sine venia Ordinarii, vel Episcopum sine venia S. Sedis, in potestate eorumdem Ordinariorum erit, in eum, praesertim si fuerit clericus, animadvertere poenis et censuris ferendae sententiae uti violatorem privilegii fori, si id expedire in Domino iudicaverint. Interim fausta multa ac felicia tibi precor a Domino. Datum Romae die 23. Januarii an. 1886. Addictissimus in Domino R. Card. Monaco.

Decret. S. Congregat. Indicis v. 5. Mai 1858. Feria II. die 26. Aprilis 1858. (Bücherverbot.) „Sacra Congregatio Eminentissimorum ac Reverendissimorum Sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalium a Sanctissimo Domino Nostro Pio Papa IX., sanctaque Sede apostolica, Indici librorum pravae doctrinae, eorundemque proscriptioni, expurgationi ac permissioni in universa christiana Republica praepositorum et delegatorum, habita in Palatio apostolico Vaticano, damnavit et damnat, proscripta in Indicem Librorum prohibitorum referri mandavit et mandat opera, quae sequuntur:“ Apologia delle leggi di giurisdizione, amministrazione e polizia ecclesiastica publicata in Toscana sotto il Regno di Leopoldo I. Decr. 26 aprilis 1858. . . . Dunski sacerdote zelante e servitore dell' Opera di Dio. Dec. S. Off. Feria IV. 21 Aprilis 1858. „Auctor dum viveret doctrinam reprobaverat.“ „Itaque nemo cujuscumque gradus et condicionis praedicta Opera damnata atque proscripta, quocumque loco et quocumque idiomate, aut in posterum edere, aut edita legere vel retinere

audeat, sed locorum Ordinariis, aut haereticae pravitatis Inquisitoribus ea tradere teneatur, sub poenis in Indice librorum vetitorum indictis. Quibus Sanctissimo Domino Nostro Pio Papa IX. per me infrascriptum S. C. a Secretis relatis, Sanctitas Sua Decretum probavit et promulgari praecepit. In quorum fidem, etc.“ Datum Romae, die 5. Maii 1858.

Decret. S. Congregat. super negotiis Ecclesiae extraordinariis v. 10. März 1858. (Pfarrkonkurs.) Ex Audientia Sanctissimi. Die 10. Martii 1858. S. D. N. Pius div. prov. P. P. IX. referente me infrascripto Secretario S. Congregationis Negotiis Ecclesiasticis Extraordinariis praepositae, attentis circumstantiis animum suum moventibus Episcopo Wratislaviensi Oratori ad decennium hinc proximum tantum benigne concessit, ut vigentem in sua Dioecesi praxim exercere pergat, habendi scilicet quotannis duos concursus ... ad rite approbandos quoad scientiam Sacerdotes, qui parochorum munere fungi velint. Id tamen ea lege concessum voluis, ut huius modi concursus habeantur per Synodales Examinatores ad S. Canonum normum electos, ... et quoties hi desint, per Examinatores Prosynodales Apostolica auctoritate peculiariter delectos, ... Ut autem Sacerdotes admittantur ad eiusmodi concursus, iis dotibus pollere debent, quas Sacri Canones et Lex Divecesana postulant, ac tum voce, tum scripto respondere debebunt quaestionibus, quae ab Examinatoribus fuerint propositae, quaeque inter caetera de positiva ut dicunt, Dogmatica, et Morali Theologia, itemque de positivo Jure Canonico erunt ferendae. Quovis exeunte sexennio qui approbati fuerint denuo concursui se sistant oportet.... Praeterea S. D. N. permittit, ut cum quaevis paroecia suo fuerit orbata Rectore, ... habeatur per commemoratos Synodales aut Prosynodales Examinatores de collatione concursus, in quo ipsi eam adhibentes cautionem ... iudicent, qui ex petitoribus digni sint, quibus parochia sit conferenda; servato tamen semper Episcopo iure eligendi inter sic approbatos, quem ipse digniorem in Domino censuerit. Contrariis quibus cunque minime obfuturis. Datum Romae e Secretaria eiusdem Sacrae Congregationis die, mense et anno praedictis. Joannes Baptista Cannella Secretarius.“

Auskunft über das Personal der Kurialbehörden giebt der jährlich in Rom erscheinende amtliche Staatskalender: la Gerarchia cattolica e la Famiglia Pontificia. Die älteren Ausgaben führen die Titel Notizie (s. g. Cracas) und Annuario.

III. Dem Umfange ihrer Geltung nach sind die päpstlichen Erlasse entweder Konstitutionen oder Reskripte.

1. **Constitutiones** (Decretales, Decreta, Edicta, Statuta) heißen die allgemeinen Anordnungen mit Verbindlichkeit für die gesammte Kirche oder ein einzelnes Theilgebiet.

2. **Rescripta** (Mandata, Responsa) beantworten ein Bittgesuch oder eine Anfrage, beziehen sich auf einen Einzelfall oder eine einzelne Person und begründen nur ein Sonderrecht. (Personalis constitutio.) Auf sie finden die Grundsätze des römischen Rechts Anwendung. Insbesondere gelten die Klauseln Salvo jure tertii und Si preces veritate nitantur (Si ita est). Reskripte, die in die amtlichen Sammlungen

des Corp. Jur. Canon. aufgenommen werden, haben den Charakter von Gesetzen.

Rescripta gratiae und rescripta justitiae, je nachdem das Reskript auf bloßer Liberalität des Papstes beruht (Gnadensachen: Dispensation von Ehehindernissen, Verleihung von Kirchenämtern u. s. w.) oder durch eine im Recht begründete Forderung veranlaßt wird (Justizsachen).

Rescripta gratiae werden cum absolutione a censuris (aber nur ad hoc) expedirt, weil mit Censuren belegte Personen, namentlich Exkommunizirte, zur Erlangung von Gnaden an sich unfähig sind. (Te a quibusvis excommunicationis, suspensionis et interdicti aliisque ecclesiasticis sententiis, censuris et poenis a jure vel ab homine, quavis occasione et causa latis, si quibus quomodolibet innodatus existis, ad effectum praesentium tantum consequendum, harum serie absolventes et absolutum censemus. S. g. Absolutio ad cautelam.)

IV. Die Verbindlichkeit der päpstlichen Konstitutionen hängt von ordnungsmäßiger Publikation ab. Diese erfolgt seit sec. 16 in Rom durch Anschlag an bestimmten Orten (in acie campi Florae, ad valvas basilicae Vaticanae, ad valvas basilicae Lateranensis) und wirkt sofort pro Urbe et Orbe. (U. et O.) Einer besonderen Publikation innerhalb der einzelnen Diözesen bedarf es nicht. (A. M. die Gallikaner.) Unkenntniß des Gesetzes kommt nur für die Strafbarkeit einer verbotenen Handlung in Betracht. — Für die älteren Konstitutionen wird die Publikation durch Aufnahme in die offiziellen Drekretalensammlungen des Corpus Juris Canonici (nicht auch in die Bullarien) ersetzt.

Von den päpstlichen Erlassen und den ihnen zu Grunde liegenden Suppliken wurden seit alter Zeit Abschriften in den römischen Archiven niedergelegt: Regesta (Kopirbücher, von regerere). Publikationen daraus sind in neuerer Zeit mehrfach begonnen worden (Regesta Innoc. IV., Benedict XI., Leo. X. [in einem Jahre über 8000 Nummern], Honor. III. und IV., Bonifac. VIII., Nicol. IV., Gregor. IX., Clement. V.).

Eine wissenschaftliche Rekonstruktion der alten Regesten haben deutsche Gelehrte versucht: Ph. Jaffé: Regesta Pontificum Rom. 2. Aufl. (von Kaltenbrunner, Ewald u. Löwenfeld. Lips. 1881.) 2 voll. Bis 1198. — Aug. Pothast: Regesta P. P. R. R. (Berol. 1874). 2 voll. Bis 1304. Diese rekonstruirten Regesten enthalten chronologisch geordnete Verzeichnisse der päpstlichen Erlasse mit kurzer Inhaltsangabe.

Munch: Aufschlüsse über d. päpstl. Archiv. Aus dem Dänischen übers. v. Löwenfeld (Berlin 1880).

§ 3.

Statuten.

I. Statuten sind partikuläre Rechtsnormen, welche der gesetzgebenden Gewalt eines kirchlichen Lokaloberen oder der Autonomie einer kirchlichen Korporation entstammen. Derartige Normen gelten nur secundum und praeter, nicht contra legem, d. h. sie können die Vor-

schriften des gemeinen Rechts näher ausgestalten und ergänzen, nicht ändern. Das gemeine katholische Kirchenrecht hat also prinzipale, nicht blos subsidiäre Bedeutung. (Unterschied vom deutschen Privatrecht: „Stadtrecht bricht Landrecht, Landrecht bricht gemeines Recht.")

II. Zum Erlaß von Statuten sind befugt:

1. Die **Bischöfe** (Erzbischöfe u. s. w.) für den Bereich ihrer Diözesen: Statuta (Constitutiones, Ordinationes, Decreta, Mandata, Edicta). Man unterscheidet:

a) Diözesanstatuten, Verordnungen, bei welchen eine Mitwirkung (consilium oder consensus) nur des Domkapitels stattgefunden hat;

b) Synodalstatuten, Verordnungen, welche auch dem zur Diözesansynode cum voto consultativo (nicht decisivo) berufenen Klerus vorgelegt worden sind. (Vergl. oben S. 3.)

Rechtlich kommt beiden Klassen gleiche Autorität zu. Die Publikation erfolgt durch Abdruck in den Diözesanblättern.

Hirtenbriefe (Literae pastorales) haben in der Regel nur einen belehrenden, empfehlenden oder exzitirenden Inhalt, mithin keinen legislativen Charakter. Ordinariats- (Konsistorial) Mandate sind bischöfliche Verordnungen, welche unter der Firma einer bischöflichen Verwaltungsbehörde ergehen.

Andr. Mayer: Thesaur. nov. jur. eccles. seu Codex statutt. eccles. cathedr. et colleg. in Germ. (Ratisb. 1791) voll. 4. — Ermländer Synodalstatuten v. 12. Mai 1449. Franciscus Dei gratia Episcopus Warmiensis Universis Archipresbiteris Ecclesiarum Parochialium Rectoribus et clericis per nostram dioecesin constitutis Salutem in Domino. Saluti et quieti subditorum nostrorum tam secularium quam ecclesiasticorum intendentes et vestigiis predecessorum nostrorum felicis recordationis inherentes de consilio venerabilis capituli nostri Warmiensis statuimus supscripta: 1. Primo quod nullus sacerdos extra ecclesiam missam absque nostra et successorum nostrorum licentia celebrare presumat . . . Lecta et publicata sunt hec in ecclesia parochiali Heilsbergensi Anno Domini 1449, die 12. mensis Maii. In quorum fidem et testimonium secretum nostrum presentibus duximus imprimendum.

Dumont: Samml. kirchl. Erlasse f. d. Erzdiözese Köln. 2. Aufl. (Köln 1891). — Gerlach: Paderborner Diözesanrecht. (Paderb. 1864). — Sauer: Pfarramtl. Geschäftsverwaltung d. Diözese Breslau. 2. Aufl. (Bresl. 1868). — Pfaff: Gesetzeskunde f. d. Bisth. Rottenburg. (Rottenb. 1897).

2. Die **Apostolischen Vikare** für den Bereich ihres Missionsgebietes, die **Armeebischöfe** (Feldpröpste) für die ihrer Jurisdiktion unterworfenen Militärpersonen, die **Praelati nullius** (sc. dioeceseos) für ihr Landgebiet (Territorium separatum) oder für die ihnen untergebenen Kirchen und Personen.

Den Metropoliten als solchen eignet kein Jus statuendi für den Provinzialbezirk. Dieses gebührt vielmehr den Provinzialsynoden (Concilium provinciale). Vergl. oben S. 3.

3. Die **Kapitel** der Kathedral- und Kollegiatkirchen (Capitula ecclesiae cathedralis et collegiatae) sowie der männlichen Orden und Kongregationen (Capitula s. congregationes generales et provinciales) für die Regelung ihrer Rechtsverhältnisse als autonome kirchliche Korporationen.

Institutum Societatis Jesu auct. Congreg. gen. XVIII. mel. in ord. dig. (Prag 1757) 2 voll. I. 340. (Offizielle, aber nicht vollständige Ausgabe mit den Constitutiones, Declarationes, Decreta und Canones der Generalkongregationen, dagegen fehlen die sekretirten Ordonnanzen der Generale und Provinzialen). Ad hunc finem melius consequendum tria Vota: Obedientiae, Paupertatis et Castitatis emittuntur. 341. Professa itidem Societas praeter tria Vota dicta Votum facit expressum Summo Pontifici ut Vicario, qui nunc est vel pro tempore fuit Christi Domini Nostri; nimirum ad proficiscendum sine excusatione, non petito viatico, quocumque gentium ejus Sanctitas jusserit, inter fideles vel infideles, ad res quae ad Divinum cultum et Religionis Christianae bonum spectant. II, 73. Quisquis sibi persuadeat, quod qui sub Obedientia vivunt, se ferri ac regi a Divina providentia per Superiores suos sinere debent perinde ac si cadaver essent, quod quoquoversus ferri et quacunque ratione tractari se sinit, vel similiter atque senis baculus, qui ubicunque et quacumque in re velit eo uti, qui cum manu tenet, ei inservit. II, 163. Qui vero se totum penitus immolare vult Deo, praeter voluntatem, intelligentiam quoque (qui tertius et summus gradus Obedientiae) offerat necesse est, ut non solum idem velit, sed etiam ad idem sentiat, quod Superior; ejusque judicio subjiciat suum, quoad potest devota voluntas intelligentiam inflectere. II. 165. Est igitur haec ratio subjiciendi proprii judicii ac sine ulla quaestione sanciendi et collaudandi apud se, quodcumque Superior jusserit, non solum sanctis viris usitata, sed etiam perfectae Obedientiae studiosis imitanda omnibus in rebus, quae cum peccato manifesto conjunctae non sunt. I, 7. Subditi vero . . . Praeposito in omnibus ad Institutum Societatis pertinentibus parere semper teneantur et in illo Christum veluti praesentem agnoscant et, quantum decet, venerentur.

§ 4.

Konkordate.

I. Konkordate sind Vereinbarungen (!), welche zwischen Staat und Kirche, d. h. zwischen einer Staatsregierung und dem Papst, als kirchlichem Oberhaupt der katholischen Staatsangehörigen, über Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse abgeschlossen werden.

1. Wesentlich für den Begriff ist Abschluß der Vereinbarung mit dem Papste. Vereinbarungen zwischen einer Landesregierung und einem

Landesbischof nehmen an den rechtlichen Besonderheiten der Konkordate nicht Theil.

Vorläufige Uebereinkunft zwischen der Großherzogl. hessischen Staatsregierung und dem Bischof von Mainz in Betreff der Regelung der Verhältnisse des Staats zur katholischen Kirche vom 23. August 1854. (Dove u. Friedberg: Zeitschrift f. K. R. I. 188.) Uebereinkommen zwischen der preuß. Staatsregierung und den einzelnen Landesbischöfen über die fiskalischen Patronatsrechte seit 1848 (Vering, Archiv f. kath. K. R. XXIV, 223 ff.).

2. Auf die Konfession des Landes oder des Landesherrn kommt es nicht an. Konkordate werden (von der römischen Kurie) auch mit akatholischen (protestantischen) Staaten, d. h. nach römischem Sprachgebrauch, mit solchen Staaten abgeschlossen, deren Regierung in der Hand eines nichtkatholischen Staatsoberhauptes liegt. (Regiones, quibus dominantur principes acatholici.)

Niederländisches Konk. v. 1827, württembergisches v. 1857, badisches v. 1859.

3. Ebensowenig bestehen hinsichtlich des Inhalts Schranken. Die älteren Konkordate behandeln nur einzelne Rechts- und Streitfragen (Wormser Konkordat von 1122, Fürstenkonkordate von 1447), die neueren suchen das Verhältniß zwischen Staat und Kirche überhaupt zu regeln. (Oesterreichisches Konkordat von 1855, württembergisches von 1857, badisches von 1859.)

Wormser Konk. v. 1122: Besetzung der bischöflichen Stühle durch Electio canonica und Libera consecratio, aber mit doppelter Investitur: der Regalien (weltlichen Regierungsrechte) per sceptrum, der Spiritualien (kirchlichen Regierungsrechte) per annulum et baculum. — Fürsten-Konk. v. 1447: Acceptation der Baseler Konzilsdekrete durch den Papst. — Oesterreich. Konk. v. 1885: Staatliche Anerkennung der katholischen Kirche mit allen Prärogativen des kanonischen Rechts; Zusicherungen des Staats wegen freier Ausübung der bischöflichen Jurisdiktion, wegen freier Ausdehnung des kirchlichen Güterbesitzes, wegen freier Handhabung der kirchlichen Censur, wegen freier Entfaltung des kirchlichen Ordenswesens; Aufhebung des staatlichen Plazets; Auslieferung der Schule an die Leitung des Klerus, des niederen Klerus an die bischöfliche Disciplinargewalt, des ganzen Eherechts an die geistlichen Gerichte. Die kirchlichen Zugeständnisse betreffen die Besetzung der bischöflichen Stühle, der Domkapitel und Pfarreien unter Mitwirkung der Staatsregierung.

Den römischen Standpunkt präzisirt klar das Handschreiben Papst Pius IX. an Kaiser Maximilian, bei Aufrichtung des mexikanischen Kaiserthums, v. 18. Oktober 1864 (Deutsche Rundschau v. J. 1883 S. 194 ff): „Ew. Majestät weiß sehr wohl, daß um den durch die Revolution veranlaßten Uebeln abzuhelfen . . . es vor Allem nöthig ist: daß die kathol. Religion mit Ausschluß jedes anderen Dissidentenkultus fortfahre, der Ruhm und Halt (sostenimiento) der mexikanischen Nation zu sein; daß die Bischöfe völlig frei seien in der Ausübung ihres Pastoralberufs; daß die religiösen Ordnungen wieder hergestellt

und nach denjenigen Instruktionen, für welche Wir die Vollmacht gegeben haben, reorganisirt werden; daß das Kirchenvermögen und alle an dasselbe sich knüpfenden Rechte vertheidigt und geschützt werden; insbesondere auch daß Niemand die Erlaubniß erhalte, falsche und subversive Lehren zu verbreiten; daß aller Unterricht, der öffentliche sowohl als der private, geleitet und bewacht werde durch kirchliche Autorität; daß endlich alle Fesseln gebrochen werden, durch welche bis jetzt die Kirche unter der Abhängkeit und der Willkür der Staatsregierung (gobierno civil) gehalten wurde."

4. Auch der Name Konkordat kann fehlen. Die Konkordate des 19. sec. bezeichnen sich regelmäßig als Conventiones. (Französisches Konk. v. 1801, bayrisches v. 1817, österreichisches v. 1855.) Diese Terminologie drückt keine Wesensverschiedenheit aus.

Der Name Concordatum (Concordata) wird sec. 14 für alle Arten von Verträgen gebraucht. Anfang sec. 15 ist er speziell für Vereinbarungen zwischen kirchlichen Machtfaktoren üblich (Konstanzer Konzil: „Capitula Concordata" von 1418, abgeschlossen zwischen P. Martin V. und den nationalen Konzilsfraktionen). Erst seit Mitte sec. 15 kommt der Ausdruck technisch für Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche vor (Wiener Konkordat von 1848.)

II. Die Konkordate treten in dreierlei Form auf:

1. Das Uebereinkommen ist einseitig durch einen kirchlichen Erlaß (Bulle, Breve) beurkundet und publizirt, unter Bezugnahme auf die vorausgegangenen Verhandlungen.

Deutsche Fürstenkonkordate von 1447. (Concordata principum — drei Bullen und eine Breve.)

2. Das Uebereinkommen ist in zwei, äußerlich von einander unabhängige Schriftstücke zerlegt: einen kirchlichen Erlaß, welcher die kirchlichen, einen staatlichen Erlaß, welcher die staatlichen Zugeständnisse enthält.

Wormser Konkordat von 1122 und sardinisches Konkordat v. 1727.

3. Das Uebereinkommen ist vermittelst einer gemeinsamen, von beiden Theilen vollzogenen Urkunde verlautbart.

Wiener Konkordat von 1448, französisches von 1801 und alle weiteren Konkordate des 19. sec.

Württemberg. Konk. v. 1857. In nomine Sanctissimae et Individuae Trinitatis. Sanctitas Sua Summus Pontifex Pius IX et Majestas Sua Serenissima Guilelmus I. Virtembergae Rex, cupientes Ecclesiae Catholicae Romanae negotia componere in Regno Virtembergae, Suos Plenipotentiarios constituerunt, videlicet Sanctitas Sua Eminentissimum Dominum Carolum Augustum S. R. E. tituli S. Anastasiae Presbyterum Cardinalem de Reisach et Majestas Sua Rex Virtembergae Nobilem virum Dominum Adolphum liberum Baronem de Ow, Suum Ministrum Plenipotentiarium . . . et a Consiliis Legationum Secretis. Qui Plenipotentiarii post sibi mutuo tradita legitima et authentica suae quisque plenipotentiae instrumenta de sequentibus articulis convenerunt. (Kontext). Ratificationes praesentis

Conventionis mutuo tradentur Romae duorum mensium spatio aut citius, si fieri poterit. In quorum fidem praedicti Plenipotentiarii huic Conventioni subscripserunt illamque suo quisque sigillo obsignaverunt. Datum Romae die 8. Aprilis an. reparatae salutis 1857. (L. S. S.) sig. Carolus Aug. Card. de Reisach. Adolphus liber baro de Ow. Form der internationalen Verträge. De jure steht der Ausfertigung eines solennen Vertragsinstruments die Unterzeichnung eines bloßen Protokolls oder ein gegenseitiger Notenaustausch (mit force de traité) gleich.

III. Ueber die rechtliche Natur der Konkordate herrscht Streit. Drei Ansichten stehen sich noch heut schroff gegenüber:

1. Die **Privilegientheorie**. Ihr Ausgangspunkt ist die von der Bulle Unam sanctam verkündete Superiorität der Kirche (Domina) über den Staat (Ancilla). Der Staat steht danach nicht nur innerhalb der Kirche, sondern der Kirche gebührt die Einsetzung und das Richteramt über alle weltliche Gewalt. Deshalb kann eine Vereinbarung zwischen Staat und Kirche immer nur den Erfolg haben, den Staat zu binden, während die Kirche auf Grund ihres göttlichen Oberhoheitsrechts von einer Verpflichtung im juristischen Sinne frei bleibt. Verträge zwischen Haupt und Gliedern sind unmöglich. Die in den Konkordaten enthaltenen Zugeständnisse erweisen sich mithin als widerrufliche Gnaden (Indulte), während die Zusagen der Landesregierung den Staat vertragsmäßig binden (Negotium ex pacto et privilegio mixtum).

Rota Romana: Dec. in caus. Leodin. canon. 15 Mart. 1610: Concordata expediuntur per vim gratiae, ergo . . . remanet merum privilegium. — Breve Kallixt III. (an Kaiser Friedrich III.) von 1457: Quamvis liberrima sit Apost. sedis auctoritas nullisque debeat pactionum vinculis coerceri, ex mera tamen liberalitate Nostra . . . concordatis ipsis locum esse volumus. — Syllabus (Pii IX. 1864), Art. 43: Laica (!) potestas auctoritatem habet rescindendi, declarandi ac faciendi irritas solemnes conventiones (vulgo concordata) cum Sede Apost. initas sine hujus consensu.

M. Brühl: Ueber den Charakter der Konkordd. (Schafft. 1853.) (Aus dem Italienischen des Kard. Azevedo.) — Kard. Cam. Tarquini (S. J.): Institutt. jur. eccles. publici. (Rom. 1862.) p. 71. — M. de Bonald: Deux questions sur le concordat de 1801. (Gen. 1871.) — M. Liberatore (S. J.): La chiesa e lo stato. (Nap. 1871.) p. 355. — Palmieri (S. J.): De Ro. Pontifice (Rom. 1877), p. 480. — Kreuzwald im (kathol.) Staatslexikon. (Freib. 1889.) I. 1502. — Hierher gehören auch die Scheinvertreter der Vertragstheorie (Pseudoregalisten): Labis: Revue cathol. (Lov. 1872) 5 s. — De Angelis: Praelectt. jur can. (Rom. 1877) I. 93 sq. — Fink: De concordd. (Lov. 1879) 146 sq. — Moulart: L'église et l'état. Deutsch von Houben. (Mainz 1881.) 589. — v. Hammerstein (S. J.): Kirche und Staat. (Freib. 1883.) 192. — Hergenröther im Kirchenlexik. v. Wetzer u. Welte. (Freib. 1884.) III. 815.

2. Die **Legaltheorie** geht von der Souveränität des Staats aus, welchem alle Lebenskreise innerhalb der Landesgrenzen unterworfen sind. Mit diesem Begriff ist die Existenz einer dem Staat über- oder nebengeordneten Kirche unvereinbar. Die Kirche steht vielmehr innerhalb des Staats. Konsequent giebt es überhaupt nur noch Religionsgesellschaften mit den Rechten von Korporationen unter einem Vorstande, der, wenn er ein Ausländer ist, vermöge nothwendiger Fiktion als einheimisch gegenwärtig angesehen wird. Damit sind materiell die Konkordate als s. g. staatsrechtliche Verträge in das Gebiet des partikulären Staatsrechts hinübergespielt, d. h. zu Gesetzen umgewandelt. Sie können nur Kraft ihrer staatsseitig erfolgten Publikation Geltung beanspruchen, und ihre Abänderung oder Aufhebung steht jederzeit der Staatsgewalt frei (revokable Staatskonzession). Lediglich der äußeren Form nach haftet ihnen der Charakter der Vereinbarung an. Denn auch hier gilt die Vertragsunmöglichkeit zwischen Haupt und Gliedern. Ungleiche Gewalten haben zusammen verhandelt: die überlegene ordnet Kraft gütlichen Einvernehmens an, was ihr genehm, dem anderen vom Unerwünschten das mindest Nachtheilige erschienen.

Sarwey: Ueber die rechtl. Natur der Konk. in Dove und Friedberg: Zeitschrift f. Kirchenrecht III. 267. — Hinschius: Verhältn. v. Staat und Kirche in Marquardsen: Handb. d. öffentl. R. (Freib. 1883.) I. 273. — Sohm: Verh. v. Kirche u. Staat. (Tüb. 1873.) S. 53. — F. Thudichum: Deutsch. Kirchenrecht. (Leipz. 1877.) I. 6. — Zorn: Kirchenrecht. (Stuttg. 1888.) 434.

3. Die **Vertragstheorie** steht und fällt mit der Lehre von der Koordination von Staat und Kirche. Sie geht auf die Genesis der Konkordate zurück, bei welchen Staat und Kirche offenkundig als Kontrahenten auftreten, und nimmt den Besitzstand, welcher den Papst seit dem Mittelalter in allen Stufen der kirchlichen Entwicklung als eine unabhängige Macht erscheinen läßt, in billige Erwägung. Danach sind die Konkordate zweiseitige Verträge, welche beide Theile rechtlich binden. Ueber ihre nähere Qualifizirung gehen die Meinungen aber auseinander. Man erklärt sie

a) für völkerrechtliche Verträge (eigentliche Staatsverträge), weil thatsächlich der Papst eine außerstaatliche (internationale) Stellung einnimmt („spirituelle Souveränität").

Heffter: Europ. Völkerrecht. 8. Ausg. (Berl. 1888.) § 40. — Richter-Dove: Kirchenrecht. 8. Aufl. (Leipz. 1886.) § 88. — Schulte: Quellen des kathol. Kirchenrechts. (Gieß. 1860.) § 83. — Friedberg: Kirchenrecht. 3. Aufl. (Leipz. 1889.) § 48. — O. Mejer in Herzogs Real-Encyklop. f. protest. Theolog. VIII. 174. — Latour: La papauté en droit intern. (Par. 1893.)

b) für eine eigenthümliche dritte Klasse von öffentlichen Verträgen (publicae conventiones), neben den staats- und völkerrechtlichen Verträgen, weil ihre Durchführung mit äußeren Zwangsmitteln nicht möglich erscheint. Die rechtlichen Eigenschaften und Wirkungen des internationalen Vertrags sollen auf sie nur insoweit übertragbar sein, als die Eigentümlichkeit der Kirche als Mitkontrahenten die Uebertragung gestattet.

Herrmann in Bluntschli's Staatswörterb. V. 737. — Bluntschli: Modernes Völkerrecht. 3. Aufl. (Nördl. 1878.) § 443. — L. Neumann: Grundr. d. Völkerrechts. 3. Aufl. (Wien 1885.) § 24. Geffken in v. Holtzendorff's Handb. d. Völkerrechts. (Hamb. 1887.) II. 216. — v. Martens: Völkerrecht. (Berl. 1886.) II. 116. — v. Scherer: Handb. d. Kirchenrechts. (Graz 1886.) I. 154. — Kahl, Lehrsyst. d. Kirchenrechts (Freib. 1894.) I. 242. — Heiner: Kath. Kirchenrecht. 2. Aufl. (Paderb. 1897.) I. 65.

Die Erörterung der Kontroverse fällt dem Staats- und Völkerrecht anheim. Ihre Lösung hängt wesentlich von der Vorfrage ab, ob der Papst (heut wie früher) als ein Subjekt des internationalen Rechts zu erachten.

E. Münch: Vollständige (?) Sammlung aller Konkordate. (Leipz. 1830. 2 Bde. — V. Nussi: Conventiones de reb. eccles. inter S. Sedem et civ. potest. (Rom. 1869. Mogunt. 1870.) — G. de Luise: De jure publ. s. diplom. ecclesiae cathol. (Nap. 1877.) — Hübler: Zur Revision der Lehre v. der rechtl. Natur der Konk. in Dove u. Friedberg: Zeitschr. f. Kirchenr. III. 204. IV. 105. — Zur Frage über die rechtl. Natur der Konk., in Vering: Arch. f. kath. K. R. XXXVIII. 56. — Hübler in v. Stengels Verwalt. Wörterb. (Freib. 1890.) I. 829: „Solange der Kirchenstaat bestand, war der ihn beherrschende Papst zweifellos Souverän und hatte als solcher völkerrechtliche Persönlichkeit. Diese Stellung ist ihm aber 1870 durch Einverleibung des Kirchenstaats in das Territorialgebiet des neuen Königreichs Italien verloren gegangen ... Andererseits hat der Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche (mit dem primatus jurisdictionis über alle Katholiken der Welt) niemals die Position eines Souveräns im Siune des europäischen Völkerrechts eingenommen. Denn die völkerrechtliche Souveränität setzt Staatsgewalt resp. einen Staat voraus. Die katholische Kirche aber bildet keinen Staat, weil ihr alle Momente des Staatsbegriffes fehlen. Sie ist weder auf ein bestimmtes Gebiet konfinirt, noch besitzt sie äußere Zwangsgewalt (Potesta externa) welche Land und Leute einem obersten Willen unterwirft. Im Mittelalter hat sie solche Gewalt in Anspruch genommen, und der Syllabus (Thes. 24) hält kraft göttlichen Rechts daran unentwegt fest. Aber kein europäischer Staat giebt diesem Anspruche heute mehr nach. Aeußerer Zwang eignet nur noch der Staatsgewalt ... Nach alledem kann der Papst nicht mehr als Subjekt des Völkerrechts angesehen werden. Damit entfällt die Möglichkeit zu einer Konstruktion der Konkordate als Staatsverträge. Ihre Rechtsverbindlichkeit beruht lediglich darauf, daß sie als Staats- resp. Kirchengesetze ordnungsmäßig zustande gekommen sind und aufrecht erhalten werden."

IV. Die **älteren deutſchen** Konkordate haben heut nur noch hiſtoriſche Bedeutung. So

1. das Wormſer Konkordat von 1122 (Concordatum Calixtinum), geſchloſſen zwiſchen P. Kalixtus II. und Kaiſer Heinrich V. (als Coronatus IV.) zur Beilegung des Inveſtiturſtreits, des größten kirchenpolitiſchen Kampfs, der die abendländiſche Chriſtenheit jemals bewegt hat.

Privilegium Calixti pape secundi. Ego, Calixtus, episcopus, servus servorum Dei, tibi dilecto filio H., Dei gratia Romanorum imperatori augusto, concedo electiones episcoporum et abbatum Teutonici regni, qui ad regnum pertinent, in presentia tua fieri, absque symonia et aliqua violentia; ut si qua inter partes discordia emerserit (metropolitani et comprovincialioum consilio vel judicio), saniori parti assensum et auxilium prebeas. Electus autem regalia (absque omni exactione) per sceptrum a te recipiat et, que ex his jure tibi debet, faciat. Ex aliis vero partibus imperii consecratus infra sex menses regalia (absque omni exactione) per sceptrum a te recipiat et, que ex his jure tibi debet, faciat. (Exceptis omnibus que ad Romanam ecclesiam pertinere noscuntur.) De quibus vero mihi querimoniam feceris et auxilium postulaveris, secundum officii mei debitum auxilium tibi prestabo. Do tibi veram pacem et omnibus, qui in parte tua sunt vel fuerunt tempore hujus discordiae. — **Praeceptum Heinrici quarti imperatoris.** In nomine sanctae et individuae Trinitatis. Ego, Heinricus, Romanorum imperator augustus pro amore Dei et sanctae Romanae ecclesiae et domni Papae Calixti et pro remedio animae meae dimitto Deo et sanctis Dei Apostolis Petro et Paulo sanctaeque catholicae ecclesiae omnem investituram per anulum et baculum et concedo, in omnibus ecclesiis, que in regno vel imperio meo sunt, canonicam fieri electionem et liberam consecrationem. Possessiones et regalia beati Petri, que a principio hujus discordiae usque ad hodiernam diem sive tempore patris mei sive etiam meo ablata sunt, que habeo, eidem sanctae Romanae ecclesiae restituo, que autem non habeo, ut restituantur, fideliter juvabo. Possessiones etiam omnium aliarum ecclesiarum et principum et aliorum tam clericorum quam laycorum, que in guerra ista amissae sunt, consilio principum vel justitia, que habeo, reddam, que autem non habeo, ut restituantur, fideliter juvabo. Et do veram pacem domino Papae Calixto sanctaeque Romanae ecclesiae et omnibus, qui in parte ipsius sunt vel fuerunt. Et in quibus sancta Romana ecclesia mihi auxilium postulaverit, fideliter juvabo; et de quibus mihi fecerit querimoniam, debitam sibi faciam justitiam. Haec omnia acta sunt consensu et consilio principum, quorum nomina subscripta sunt. Sickel-Breslau: Die kaiſerl. Ausfertig. d. Wormſer Konk. in d. Mittheil. d. Inſtit. f. Oeſterreich. Geſch.-Forſch. VI (1887) Heft 1. — Bernheim, Zur Geſchichte d. Wormſ. Konk. (1878).

2. Das Konſtanzer Konkordat von 1418, geſchloſſen zwiſchen P. Martin V. und der Natio Germanica, d. h. den zum deutſchen

Fraktionsverbande gehörigen Prälaten auf dem Konstanzer Konzil, zur Ausführung der vom Konzil geplanten Reformatio in capite.

Es hat einen rein kirchlichen Charakter. Die Staatsgewalt war an seinem Abschluß nicht betheiligt. Hübler, Konst. Reform. (Leipzig 1867) 316. Vergl. unten § 22.

3. Die s. g. **Concordata Nationis Germanicae**, eine Kollektivbezeichnung für

a) die Fürstenkonkordate (Concordata principum) von 1447, geschlossen zwischen P. Eugen IV. und den deutschen Reichsständen, wegen Anerkennung der Basler Reformdekrete,

b) das Wiener (Aschaffenburger?) Konkordat von 1448, geschlossen zwischen P. Nicolaus V. und Kaiser Friedrich III., wegen Wiederherstellung der auf das Pfründenwesen bezüglichen päpstlichen Reservatrechte (Benefizialsachen).

Vergl. unten § 23. — Walter: Font. jur. eccles. (Bonn 1862) 109.

V. Im Gegensatz zu den älteren suchen die **neueren deutschen** Konkordate (sec. 19.) das Verhältniß zwischen Staat und Kirche in allen wesentlichen Berührungspunkten zu regeln. So

1. das bayerische Konkordat (Conventio) vom 5. Juni 1817, geschlossen zwischen P. Pius VII. und König Max Joseph I.

Art. 1. Religio catholica apostolica Romana in toto Bavariae Regno terrisque ei subjectis sarta tecta conservabitur cum iis juribus, quibus frui debet ex Dei ordinatione et canonicis sanctionibus. Art. 5. Seminariorum ordinatio, doctrina, gubernatio et administratio Archiepiscoporum et Episcoporum auctoritate pleno libereque jure subjectae erunt juxta formas canonicas. Rectores quoque et professores seminariorum ab Archiepiscopis et Episcopis nominabuntur et quotiescunque necessarum aut utile ab ipsis judicabitur, removebuntur. Cum Episcopis incumbat, fidei ac morum doctrinae invigilare, in hujus officii exercitio etiam circa scholas publicas nullo modo impedientur. Art. 7. Insuper Majestas Sua ... aliqua (!) monasticorum ordinum utriusque sexus coenabia ad instituendam in religione et literis juventutem et in parochorum subsidium aut pro cura infirmorum inito cum S. Sede consilio cum convenienti dotatione instaurari curabit. Art. 8. Ecclesia insuper jus habebit, novas acquirendi possessiones et quidquid de novo acquisierit, faciet suum et censebitur eodem jure ac veteres fundationes ecclesiasticae, quarum, uti et illarum, quae in posterum fient, nulla vel suppressio vel unio fieri poterit absque Sedis Apost. auctoritatis interventu, salvis facultatibus a. S. Concilio Tridentino episcopis tributis. Art. 9. Sanctitas Sua ... Majestati Regis ... in perpetuum concedet indultum nominandi ad vacantes Archiepiscopales et Episcopales ecclesias Regni Bavarici dignos et idoneos ecclesiasticos viros iis dotibus praeditos, quas s. Canones requirunt. Talibus autem viris Sanctitas Sua canonicam dabit institutionem juxta formas consuetas. Art. 10 Praeposituras tam in metro-

politanibus quam in cathedralibus ecclesiis conferet Sanctitas Sua; ad decanatus nominabit Regia Majestas, quae etiam ad canonicatus in sex mensibus Apostolicis sive papalibus nominabit. Quoad alios autem sex menses in eorum tribus Archiepiscopus et Episcopus, in reliquis vero tribus capitulum nominabit. Art. 11. Rex Bavariae ad ea beneficia tam parochialia quam curata ac simplicia praesentabit, ad quae ex legitimo jure patronatus sive per dotationem sive per fundationem sive per constructionem acquisito ejus antecessores Duces et Electores praesentabant ... Reliqua vero beneficia omnia ... libere ab Archiepiscopis et Episcopis personis Majestati Suae gratis conferentur. Art. 12. Pro regimine dioecesium Archiepiscopis et Episcopis id omne exercere liberum erit, quod in vim pastoralis eorum ministerii sive ex declaratione sive ex dispositione s. canonum secundum praesentem et a. S. Sede adprobatam ecclesiae disciplinam competit, ac praesertim a., Vicarios, Consiliarios et Adjutores administrationis suae constituere ecclesiasticos quoscunque ad praedicta officia idoneos judicaverint; ... c. causas ecclesiasticas atque im primis causas matrimoniales, quae juxta canonem 12. sess. 24. S. Concilii Tridentini ad judices ecclesiasticos spectant, in foro eorum cognoscere ac de iis sententiam ferre exceptis causis mere civilibus clericorum, exempli gratia, contractuum, debitorum, haereditatum, quas laici judices cognoscent et definient ... e. cum clero et populo dioecesano pro munere officii pastoralis communicare suasque instructiones et ordinationes de rebus ecclesiasticis libere publicare; praeterea Episcoporum cleri et populi communicatio cum S. Sede in rebus spiritualibus et negotiis ecclesiasticis prorsus libera erit. Art. 13. Quoties Archiepiscopi et Episcopi libros aut in Regno impressos aut in illud introductos Gubernio indicabunt, qui aliquid fidei, bonis moribus aut ecclesiae disciplinae contrarium contineant, Gubernium curabit, ut eorum divulgatio debito modo impediatur. Art. 17. Cetera quae ad res et personas ecclesiasticas spectant, quorum nulla in his articulis expressa facta est mentio, dirigentur omnia et administrabuntur juxta doctrinam ecclesiae ejusque vigentem et approbatam disciplinam. Si vero in posterum supervenerit difficultas, Sanctitas Sua et Regia Majestas secum conferre et rem amice componere sibi reservant.

Publizirt iſt das bayer. Konkordat am 26. Mai 1818 als Staatsgeſetz, aber nur als Anhang I zu § 103 der II. Verf.Beil. (des ſog. Religionsedikts, vergl. unten § 34) und deshalb nur in beſchränkter Weiſe. Denn das Religionsedikt, welches dem Konkordat vorgeht, ſteht mit ihm an mehrfachen Punkten in Widerſpruch; es wahrt überall das oberhoheitliche Aufſichtsrecht des Staates und konſervirt z. B. das ſtaatliche Plazet, ja ſogar den Recursus ab abusu. Inwieweit hierdurch den Verabredungen zuwidergehandelt worden, darüber beſteht ein bis heute noch nicht gelöſter Streit.

v. Sicherer: Staat u. Kirche in Bayern. (Münch. 1874.) Vermittlungsverſuche: Tegernſee'er Erklärung v. 15. September 1821. Miniſt. Entſchließ. v. 8. April 1852, erſetzt durch Miniſt. Entſchließ. v. 20. November 1873.

2. Das württembergische Konkordat (Conventio) vom 8. April 1857, geschlossen zwischen P. Pius IX. und König Wilhelm I.

Art. 4. Pro regimine dioecesis suae episcopo ea jura omnia exercere liberum erit, quae in vim pastoralis ejus ministerii sive ex declaratione sive ex dispositione sacrarum canonum juxta praesentem et a Sancta Sede approbatam ecclesiae disciplinam ipsi competunt.

3. Das badische Konkordat (Conventio) vom 28. Juni 1859, geschlossen zwischen P. Pius IX. und dem Großherzog Friedrich.

Art. 5. Temporum ratione habita Sanctitas Sua permittit, ut, clericorum causae mere civiles, ut contractuum, debitorum, hereditatum, judices seculares cognoscant et definiant. Item S. Sedes consentit, ut lites de civilibus juribus vel oneribus ecclesiarum, beneficiorum, decimarum necnon de onere construendi aedificia ecclesiastica in foro seculari decidantur. Eadem de causa S. Sedes haud impedit, quominus causae clericorum pro criminibus seu delictis, quae poenalibus Magni Ducatus legibus animadvertuntur, ad judicem laicum deferantur, cui tamen incumbit, archiepiscopum ea de re absque mora certiorem reddere.

Die beiden letzteren, nach österreichischem Muster (Konkordat v. 18. August 1855) abgefaßten und unter österreichischem Einfluß zu Stande gekommenen Konventionen wurden zwar durch päpstliche Bullen und landesherrliche Verordnungen genehmigt, sind aber, in Folge Reklamation der Kammern, staatsseitig außer Wirksamkeit gesetzt worden. An ihre Stelle trat für Württemberg das Staatsgesetz v. 30. Januar 1862 über die Regelung des Verhältnisses der Staatsgewalt zur katholischen Kirche, im Wesentlichen nichts anderes als die Konvention selbst, transponirt aus dem Kurialstil in die staatliche Gesetzessprache; für Baden das Staatsgesetz v. 9. Oktober 1860 über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staat.

v. Golther: Staat und katholische Kirche in Württemberg. (Stuttgart 1874.) Spohn: Bad. Staatskirchenrecht. (Karlsruhe 1868.) Friedberg: Staat und katholische Kirche in Baden. (Leipzig 1871.) Vergl. unten § 35.

VI. Unter den **nicht-deutschen** Konkordaten sind von Wichtigkeit:

1. das französische Konkordat (Convention) vom 15. Juli 1801 (26 Messidor de l'an IX.), abgeschlossen zwischen P. Pius VII. und Konsul Napoleon. Es steht als Staatsgesetz noch heut in Geltung für die deutschen Reichslande (Elsaß-Lothringen).

Art. 1. La religion catholique, apostolique et romaine sera librement excercée en France: son culte sera public en se conformant aux règlements de police, que le gouvernement jugera nécessaires pour la tranquilité publique. Art. 4. Le premier consul de la république nommera ... aux archevêchés et évêchés ... Sa Sainteté conférera

l'institution canonique. Art. 10. Les évêques nommeront aux cures. Leur choix ne pourra tomber que sur des personnes agréées par le gouvernement. Art. 14. Le gouvernement assurera un traitement convenable aux évêques et aux curés. Art. 15. Le gouvernement prendra également des mesures pour que les catholiques français puissent, s'ils le veulent, faire en faveur des églises des fondations. Art. 16. Sa Sainteté reconnait dans le premier consul de la république française les mêmes droits et prérogatives, dont jouissaiet près d'elle l'ancien gouvernement. Art. 17. Il est convenu entre les parties contractantes, que dans le cas, où quelqu'un des successeurs du premier consul actuel ne serait pas catholique les droits et prérogatives mentionnés dans l'article ci-dessus et la nomination aux évêchés seront réglés par rapport à lui par une nouvelle convention.

Von allen Konkordaten bietet das französische von 1801 der katholischen Kirche am wenigsten. Für die Grenzgebiete, wo der Streit zwischen Staat und Kirche wogt (klerikale Bildungsanstalten, Ordenswesen, Schule), enthält es keinerlei Bestimmungen. Nur deshalb hat es sich bis auf den heutigen Tag unversehrt erhalten.

Seine Ergänzung findet das französische Konkordat in den s. g. Articles organiques, einem Staatsgesetz vom 8. April 1802 (18. Germ. de l'an X.), welches durch zahlreiche, im Geiste des Gallikanismus gehaltene Sätze das Recht des Staats wahrt, sich gegen Ausschreitungen der Kirchengewalt im Wege der Prävention und Repression zu schützen.

Art. 1. Aucune bulle, bref, rescrit, décret, mandat, provision, signature servant de provision ni autres expéditions de la cour de Rome, même ne concernant que les particuliers, ne pourront être reçus, publiés, imprimés ni autrement mis à exécution, sans l'autorisation du gouvernement. Art. 2. Aucun individu se disant nonce, légat, vicaire ou commissaire apostolique ou se prévalant de toute autre dénomination ne pourra sans la même autorisation exercer sur le sol français ni ailleurs aucune fonction relative aux affaires de l'Eglise gallicane. Art. 3. Les décrets des synodes étrangers, même ceux des conciles géneraux, ne pourront être publiés en France, avant que le gouvernement en ait examiné la forme, leur conformité avec les lois, droits et franchises de la république française et tout ce qui dans leur publication peut altérer ou intéresser la tranquillité publique. Art. 4. Aucun concile national ou métropolitain, aucun synode diocesain, aucune assemblée délibérante n'aura lieu sans la permission expresse du gouvernement. Art. 6. Il y aura recours au conseil d'Etat dans tous les cas d'abus de la part des supérieurs et autres personnes ecclésiastiques. Les cas d'abus sont: l'usurpation ou l'excès de pouvoir, la contravention aux lois et règlements de la république, l'infraction des règles consacrées par les canons recus en France, l'attentat aux libertés, franchises et coutumes de l'Eglise gallicane et toute entreprise ou tout procédé, qui dans l'exercice du culte peut compromettre l'honneur des citoyens, troubler arbitrairement leur conscience, dégénérer contre eux en oppression ou en injure ou en scandale

public. Art. 7. Il y aura pareillement recours au conseil d'Etat, s'il est porté atteinte a l'exercice public du culte et à la liberté, que les lois et les règlements garantissent à ses ministres. Art. 8. Le recours compétera à toute personne interessée. A défaut de plainte particulière il sera exercé d'office par les préfets. Le fonctionaire public, l'ecclésiastique ou la personne, qui voudra exercer ce recours, adressera un mémoire détaillé et signé au conseiller d'Etat, chargé de toutes les affaires concernant les cultes, lequel sera tenu de prendre dans le plus court délai tous les renseignements convenables, et sur son rapport l'affaire sera suivie et définitivement terminée dans la forme administrative ou renvoyée, selon l'exigence des cas, aux autorités compétentes. Art. 20. Les évêques seront tenus de résider dans leurs diocèses; ils ne pourront en sortir qu'avec la permission du premier consul. Art. 23. Les évêques seront chargés de l'organisation de leurs séminaires, et les règlements de cette organisation seront soumis à l'approbation du premier consul. Art. 30. Les curés seront immédiatement soumis aux évêques dans l'exercice de leurs fonctions. Art. 31. Les vicaires et desservants exercent leur ministère sons la surveillance et la direction des curés. Art. 32 Aucun étranger ne pourra être employé dans les fonctions du ministère ecclésiastique saus la permission du gouvernement. Art. 33. Toute fonction est interdite à tout ecclésiastique même français, qui n'appartient à aucun diocèse. Art. 41. Aucune fête, à l'exception du dimanche, ne pourra être établie sans la permission du gouvernement. Art. 45. Aucune cérémonie religieuse n'aura lieu hors des édifices consacrés au culte catholique dans les villes, où il y a des temples destinés à différents cultes. Art. 48. L'évêque se concertera avec le préfet, pour régler la manière d'appeller les fidèles au service divin par le son des clôches. On ne pourra les sonner pour toute autre cause sans la permission de la police locale. — Dupin: Manuel de droit publ. ecclés. franç. (Par. 1860. ed. 5.) — Dürfy: Staatskirchenrecht in Elsaß-Lothring. (Straßburg 1876.)

2. Das öſterreichiſche Konkordat (Conventio) vom 18. Auguſt 1855, abgeſchloſſen zwiſchen P. Pius IX. und Kaiſer Franz Joſeph I.

Art. 1. Religio catholica Apostolica Romana in toto Austriae imperio et singulis, quibus constituitur, ditionibus sarta tecta conservabitur semper cum iis juribus et praerogativis, quibus frui debet ex Dei ordinatione et canonicis sanctionibus. Art. 5. Omnis juventutis catholicae institutio in cunctis scholis tam publicis quam privatis conformis erit doctrinae catholicae. Episcopi autem ex proprii pastoralis officii munere dirigent religiosam juventutis educationem in omnibus instructionis locis tam publicis quam privatis atque diligenter advigilabunt, ut in quavis tradenda disciplina nihil adsit, quod catholicae religioni morumque honestati adversetur. Art. 6. Nemo sacram theologiam, disciplinam catecheticam vel religionis doctrinam in quocunque instituto vel publico vel privato tradet, nisi cum missionem tum auctoritatem obtinuerit ab episcopo diœcesano, cujus eandem revocare est, quando id opportunum censuerit. Art. 7. In gymnasiis

et omnibus quas medias vocant scholis pro juventute catholica destinatis nonnisi viri catholici in professores seu magistros nominabuntur, et omnis institutio ad vitae Christianae legem cordibus inscribendam pro rei quae tractatur natura composita erit. Quinam libri in iisdem scholis ad religiosam tradendam instructionem adhibendi sint, episcopi collatis inter se consiliis statuent. De religionis magistris pro publicis gymnasiis mediisque scholis deputandis firma manebunt, quae hac de re salubriter constitutia sunt. Art. 8. Omnes scholarum elementarium pro catholicis destinatarum magistri inspectioni ecclesiasticae subditi erunt. Inspectores scholarum dioecesanos Majestas sua Caesarea ex viris ab antistite dioecesano propositis nominabit . . . In ludimagistrum assumendi fides et conversatio intemerata sit oportet. Loco movebitur, qui a recto tramite deflexerit. Art. 9. Archiepiscopi, episcopi omnesque locorum ordinarii propriam auctoritatem omnimoda libertate exercebunt, ut libros religioni morumque honestati perniciosos censura perstringant et fideles ab eorumdem lectione avertant. Sed et Gubernium, ne ejusdem libri in Imperio divulgentur, quovis opportuno remedio cavebit. Art. 10. Quum causae ecclesiasticae omnes et in specie quae fidem, sacramenta sacrasque functiones necnon officia et jura ministerio sacro annexa respiciunt, ad Ecclesiae forum unice pertineant, easdem cognoscet judex ecclesiasticus, qui perinde de causis quoque matrimonialibus juxta s. canones et Tridentina cumprimis decreta judicium feret, civilibus tantum matrimonii effectibus ad judicem secularem remissis. Art. 19. Majestas Sua Caesarea in eligendis Episcopis, quos vigore privilegii Apostolici a Serenissimis Antecessoribus Suis ad Ipsam devoluti a Sancta Sede canonice instituendos praesentas seu nominat, imposterum quoque Antistitum imprimis comprovincialium consilis utatur. Art. 25. Santitas Sua . . . (Imperatori et Regi) indultum concedit, nominandi ad omnes Canonicatus et Parochias, quae juri patronatus . . . subsunt, ita tamen, ut seligat unum ex tribus, quos publico concursu habito Epicopis ceteris digniores judicaverint. Art. 28. Archiepiscopis et episcopis liberum erit in propriis dioecesibus ordines seu congregationes religiosas utriusque sexus juxta sacros canones constituere; communicabunt tamen ea de re cum Gubernica Imperiali consilia. Art. 34. Cetera ad personas et res ecclesiasticas pertinentia, quorum nulla in his articulis mentio facta est, dirigentur omnia et administrabuntur juxta ecclesiae doctrinam et ejus vigentem disciplinam a Sancta Sede adprobatam. — Jacobſon: Oeſterreich. Konkord. (Leipz. 1856.)

Graf A. Auersperg hat das öſterreichiſche Konkordat, nicht mit Unrecht, als das gedruckte Kanoſſa bezeichnet, in welchem das Oeſterreich des 19. sec. für den Joſephinismus des 18. sec. in Sack und Aſche zu büßen hatte. In Folge des vatikaniſchen Konzils iſt aber das Konkordat vom Staat gekündigt und durch Staatsgeſetz v. 7. Mai 1874, welches die äußeren Rechtsverhältniſſe der katholiſchen Kirche in Oeſterreich einſeitig regelt, ſeinem ganzen Inhalte nach aufgehoben worden.

3. Das kolumbiſche Konkordat (Pacta conventa) vom 31. Dezember 1887, abgeſchloſſen zwiſchen P. Leo XIII. und dem

Präsidenten Nuñes. In diesem Aktenstück ist das katholische Ideal für das Verhältniß zwischen Staat und Kirche feierlich verbrieft.

Art. 1. Religio Catholica Apostolica Romana est religio Reipublicae Columbianae; publica potestas eandem agnoscit tamquam essentiale elementum, quo societatis ordo constat, seseque obstringit eam, prout etiam eiusdem administros, patrocinio suo iuvare ac tutari illamque in usu et fruitione suorum iurium ac praerogativarum incolumen servare. Art. 2. Ecclesia catholica plena fruitur ac integra libertate et independentia a politica potestate, quapropter haec ulla ratione intercedet, quin ipsa suam spiritualem auctoritatem et ecclesiasticam iurisdictionem universam libere exerceat suaque iuxta proprias leges moderetur et administret. Art. 3. Ecclesiae leges sunt a civili iure discretae, nec huius partem constituunt; et Reipublicae Magistratus illas in honore et reverentia solemniter habeunt. Art. 8. Reipublicae Gubernium fidem suam obligat, legibus quae poenalia iudicia moderantur, ea praescripta conditionesve adponere, quae sacerdoti dignitatem sartam tectam servent, quoties Ecclesiae ministrum criminali processu qualibet de causa implicari contingat. Art. 10. Poterunt libere institui fundarique in Columbiana Republica regulares ordines, religiosaeque sodalitates utriusque sexus, dummodo canonicae eorem erectioni legitima postestatis ecclesiasticae auctoritas accedat. Praefati ordines religiosaeque sodalitates iuxta proprias leges et constitutiones regentur et administrabuntur; attamen ut iuridica frui valeant persona, et patrocinio ac tutela legum Reipublicae iuventur, civili potestati exhibere tenentur testimonium canonicae veniae a respectiva auctoritate ecclesiastica ipsis tributae. ... Art. 12. In Universitatibus, collegiis, scholis aliisque studiorum institutis publica institutio atque instructio ad normam dogmatum morumque doctrinam Ecclesiae Catholicae conformata ornataque esse debebit. In his omnibus studiorum facultatibus doctrinae religiosae institutio praecepti res erit, piae etium catholicae religionis exercitationes in iisdem frequentabuntur. Art. 13. Quapropter respectivis locorum Ordinariis ius erit sive per se sive per speciales Delegatos in praefatis studiorum facultatibus inspicere, nec non libros, qui pro textu adhibeantur revisere quoad ea, quae fidei doctrinam morumve spectant. Archiepiscopus Bogotensis libros seu textus designabit, qui in Universitatibus legi debeant, ad religionis morumque scientias tradendas; atque ut uniformis sit harum disciplinarum institutio, idem Archiepiscopus, collatis cum aliis locorum Ordinariis consiliis, libros deliget qui pro textu sint in reliquis publicis Athaenaeis. Gubernium cavebit, ne in humanioribus litteris aut scientiis, et universim in omnium generum disciplinis tradendis, placita evulgentur, quae catholicis dogmatibus et reverentiae ac venerationi erga Ecclesiam debitae adversentur. Art. 14. Quod si contingat, magistratus aut lectores scientiae religionis morumve, contra gubernii edicta et praescriptiones, catholicae doctrinae haud consentanea docere, poterit loci Ordinarius eisdem docendi potestatem adimere. ... Art. 17. Ut matrimonium eorum omnium, qui catholicam religionem profitentur, effectus civiles quoad

contrahentium prolisque personas et bona progignat, iuxta formam a Concilio Tridentino praescriptam contractum esse opportebit. Celebrationi officialis a lege statutus aderit eum tantummodo in finem, ut matrimonium publicis tabulis continuo inscribat; excipitur tamen casus celebrationis matrimonii in mortis articulo, tum enim si haud facile impleri queat huiusmodi iuris solemnitatis, praetermitti et subsidiariis probationibus suppleri ipsa poterit.

§ 5.

Cirkumskriptionsbullen.

I. Cirkumskriptionsbullen sind einseitige päpstliche Verordnungen (Bullen), welche die Diözesansprengel eines Landes neu abgrenzen (circumscribere). Die deutschen C.B. stammen aus der Zeit nach dem Wiener Kongreß und wurden durch die umfangreichen Säkularisationen zu Eingange sec. 19, in Folge des R.D.H.Schl. v. 25. Februar 1803, veranlaßt. Erlassen sind sie überall im Einvernehmen mit der betheiligten Staatsregierung. Außer der in erster Linie stehenden Sprengeleintheilung setzen sie die Organisation und Ausstattung (Dotation) der neuen Bisthümer, namentlich wegen der Domkapitel, der kirchlichen Lehranstalten (Seminare), der Emeriten- und Demeritenhäuser u. a. m. fest. Auch treffen sie meist Anordnung über die Besetzung der bischöflichen Stühle und Kanonikate.

Sprengeleintheilung der katholischen Kirche im heutigen Deutschen Reich. A. **Preußen.** 1. Kirchenprovinz Köln mit dem Erzbisthum Köln und den Bisthümern Trier, Münster, Paderborn. 2. Kirchenprovinz Gnesen-Posen mit den Erzbisthümern Gnesen und Posen und dem Bisthum Kulm. 3. Oberrheinische Kirchenprovinz (vergl. unter C.) mit den Bisthümern Fulda, Limburg. 4. Exemte Bisthümer: Breslau (Fürstbisthum), Ermland (Frauenburg), Hildesheim, Osnabrück. — B. **Bayern.** 1. Kirchenprovinz München-Freising mit dem Erzbisthum München-Freising und den Bisthümern Augsburg, Regensburg, Passau. 2. Kirchenprovinz Bamberg mit dem Erzbisthum Bamberg und den Bisthümern Würzburg, Eichstädt, Speyer. — C. **Südwestdeutschland.** Oberrheinische Kirchenprovinz mit dem Erzbisthum Freiburg und den Bisthümern Rottenburg, Mainz. (Fulda, Limburg. Vergl. oben A.) — D. **Norddeutschland.** (Delegaturen und Vikariate.) 1. Apostolische Delegatur für die preußischen Marken und Pommern, verwaltet von dem Fürstbischof von Breslau. 2. Apostolisches Vikariat des Nordens, verwaltet von dem Bischof von Osnabrück. 3. Apostolisches Vikariat im Königreich Sachsen, mit dem Sitz in Dresden. 4. Apostolisches Vikariat für die Anhaltinischen Lande, verwaltet von dem Bischof von Paderborn. 5. Apostolisches Vikariat für die preußische Armee, mit dem Sitz in Berlin („Katholische Feldprobstei").

Cirk. Bulle für die preußische Monarchie (Alte Lande) vom 16. Juli 1821. Pius episcopus, servus servorum Dei. Ad perpetuam rei memoriam. *De salute animarum* (Arenga) deque Catholicae Religionis

incremento pro Apostolicae servitutis officio impense solliciti curas Nostras continuo intendimus ad ea omnia, quae Christi fidelium Spirituali regimini procurando magis apta et utilia comparare posse dignoscamus. Hoc sane consilio jam diu cogitationes Nostras praecipue intendimus in regiones illas, quae actu Dominatui subsunt Serenissimi Principis Friderici Guilelmi, Borussorum Regis, ut illius intercedente ope ac liberalitate rem sacram ibidem meliori, qua fieri posset, methodo componere valeremus . . . Hujusmodi autem votis Nostris mirifice obsecundavit laudatus Borussorum Rex, cujus propensam admodum invenimus et grato animo prosequimur voluntatem in Catholicos magno numero sibi subditos . . . ita ut omnia tandem fausto felicique exitu componere ac pro Locorum positione atque Incolarum commoditate novum in Borussiae Regno Ecclesiarum Statum et Dioecesium limites nunc constituere singulasque deinde Sedes, ubi deficiant, propriis, dignis et idoneis Pastoribus donare valeamus. — (Circumscription.) Wratislaviensis Episcopalis Ecclesiae huic Apostolicae Sedi immediate subjectae dioecesim efformabit actuale illius Territorium, exceptis dumtaxat Decanatibus Ostrszeszowensi . . ., at insuper Decanatus Plessensis . . . necnon sequentes Paroeciae in Lusatia, videlicet Neocellensis Monasterii Nullius . . . quae omnes insimul intra fines Borussici Regni Paroeciae ad 661 numerum ascendent. Conservabit item illas, quas actu habet in Austriaca ditione Paroecias. (Apostolische Delegatur für die Marken und Pommern.) Futuri praeterea ac pro tempore existentis Wratislaviensis Episcopi Administrationi perpetuo subjicimus eas, quae a Vicario Apostolico Missionum septentrionalium fuerunt hucusque administratae Paroeciae in Civitatibus Berolini, Potsdamii, Spandaviae, Francfurti ad Viadrum, Stettini et Stralsundiae, quaeque in posterum vi subdelegationis Episcopi Wratislawiensis a supramemorato Praeposito Parochialis Ecclesiae Sanctae Hedwigis dictae Civitatis Berolinensis erunt administrandae. — (Besetzung der Kanonikate.) Futuro autem tempore ac successivis vacationibus a Nobis et Ro. Pontificibus, successoribus Notris, Praepositura, quae major post pontificales dignitas in s. m archiepiscopalibus et episcopalibus ecclesiis necnon in ecclesia Aquisgranensi (Aachen) in collegiatam erigenda, itemque Canonicatus in mensibus Januarii, Martii, Maji, Julii, Septembris ac Novembris in praefatis ecclesiis vacantes conferentur, quemadmodum in capitulo Wratislaviensi hactenus factum est; quod vero ad Decanatus . . . et ad Canonicatus . . . in aliis sex mensibus vacantes ab Archiepiscopis et Episcopis respective conferentur. — (Besetzung der Bischofsstühle.) Facultatem tribuimus, ut in singulis illarum sedium vacationibus per Antistitum respectivorum obitum extra Romanam Curiam vel per earum sedium resignationem et abdicationem . . . infra consuetum Trimestris spatium Dignitates ac Canonici capitulariter congregati et servatis Canonicis regulis novos Antistites ex Ecclesiasticis quibuscunque viris Regni Borussici incolis, dignis tamen, et juxta Canonicas sanctiones idoneis servatis servandis ad formam sacrorum Canonum eligere possint. Ad hujusmodi autem Electiones jus suffragii habebunt Canonici tam Numerarii quam Honorarii, ne exclusis quidem iliis qui ultra Capitularium numerum in hac reordinatione praefinitum, quoad vixerint, in ipsis Capitulis conservabuntur . . . Quaelibet vero Electionum hujusmodi Instrumenta

in authentica forma exarata ad Sanctam Sedem de more mittentur, a qua si Electio canonice peracta agnoscetur, et ex processu Inquisitionis deinde a Ro. Pontifice in singulis casibus alicui ex Archiepiscopis vel Episcopis intra fines Regni Borussici existentibus committendo et ad formam instructionis jussu S. M. Urbani VIII. Praed. N. editae diligenter exarando de electi idoneitate constiterit, electiones hujusmodi a Nobis et Ro. Pontificibus Successoribus Nostris juxta statutum morem per Apostolicas Literas confirmabuntur. — (Seminare.) In singulis praeterea Civitatibus tam Archiepiscopalibus quam Episcopalibus unum Clericorum Seminarium vel conservandum vel de novo quamprimum erigendum esse statuimus, in quo is Clericorum numerus ali atque ad formam Decretorum Sacri Concilii Tridentini institui ac educari debeat, qui respectivarum Dioecesium amplitudini et necessitati respondeat, quique ab Exequutori praesentium Literarum congrue erit praefiniendus. — (Dotation.) Super publicis Regni Sylvis nominatim designandis tot Census auctoritate Regia imponentur, quot erunt dioeceses dotandae, et in respectiva qualitate, ut ex iis annui fructus ab omnibus cujuscunque generis oneribus prorsus libere percipi possint qui satis sint, vel ad integram ipsarum Dioecesium dotationem, si nullam actu habeant vel ad Supplementum ejusdem dotationis, si partem aliquam suorum Bonorum adhuc possideant, ita ut singulae Dioeceses eos annuos redditus imposterum habeant, qui redditibus pro Archiepiscopali vel Episcopali mensa, pro Capitulo, pro Seminario Dioecesano proque Suffraganeo statutis in quantitate singulis inferius designanda perfecte respondeant, atque hujusmodi Censuum proprietas per Instrumenta in legitima validaque Regni forma stipulanda et a praelaudato Rege subscribenda unicuique Ecclesiae conferetur . . . Quum forte Magistratus intercesserint, ne Census imponantur . . . laudatus Rex ultro promisit conceptisque verbis sese obligavit . . . se curaturum esse, ut tot agri Regiis impensis emantur pleno dominii jure singulis Ecclesiis tradendi, quot necessarii sunt, ut eorum redditus annuas illas summas exaequent, quae a Censibus percipiendae essent, nisi impedimentum illud intercessisset. — (Schluß.) Nulli ergo omnino hominum (Irritations- und Derogations-klausel. Vergl. oben S. 6.) Datum Romae etc.

Erektionsbreve für die katholische Feldprobstei in Preußen vom 22. Mai 1868. Pius P. P. IX. Ad perpetuam rei memoriam. *In hac Beatissimi Petri cathedra* (Arenga) . . . Motu proprio, certa scientia et matura deliberatione Nostra per praesentes Vicarium Castrensem sive Cappellanum majorem in Borussia auctoritate Nostra Apostolica instituimus . . . Vicarius Castrensis . . . separata a ceteris Ordinariis iisque minima subjecta jurisdictione pollebit in eos omnes, qui sub Borussiae vexillis militant terra marique ubicunque gentium fuerint atque in omnes et singulos fideles, qui ad Borussiae exercitum secundum leges pertineant. Is per Apostolicas Literas in forma Brevis ab hac Sancta Sede facultates omnes accipiet . . . iisque vel per se vel per alios ecclesiasticos viros ab ipso subdelegandos uti poterit. Designatio personae pro Capellani majoris munere fiet collatis inter Nos . . . ac Serenissimum Borussiae Regem consiliis. (!) Capellanus major Berolini deget . . . atque ex concessione Apostolicae Sedis Episcopali dignitate fulgebit titulo Ecclesiae in partibus infidelium . . . Cappellanorum minorum erit, Cappellanum Majorem in sui ministerii partibus obeundis . . .

juvare. Qui quidem Capellani e Clero eligentur dioecesium Borussicarum ... Porro Capellani isti minores durante munere subjecti erunt omnino spirituali Capellani majoris jurisdictione ... Praeterea Cappellano majori facultas esto, Cappellanos minores nominandi, castigandi deque uno in alium locum transferendi simulque ab officio removendi, dummodo canonicae causae id postulent. At enim antequam ad nominationem veniat alicujus Cappellanis minoris, caveat apprime, ne de persona ... designanda Regium Gubernium aliquid minus probandum deprehendat, simulque cum opportunum duxerit eorum aliquem aut alio transferre aut ab officio removere, ea de re regium Gubernium admoneat. (!)

II. Die Publikation der C.B. erfolgt, da es sich um Kirchengesetze handelt, wie bei allen päpstlichen Konstitutionen, ordnungsmäßig in Rom. (Vergl. oben S. 12.) Daneben werden sie, um ihnen den Charakter eines die katholischen Unterthanen rechtlich bindenden Statuts zu verleihen, auch staatlich sanktionirt und durch Abdruck in der Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Erst dieser staatliche Akt macht die von der Kirchengewalt getroffenen Anordnungen staatsrechtlich wirksam.

Preußische Kabinetsordre vom 23. August 1821. „Da die Mir ... vorgelegte päpstliche Bulle ... nach ihrem wesentlichen Inhalt mit jener Verabredung (!) zusammenstimmt, die unter dem 25. März d. J. in Betreff der Einrichtung, Ausstattung und Begränzung der Erzbisthümer und Bisthümer der katholischen Kirche des Staats und aller darauf Bezug habenden Gegenstände getroffen ... ist, so will Ich ... auch dem wesentlichen (!) Inhalt dieser Bulle, nämlich dem, was die auf vorerwähnte Gegenstände sich beziehenden sachlichen (!) Verfügungen betrifft, hierdurch Meine Königliche Billigung und Sanktion ertheilen, Kraft deren diese Verfügungen als bindendes Statut der Katholischen Kirche des Staats von Allen, die es angeht, zu beobachten sind. Diese Meine Königliche Billigung und Sanktion ertheile ich vermöge Meiner Majestätsrechte und diesen Rechten, wie auch allen Meinen Unterthanen Evangelischer Religion und der Evangelischen Kirche des Staats unbeschadet. Demnach ist ein Abdruck dieser Bulle in die Gesetzsammluug aufzunehmen und für die Ausführung derselben durch das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten zu sorgen."

III. **Die rechtliche Natur** der C.B. ist kontrovers. Gewöhnlich stellt man sie den Konkordaten gleich und erklärt sie deshalb entweder für einfache kirchliche Indulte oder für widerrufliche Staatsgesetze oder für bindende Verträge. Gegen einen Vertragscharakter spricht indeß schon der Umstand, daß bei den den Bullen voraufgegangenen Gepflogenheiten die Uebernahme von vertragsmäßigen Verpflichtungen staatsseitig ausdrücklich verneint worden ist. Um freie Hand zu behalten, lehnten die deutschen Staaten, Bayern ausgenommen, den Abschluß von Konkordaten ab und erklärten, sich mit einer C.B. begnügen zu wollen. Die Instruktionen des preußischen Unterhändlers

Niebuhr lassen hierüber keinen Zweifel zu. Demgemäß wurde auch in dem späteren Publikandum der Staatsregierung v. 11. August 1821 offen ausgesprochen: „Der König konnte den Vollbehalt seiner Hoheitsrechte nicht von fremder Anerkennung abhängig machen, nicht den freien Gebrauch derselben durch beengende Verträge einschränken wollen." In Wirklichkeit liegen nur sog. „administrative Verabredungen" sans force de traité, d. h. keine festen Abmachungen, sondern nur allgemeine Absprachen („Entente") vor. Der in Rom mehrere Jahre hindurch geführte Meinungsaustausch hatte lediglich den Zweck, über die Ansichten und Absichten der Interessenten gegenseitig Klarheit zu schaffen. Dagegen geschah nichts, was einerseits die Freiheit des Staatswillens, andererseits die Entschließungen der römischen Kurie für die Zukunft präjudiziren konnte.

Für den Vertragscharakter Laspeyres: Gesch. u. Verf. der kath. Kirche in Preuß. (Halle 1840.) I. 865. — Erk. d. Preuß. Ob. Trib. v. 11. März 1850. (Entsch. N. F. IX. 414.) — O. Mejer in Herzogs Real-Encyklop. VIII. 149. — Hergenröther im Kirchenlexikon. III. 815. — **Dagegen** Eichhorn: Kirchenrecht. I. 408. — Thudichum: Deutsch. Kirchenrecht. (Leipz. 1877.) I. 272. — Hinschius: Preuß. Kirchenr. im Geb. d. A. L. R. (Berl. 1884.) 481[20].

IV. Die heutigen Diözesangrenzen und Einrichtungen in Deutschland sind regulirt:

1. Für Bayern durch die C.B. Dei ac Domini nostri vom 1. April 1818. Diese bildet eine Beilage zu dem bayer. Konkordat von 1817 und ist staatlich wie kirchlich publizirt am 23. Oktober 1821.

Weiss: Corp. jur. eccles. hod. (Gießen 1833) 126.

2. Für Preußen, alte Lande, durch die C.B. De salute animarum vom 16. Juli 1821, staatlich sanktionirt durch die Königl. Kab.O. v. 23. August 1821 und mit der letzteren publizirt in der Gesetzsammlung. Einen integrirenden Bestandtheil der Bulle bildet das an die preußischen Domkapitel gerichtete Breve Quod de fidelium vom 16. Juli 1821 über die Besetzung der bischöflichen Stühle.

Breve *Quod de fidelium*: Vestrarum partium erit, eos adsciscere, quos, praeter qualitates ceteras ecclesiastico jure praefinitas, prudentiae insuper laude commendari nec Serenissimo Regi minus gratos esse noveritis, de quibus antequam solemnem electionis actum ex canonum regulis rite celebretis, ut Vobis constet curabitis.

3. Für Hannover durch die C.B. Impensa Romanorum v. 26. März 1824 staatlich genehmigt durch G. v. 20. Mai 1824.

Bulle *Impensa Romanorum*: Cathedralis Ecclesiae Capitulum intra mensem a die vacationis computandum Regios ministros certi-

ores fieri curabit de nominibus candidatorum . . . At si forte aliquis ex candidatis ipsis Gubernio sit minus gratus, Capitulum e catalogo eum expunget, reliquo tamen manente sufficienti candidatorum numero, ex quo novus episcopus eligi valeat. Tunc vero Capitulum ad canonicam electionem in episcopum unius ex candidatis, qui supererunt, . . . procedet.

4. Für die oberrheinische Kirchenprovinz (Baden, Württemberg, beide Hessen, Nassau, Hohenzollern, Frankfurt a. M.) durch die beiden C.B. Provida sollersque vom 16. August 1821 und Ad dominici gregis custodiam vom 11. April 1827, staatlich genehmigt durch landesherrliche Erlasse vom 9. Oktober 1827 (für Nassau), vom 12. Oktober 1827 (für das Großh. Hessen), vom 16. Oktober 1827 (für Baden), vom 24. Oktober 1827 (für Württemberg), vom 31. August 1829 (für Kurhessen). Auch diese beiden Bullen werden wesentlich ergänzt durch ein sog. Explikativbreve Re sacra vom 28. Mai 1827, gerichtet an das Domkapitel von Freiburg wegen Besetzung des erzbischöflichen Stuhles.

Bulle *Ad dominici gregis custodiam:* Capitulum . . . summos respectivi territorii Principes certiores fieri curabit de nominibus candidatorum . . . Si forte vero aliquis ex candidatis ipsis summo territorii principi minus gratus exstiterit, capitulum e catalogo eum delebit, reliquo tamen manente sufficienti candidatorum numero, ex quo novus antistes eligi valeat. — Breve *Re sacra:* Vestrarum erit partium eos adsciscere, quos ante solemnem electionis actum noveritis praeter qualitates ceteras ecclesiastico jure praefinitas, prudentiae insuper laude commendari, nec Serenissimo Principi minus gratos esse.

Zu 1—4: O. Mejer: Zur Gesch. d. röm.-deutschen Frage (Rost. 1871 ff.) 3 Bde. — E. Herrmann: D. staatl. Veto bei Bischofswahlen. (Heidelb. 1869.) — E. Friedberg: D. Staat u. d. Bischofswahlen in Deutschl. (Leipz. 1874.)

Zweite Abtheilung.

Die Sammlungen der Rechtsurkunden.

Erster Abschnitt.

Die Sammlungen vor dem Corpus Juris Canonici (bis 1150).

§ 6.

Die Pseudo-Apostolischen Sammlungen.

I. Unter dem Namen Constitutiones Apostolicae kommt schon frühzeitig in Syrien eine umfangreiche Sammlung von Satzungen

der Apoſtel vor, welche in acht Büchern die Lehre, den Kultus und das Rechtsleben der alten orientaliſchen Kirche behandeln. Sie iſt aber unecht (Concil. Trullanum v. 692) und wahrſcheinlich sec. 5 entſtanden (Pſ. Ignatius). Zu Grunde liegen ihr zwei ältere Schriften:

1. die Didascalia apostolorum (*Διδασκαλία τῶν ἀποστόλων*) aus sec. 3,

2. die erſt neuerdings (1883) durch den Metropoliten von Nikomedien, Bryennios aufgefundene Doctrina apostolorum (*Διδαχὴ κυρίου διὰ τῶν ἀπποστόλων τοῖς ἔθνεσιν*) aus sec. 2.

Lagarde: Constitutt. Apostt. (Lips. 1862). — Funk: Die Apoſtol. Konſtitutt. (Rottenb. 1891.) —

Bryennios: *Διδαχὴ τῶν δώδεκα ἀποστόλων.* (Constantinop. 1883.) Deutſcher Text in Dove's Zeitſchr. f. Kirchenr. XIX. 408 (vgl. XX. 407). Kap. 7: „Was die Taufe betrifft, ſo taufet alſo: Nachdem Ihr das Alles zuvor geſagt habt, ſo taufet auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des hlg. Geiſtes in lebendigem Waſſer. Haſt Du aber kein lebendiges Waſſer, ſo tauche in anderes ein. Kannſt Du nicht in kaltes, ſo in warmes. Haſt Du aber beides nicht, ſo gieße aus auf das Haupt dreimal Waſſer im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geiſtes. Vor der Taufe aber ſoll vorfaſten der Taufende und der Täufling und wenn einige Andere es können. Befiehl aber dem Täufling, ein oder zwei Tage vorher zu faſten." Kap. 12: „Jeder aber, der im Namen des Herrn kommt, möge aufgenommen werden. Dann aber prüft und erkennt ihn. Denn Ihr ſollt verſtehen, was rechts, was links iſt. Iſt der Ankömmling ein Durchreiſender, ſo helft ihm nach Kräften. Er ſoll aber nicht bei Euch bleiben, es ſei denn 2 oder 3 Tage, falls es nöthig iſt. Will er ſich aber bei Euch niederlaſſen und iſt er ein Handwerker, ſo ſoll er arbeiten und eſſen. Verſteht er aber kein Handwerk, ſo tragt nach Eurem Verſtande Sorge, daß nicht ein Müßiggänger bei Euch lebe als Chriſt. Will er aber nicht ſo handeln, ſo iſt er Einer, der mit dem Chriſtenthum ein Geſchäft macht. Enthaltet Euch der Gemeinſchaft ſolcher." Kap. 13: „Alle Erſtlinge Deiner Erträge in Kelter und Tonne, der Rinder und Schafe, nimm und gieb ſie dem Propheten. Denn ſie ſind Euere Hohenprieſter. Falls Ihr aber keinen Propheten habt, ſo gebt es den Armen." Kap. 15: „Und mit Jedem, der ſich verfehlt hat an ſeinem Nächſten, ſoll Niemand reden, und er ſoll kein Wort von Euch hören, bis er Reue empfindet."

II. Unecht ſind auch die (50) 85 Canones Apostolorum (*Κανόνες τῶν ἀποστόλων*) aus sec. (4) 6. Trotzdem wurden ſie wegen ihrer Uebereinſtimmung mit der Tradition von der griechiſchen (nicht von der römiſchen) Kirche als authentiſch anerkannt (Conc. Trull. v. 692).

Bruns: Biblioth. eccles. I. 1. — Hefele: Konziliengeſchichte. I. 774. c. 1. Episcopus a duobus aut tribus episcopis ordinetur. c. 6. Episcopus aut presbyter uxorem propriam sub obtentu religionis nequaquam abjiciat; si vero ejecerit, excommuni-

cetur; et si perseveraverit, dejiciatur. c. 11. Si quis cum excommunicato etiam domi simul oraverit, et ipse communione privetur. c. 20. Clericus fidejussionibus inserviens abjiciatur. c. 22. Si quis absciderit semet ipsum, i. e. si quis sibi amputavit virilia, non fiat clericus, quia suus homicida est et Dei conditionibus inimicus. c. 31. Si quis episcopus secularibus potestatibus usus ecclesiam per ipsos obtineat, deponatur, et segregentur omnes, qui illi communicant. c. 44. Episcopis aut presbyter aut diaconus usuras a debitoribus exigens aut desinat aut certe damnetur. c. 54. Si quis clericus in caupona comedens deprehensus fuerit, segregetur, praeterquam si ex necessitate de via devertat ad hospitium. c. 56. Si quis clericus presbyterum vel diaconum injuria affecerit, segregetur.

§ 7.

Die Dionysische Sammlung.

I. Sammlungen von Konzilienschlüssen (§ 1) und Dekretalen (§ 2) (auch von staatlichen Gesetzen mit kirchlichem Inhalt: Nomocanones) wurden seit sec. 4 mehrfach veranstaltet. Von den griechischen ist die werthvollste verloren gegangen (s. g. Codex Canonum Ecclesiae Universae). Die lateinischen sind meist erhalten. (Prisca oder Itala sec. 5 ex., Quesnelliana sec. 6 in., Breviatio Canonum Mitte sec. 6 u. A.) Unter ihnen gewann die aus zwei älteren Arbeiten kombinirte Dyonisiana, eine Collectio Canonum des römischen Mönchs Dionysius „Exiguus“ sec. 6, für die Praxis der abendländischen Kirche hervorragende Bedeutung.

Cassiodor: De inst. div. lit. c. 23. Fuit Dionysius monachus Scytha natione, sed moribus Romanus. („Parvitas mea“.)

II. Die Dionysiana enthält 50 Canones Apostolorum (§ 6), Synodalschlüsse bis zum Konzil von Chalcedon (461), und eine Dekretalenmasse bis sec. 6.

Einen Kodex der Sammlung schenkte P. Hadrian I. (774) an Karl M. (Codex Hadrianeus.) In der Folge wurde die Dionysiana von der fränkischen Kirche rezipirt und durch den Reichstag zu Aachen (802) als verbindliches Gesetzbuch (Collectio Dionysio-Hadriana) anerkannt.

Voellus et Justellus: Biblioth. jur can. vet. I. 101.

§ 8.

Die Spanische oder Isidorische Sammlung.

Mehr partikuläre Bedeutung hat ein Anfang sec. 7 in Spanien als offiziell anerkannter Liber Canonum. Er beruht auf einer älteren Sammlung und wurde fälschlich dem Erzbischof Isidorus von Sevilla

(† 636) zugeschrieben, daher **Collectio S. Isidoris s. Hispana** (Isidoriana).

Das Werk enthält aus der Dionysiana (§ 7) die Konzilienschlüsse sowie den Dekretalenstoff, aber theils in anderer Uebersetzung, theils durch zahlreiche spanische und gallische Provinzialsynoden vermehrt.

Von Wichtigkeit ist die Hispana vornehmlich durch die berüchtigte Fälschung geworden, welche sec. 9 mit ihr vorgenommen wurde (Pseudo-Isidor § 9).

Gonzalez: Collectio Canonum Ecclesiae Hispanae. (Matrit. 1808.)

§ 9.

Die Pseudo-Isidorische Sammlung.

I. Die Spanische Sammlung (§ 8) tritt Mitte sec. 9 wesentlich umgestaltet im Frankenreiche auf. Als Verfasser ist in der Vorrede der heil. Isidorus (von Sevilla) genannt, aber mit dem räthselhaften Beiwort Mercator. (Mercatus? Peccator?)

Wahrscheinlich ist der Eingang der Vorrede abgeschrieben aus **Marius Mercator**: Varii sermones impii Nestorii de incarnatione Domini. (sec. 5): (**Hinschius** in der Zeitschr. f. Kirchenr. VI. 148.)

Pseudo-Isidor.	Marius Mercator. (Var. serm.)
Isidorus Mercator servus Christi lectori conservo suo et (?) parens (? parem) in Domino fidaei salutem.	Marius Mercator servus Christi lectori conservo suo et parens in Domino fidei salutem.

Die Sammlung besteht aus drei Theilen und enthält:

1. den alten Rechtsstoff der Collectio Hispana, vielfach umgearbeitet und vermehrt, namentlich durch das in Rom sec. 8 und 9 gefälschte **Constitutum Constantini ad Silvestrum** (Schenkung der kaiserlichen Würde und der Herrschaft über das Abendland an die Päpste);

2. gegen hundert ganz oder theilweise gefälschte päpstliche Dekretalen in chronologischer Ordnung (von P. Klemens I. † 101 bis P. Gregor II. † 735), zumeist aus den ersten christlichen Jahrhunderten.

P. **Hinschius**: Decrett. Pseudo-Isidor. et Capitula Angilramni. (Lips. 1863.) — **Richter (Dove)**: Kirchenrecht. § 38 ff.

II. Die Grundsätze, welche in den unechten Papstbriefen ausgesprochen sind, bezwecken

1. **die Emanzipation der Kirche vom Staat.** Deshalb wird der Klerus (aktiv wie passiv) von der weltlichen Gerichtsbarkeit befreit (Judicia peregrina);

2. **die Aufrichtung des päpstlichen Primats**, als einer ab-

ſolut monarchiſchen Gewalt. Deshalb haben die Biſchöfe in allen wichtigeren Angelegenheiten nach Rom zu berichten; die Gerichtsbarkeit über die Biſchöfe ſteht nur dem Papſt zu; ein nicht vom Papſt abgeſetzter Biſchof kann Reſtitution in ſein Amt verlangen und braucht ſich bis dahin auf keine Klage einzulaſſen (Actio et exceptio spolii); Synoden dürfen nur mit Genehmigung des Papſtes abgehalten, allgemeine Konzilien nur vom Papſt ſelbſt berufen werden.

Dieſe Anſchauungen waren dem sec. 9 nicht fremd. Neu aber iſt ihre ſyſtematiſche Entwickelung und die Kühnheit, ſie als angeblich altchriſtliche Rechtsſätze den Päpſten und Konzilien der erſten chriſtlichen Jahrhunderte in den Mund zu legen.

Ps.-Gelasius: Nemo unquam episcopum aut reliquos clericos apud judicem secularem accusare praesumat. — Ps.-Zephyrinus: Patriarchae vero vel primates accusatum discutientes episcopum non ante sententiam perferant finitivam, quam apostolica fulti auctoritate ac reum se ipsum confiteatur aut per innocentes et regulariter examinatos convincatur testes. — Ps. Damasus: Omnia decretalia et cunctorum decessorum nostrorum constituta, quae de ecclesiasticis ordinibus et canonum promulgata sunt disciplinis, ita a vobis et ab omnibus episcopis ac cunctis generaliter sacerdotibus custodiri debere mandamus, ut si quis in illa commiserit, veniam sibi deinceps noverit denegari. — Ps. Marcellus: Synodum episcoporum absque hujus S. Sedis auctoritate (quamquam quosdam episcopos possitis congregare) non potestis regulariter facere. — Ps. Julius: Dudum a ss. Apostolis successoribusque eorum in antiquis decretum fuerat statutis, quae hactenus s. et universalis Apostolica tenet ecclesia, non oportere praeter sententiam Ro. Pontificis concilia celebrari nec episcopum damnari, quoniam S. Ro. Ecclesiam primatem omnium ecclesiarum esse voluerunt, et sicut b. Petrus Ap. primus fuit Apostolorum, ita et haec ecclesia suo nomine consecrata (Domino instituente) prima et caput est ceterarum, et ad eam, quasi ad matrem atque apicem, omnes majores ecclesiae causae et judicia episcoporum recurrant et juxta ejus sententiam terminum sumant: nec extra Romanum quicquam ex his debere decerni Pontificem. — Ps.-Johannes. Et halibi in sinodalibus patrum decretis et regum edictis legitur statutum: *Redintegranda* sunt omnia exspoliatis vel ejectis episcopis praesentaliter odinatione pontificum et in eorum unde abscesserunt funditus revocanda, quaecunque conditione temporis aut dolo aut captivitate aut virtute majorum aut per quascunque injustas causas res ecclesiae vel proprias aut substancias suas perdidisse noscuntur, ante accusationem aut regularem ad sinodum vocationem eorum, et reliqua. (Vergl. Decret. Gratiani c. 3. C. 3. qu. 1 unten S. 43). — Ps.-Vigilius. Nulli vel tenuiter scienti vel pleniter sapienti dubium est, quod ecclesia Romana fundamentum et sors sit ecclesiarum, a qua omnes ecclesias principium sumpsisse nemo recte credentium ignorat . . . Quam ob rem sancta Ro. ecclesia . . . primatum tenet omnium ecclesiarum, ad quam tam summa episcoporum negotia et judicia atque querellae quam et majores ecclesiarum quaestiones quasi ad caput semper referenda sunt . . . Ipsa namque ecclesia, quae prima est, ita reliquis

ecclesiis vices suas credidit largiendas, ut in parte sint vocatae sollicitudinis, non in plenitudine potestatis.

Constitutum Constantini (Konſtantiniſche Schenkungsurkunde): Ad imitationem Imperii Nostri, unde ut non pontificalis apex vilescat, sed magis amplius quam terreni Imperii dignitas et gloriae potentia decoretur, ecce tam palatium Nostrum, ut praelatum est, quamque Romae urbis et omnes Italiae seu occidentalium regionum provincias loca et civitates sepefato Beatissimo Pontifici, patri Nostro Silvestrio, universali Papae, contradentes atque relinquentes ejus vel successorum ipsius Pontificum potestati et ditioni firma imperiali censura per hanc Nostram divalem sacram et pragmaticam constitutum decernimus disponendam atque jure S. Romanae Ecclesiae concedimus permanendam. Unde congruum prospeximus, Nostrum Imperium et Regni potestatem orientalibus transferri ac transmutari regionibus et in Byzantiae provincia in optimo loco nomini Nostro civitatem aedificari et Nostrum illic constitui Imperium; quoniam, ubi principatus sacerdotum et Christianae religionis caput ab Imperatore celeste constitutum est, justum non est, ut illic Imperator terrenus habeat potestatem.

III. Die Unechtheit der Pſeudo-Iſid. Dekretalen wurde ſchon sec. 14 und 15 vermuthet (Nicolaus Cusanus und Johannes Turrecremata), nachgewieſen iſt ſie erſt sec. 16 durch die ſ. g. Magdeburger Centuriatoren.

Hauptgründe für die Unechtheit ſind: Sie deuten auf Zuſtände des 8. und 9. sec.; ihre Sprache iſt das Latein der fränkiſchen Kanzleien im 8. und 9. sec.; die dekretirenden Päpſte des 3. sec. citiren die Vulgata des 5. sec.

(Magdeb. Centuriatoren): Ecclesiastica historia, integram ecclesiae Chr. ideam secundum singulas centurias complectens, congesta per aliquot studiosos et pios viros in urbe Magdeburg. (Bas. 1559.) II. 2, 7. III. 2, 7. — Dagegen der Jeſuit Fr. Turrianus (Torres): Adversus Magdeburg. centuriatores. (Col. 1573.) — Replik: D. Blondellus: Pseudoisidorus et Turrianus vapulantes. (Genev. 1628.) — Duplik: Bon. Malvasia: Nuntius veritatis David Blondello missus. (Rom. 1635.) — Ballerinii: De antiqu. collectt. (Venet. 1757.) III. 6.

IV. Der Fälſcher iſt mit Sicherheit nicht zu ermitteln. Verdächtig ſind unter Anderen der Mainzer (?) Diakon Benedikt (Benedictus Levita), der Erzbiſchof Otgar von Mainz und Biſchof Ebo von Rheims. Jedenfalls darf der Verfaſſer nicht in Rom, ſondern nur im weſtlichen Frankenreiche geſucht werden. Die Abfaſſung der Sammlung fällt in die Mitte sec. 9 (845 bis 852).

Maaßen: Neun Kapitel. (Gratz 1876.) 143. „Frommer und zugleich gelehrter Betrug entſchloß ſich, das, was mit echten Autoritäten nicht zu erweiſen war, mit erdichteten zu verſuchen; denn auf Autoritäten, auf unwiderſprechliche Autoritäten, war es abgeſehen . . . Es galt einen kirchlichen Verfaſſungsbau aufzuführen, unter deſſen ſchützendem Dach ſich für alle Zukunft

ſicher wohnen ließ. Der fromme Baumeiſter, der dies unternahm, hat ſich der Maske des hlg. Iſidorus von Sevilla bedient, unter der es ihm gelungen iſt, die Menſchheit Jahrhunderte hindurch gründlich hinter's Licht zu führen." — Grupp: Kulturgeſch. d. Mittelalt. (Stuttg. 1894.) 245. „Im Pseudo-iſidor werden wahre Verhältniſſe durch falſche Beweiſe geſtützt . . . Solche Auffaſſung hängt mit dem ganzen unhiſtoriſchen Sinn des Mittelalters zuſammen; für das Werden und die Entwicklung hatte es noch kein Verſtändniß; namentlich was für gut und recht galt, mußte es von jeher geweſen ſein, und es wäre einer Beſtreitung der Rechtmäßigkeit einer Sache gleichgekommen, hätte man das Gewordene daran betont und geſagt, es ſei einmal nicht ſo geweſen." (Infallibilitätsdogma von 1870.)

V. Benutzt iſt bei dem Pſeudo-Iſidor der Liber pontificalis, eine alte Papſtchronik (cr. 530), daneben zwei Vorarbeiten aus der erſten Hälfte des 9. sec. mit bereits gefälſchtem Stoff:

1. Die Kapitularienſammlung von Benedictus Levita. (Kapitularien, Römiſches Recht, Synodalſchlüſſe u. A.)

Monum. Germ. Leg. II. 2, 39. III. c. 346. Constitutiones contra canones et decreta praesulum Romanorum seu reliquorum pontificum vel bonos mores nullius sint momenti.

2. Die Capitula Angilramni (? 80 Sätze über das Strafverfahren gegen Biſchöfe).

Hinschius l. c. 757 sq. Nullus episcopus nisi canonice vocatus et in legitima synodo suo tempore apostolica auctoritate convocata, cui jussione domini et meritis b. Petri apostoli singularis congregandorum conciliorum auctoritas et s. canonum ac venerandorum patrum decreta multipliciter privata tradita est potestas, super quibuslibet criminibus pulsatus audiatur vel impetatur. Sin aliter praesumtum a quibuslibet fuerit, in vanum deducatur quod egerint . . ., quoniam eadem sedes testante veritatis voce primum primatum obtenuit, nec prima diceretur, si alium super se haberet. Quae etiam caput est omnium ecclesiarum, a qua omnes sumsere originem.

§ 10.

Die Pönitenzialbücher.

Beichtſpiegel (Libri poenitentiales, Bußordnungen) ſind Anleitungen für Geiſtliche zur Verwaltung des Bußſakraments. Sie enthalten Sündenregiſter, ſetzen im Anhalt an Synodalſchlüſſen und Herkommen die verwirkten Sündenſtrafen feſt, bilden die Grundlage des kirchlichen Strafrechts, und ſind von Wichtigkeit für die Kulturgeſchichte des frühen Mittelalters. Solche Sammlungen entſtanden beſonders in England durch Theodor von Kanterbury (cr. 690), Beda Venerabilis (? cr. 730), Egbert (cr. 750), im Frankenreiche durch Halitgar (cr. 830), Rhabanus Maurus (cr. 840), ſpäter

Burchard von Worms (cr. 1020. Decretum. Lib. XIX: „Corrector et medicus").

Wasserschleben: Die Bußordnungen der abendl. Kirche. (Halle 1851.) — Schmitz: Die Bußbücher u. Bußdisziplin der Kirche. (Mainz 1883.) — Fränkische Bußkanones: Si ex cogitatione per somnum pollutus fuerit, quindecim psalmos dicat. — Si filius aut filia patrem ant matrem per barbas aut capillos traxerit, tres annos poeniteat, unum ex his in pane et aqua. Infantes pro hoc vapulentur. — Si quis perjuraverit, totas res suas vendat et donet pauperibus et tondeatur et intret in monasterium et ibi deserviat usque ad mortem. — Corrector et medicus n. 42. Fecisti quod quaedam mulieres instinctu diaboli facere solent? Cum aliquis infans sine baptisma mortuus fuerit, tollunt cadaver parvuli et ponunt in aliquo secreto loco et halo corpusculum ejus transfigunt, dicentes, si sic non fecissent, quod infantulus surgeret et multos laedere posset? Si fecisti aut consensisti aut credidisti duos annos per legitimas ferias debes poenitere.

§ 11.

Die Vorgratianischen Sammlungen.

Unter den zahlreichen Arbeiten, welche nach dem Pseudo-Isidor (§ 9) von sec. 9—12 den kirchlichen Rechtsstoff sammelten, sind namentlich von Bedeutung:

1. Die Collectio Anselmo dedicata (Mailand?), cr. 900, mit zahlreichen Stellen aus dem römischen Recht (Lex Romana canonice compta), sowie die Sammlungen des Bischofs Anselm von Lukka, cr. 1050, und des Kard. Gregorius (Polycarpus), cr. 1100.

Noch ungedruckt.

2. Der Libellus de synodalibus causis et disciplinis ecclesiasticis des Benediktinerabts Regino von Prüm (Prumensis) cr. 906, mit Kapitularien und Volksrechten. (Manualis codicillus.)

Wasserschleben: Reginonis libb. duo de synod. caus. et discipl. eccles. Lips. 1840.

3. Das Decretum Collectarium des Bischofs Burchard von Worms, cr. 1020, mit stark gefälschtem Rechtsstoff (Pueris discendum).

Migne: Patrolog. curs. compl. Ser. lat. (Par. 1844 sq.) t. 140.

4. Die Panormia und das Decretum des Bischofs Ivo von Chartres (Carnotensis), cr. 1100, mit neueren Kanones und Dekretalen (Exceptiones ecclesiasticarum regularum).

Migne: Patrolog. Ser. lat. t. 161.

5. Der Liber de misericordia et justitia des Domscholastikus Algerus von Lüttich, cr. 1123, mit freier methodischer Verarbeitung des aus anderen Sammlungen entlehnten Rechtsstoffs.

Migne: Patrolog. Ser. lat. t. 180.

Allen gemeinsam ist die Benutzung des Pseudo-Isidor. Aus ihnen schöpfte demnächst Gratianus das Material zu einer neuen großen Sammlung, welche alle bisherigen Kollektionen verdrängte und heut den ersten Theil des Corpus Juris Canonici bildet (Decretum Gratiani).

Zweiter Abschnitt.

Das Corpus Juris Canonici. (1150—1317.)

Kapitel I.

Die einzelnen Bestandtheile des Corpus Juris Canonici.

§ 12.

Das Decretum Gratiani (1150).

I. Der Rechtsstoff in den Vorgratianischen Sammlungen (§ 11) war weder vollständig, noch übersichtlich, noch überall echt, noch von Widersprüchen frei. Diesen Mängeln sollte eine systematisch geordnete Schrift (Lehrbuch, erwachsen aus Vorlesungen — Kollegienheft?) abhelfen, welche der Kamaldolensermönch, „Magister" Gratianus im Kloster St. Felix zu Bologna Mitte sec. 12 (1141—1150. Irnerius um 1100) verfaßte. Er lehrte zuerst das Kirchenrecht als eine von der Theologie abgetrennte, selbstständige Wissenschaft (Theologia practica externa). Sein Werk, eine reine Privatarbeit, führte früher die Namen Concordantia discordantium Canonum („Konkordanz": Valet auctoritatum dissonantia ad concordiam revocari), heut Decretum.

Von Gratians Leben ist so gut wie nichts bekannt. Friedberg (Leipz. Rektor.-Rede 1891) nennt sein Werk „einen mächtigen Grundriß mit Quellenstellen, ungefügig roh, geschmacklos und kritiklos, aber doch epochemachend." Die Zeitgenossen hatten Grund, günstiger zu urtheilen.

II. Das Decretum Gratiani zerfällt in drei Partes (Abtheilungen).

Pars I.

behandelt in 101 **Distinctiones** (Abschnitte) die Rechtsquellen (Begriff und Arten des Rechts. S. g. Tractatus decretalium. Distt. 1—20) und das kirchliche Verfassungsrecht (Klerus und Aemter. S. g. Tractatus ordinandorum. Distt. 21—101). In jeder Distinktion

sind unter fortlaufender Nummer s. g. Auctoritates (Synodalschlüsse, Dekretalen, Leges, Citate aus der Bibel, Kirchen- und Profanschriftstellern) als **Canones** (Quellenstellen) in systematischer Ordnung aufgeführt. Die einzelnen Canones werden regelmäßig durch kurze Erörterungen des Verfassers eingeleitet oder mit einander verbunden, erläutert und berichtigt, s. g. **Dicta Gratiani** (Textstellen; in den neueren Ausgaben des Corpus Juris Canonici kursiv gedruckt).

Distinctio II.[1])

Gratianus.[2])

I. Pars.[3]) *Constat autem jus Quiritium ex legibus et plebiscitis et senatusconsultis et constitutionibus principum et edictis sive responsis prudentum.*[4])

C. I[5]) *Quid sit lex.*[6])

[Isidor. Etym. lib. V. c. 10 et l. II. c. 10.]

Lex est constitutio populi, qua majores natu simul cum plebibus aliquid sanxerunt.

C. II. *Quit sit plebiscitum.*[6])

[Isidor. eod. c. 11.]

Plebiscita sunt, quae plebes tantum constituunt . . .

C. III. *Quid sit senatusconsultum.*[6])

[Isidor. eod. c. 12.]

Senatusconsultum est, quod tantum senatores populis consulendo decernunt.

Citirart: c. 1. D. 2. sprich: Canon 1 Distinctio 2.

Pars II.

erörtert einzelne Materien aus dem externen kirchlichen Verwaltungsrecht (Prozeß, Strafrecht, Vermögensrecht, Ordensrecht, auch Eherecht). Sie enthält 36 **Causae** (Rechtsfälle). Aus jeder Causa sind **Quaestiones** (Rechtsfragen) abgeleitet, welche durch **Canones** (Quellenstellen) und durch **Dicta Gratiani** (Textstellen) erläutert, beantwortet und belegt werden. (Praktische Uebungen an der Hand von Rechtsfällen.)

Causa II.[7])

Gratianus.[2])

Quidam episcopus de lapsu carnis a laico impetitur; duo monachi, unus subdiaconus, et duo Levitae adversus ipsum testimonium ferunt; in ipsa ventilatione causae tres ex testibus deficiunt, sive promissione

---

Anm. [1]) Postgratiantische Eintheilung durch Paucapalea, einen Schüler Gratian's. — [2]) Postgratianischer Zusatz. — [3]) Postgratianische Unterabtheilung seit 1506. — [4]) Dictum Gratiani. — [5]) Postgratianische Zählung seit 1554. — [6]) Rubrica Gratianisch. — [7]) Gratianische Eintheilung.

decepti, sive canonica examinatione reprobati; exspoliatur tamen episcopus, quia crimen ejus notorium erat. (Qu. 1). Hic primum quaeritur, an in manifestis judiciarius ordo sit requirendus? (Qu. 2). Secundo an exspoliatus ab aliquo sit judicandus? (Qu. 3). . . .[1])

Quaestio I.[2])

Gratianus.[3])

I. Pars.[4]) *Quod autem nullus sine judicario ordine damnari valeat, auctoritatibus multis probatur.*

De *eo namque ait* Augustinus *hom. L. de utilitate poenitentiae.*

C. I. *Damnari non valeat nisi aut convictus aut sponte confessus.*[5])

Nos in quenquam sententiam ferre non possumus nisi aut convictum aut sponte confessum.

C. II. *De eodem.*

Item Constantinus Imperator.

Iudex criminosum discutiens non ante sententiam proferat capitalem, quam ut reum se ipse confiteatur aut per innocentes testes convincatur.

Gratian. *Hoc idem testatur Augustinus et eisdem verbis. . .*

Causa III.

Gratianus.

Quidam episcopus a propria sede dejectus est, petit restitui . . .

1. Hic primum quaeritur: An restitutio danda sit quibuslibet exspoliatis? 2. . . .

Quaestio I.

Gratianus.

Quod restitutio quibuslibet danda sit, multis auctoritatibus probatus.

C. I. *Exspoliatis vel ejectis omnia sunt redintegranda . . .*

C. III. *De eodem.*

Unde Joannes urbis Romae episcopus scribit Zachariae, archiepiscopo ep. I. (Isidoriana. Conc. tom. p. 1061.)

Redintegranda sunt omnia exspoliatis vel eiectis episcopis praesentialiter ordinatione pontificum, et in eo loco, unde abscesserant, funditus revocanda, quacunque conditione temporis aut captivitate, aut dolo, aut violentia maiorum, aut per quascunque iniustas causas res ecclesiae, vel proprias, aut substantias tuas perdidisse noscuntur ante accusationem aut regularem ad synodum vocationem eorum.

Causa XVII . . .

Quaestio III . . .

C. XXIX. *Qui clericum percusserit, excommunicetur et non nisi a Romano pontifice absolvatur.*

Item Innocentius Papsa in concilio Lateranensi c. 15 (anno 1139. Romae. Concil. tom. VI. P. II. pag. 1210.)

Anm. [1]) Bis dahin Dictum Gratiani. — [2]) Gratianische Eintheilung. — [3]) Postgratianischer Zusatz. — [4]) Postgratianische Unterabtheilung. — [5]) Rubrica Gratianisch.

Si quis suadente diabolo huius sacrilegii reatum incurrerit, quod in clericum vel monachum violentas manus iniecerit, anathematis vinculo subiaceat, et nullus episcoporum illum praesumat absolvere, nisi mortis urgente periculo, donec apostolico conspectui praesentetur, et eius mandatum suscipiat.

Citirt: c. 1 C. 2 qu. 1. ſprich: Canon 1 Causa 2 Quaestio 1.

Die **Quaestio 3** der **Causa 33** (C. 33 qu. 3) bildet, abweichend von den anderen Quäſtionen, ein beſonderes Ganze. Sie bringt einen Traktat über das Bußweſen (de poenitentia). Dieſer iſt in **Distinctiones** (Abſchnitte) zerlegt. Letztere enthalten wieder **Canones** (Quellenſtellen) und **Dicta Gratiani** (Textſtellen).

Tractatus de poenitentia.

Quaestio III.

Gratianus.

His breviter decursis, in quibus extra negotii finem aliquantulum evagati sumus, ad praepositae causae tertiam quaestionem pertractandam, qua quaeritur:[1])

Distinctio I.[2])

Gratianus.

I. Pars.[3]) *Utrum sola cordis contritione et secreta satisfactione absque oris confessione quisque possit Deo satisfacere, redeamus. Sunt enim qui dicunt, quamlibet criminis veniam sine confessione facta ecclesiae et sacerdotali judicio posse promoveri juxta illud Ambrosii super Lucam ad cap. 22.*[1])

C. I.

Petrus doluit et flevit, quia erravit ut homo. Non invenio, quid dixerit; invenio, quod fleverit. Lacrimas ejus lego, satisfactionem non lego.

C. II. Item.

Lacrimae lavent delictum, quod voce pudor est confiteri.

C. III. . . . . .

Distinctio II.

Gratianus.

I. Pars. *Quia vero de poenitentia semel coepit haberi, sermo aliquantulum altius repetendum videtur, diversorum sententias certis auctoritatibus munitas in medium proponentes . . .*

Citirt: c. 2 D. 1 de poenit. ſprich: Canon 2 Distinctio 1 de poenitentia (ſtatt c. 2. D. 1. C. 33. qu. 3).

Anm. [1]) Dictum Gratiani. [2]) Poſtgratianiſche Eintheilung. — [3]) Poſt gratianiſche Unterabtheilung.

Pars III.

handelt von dem internen kirchlichen Verwaltungsrecht: Sakramenten und Sakramentalien (de consecratione). Sie zerfällt in 5 **Distinctiones** (Abschnitte). In jeder Distinktion sind Quellenstellen als **Canones** aufgeführt und mit Erläuterungen versehen: **Dicta Gratiani.**

Distinctio V.[1])

Gratianus.

C. I. *Post baptisma confirmationis sacramentum praestetur.*[2])
Item Urbanus *Papa omnibus Christianis. ep. I. c. 7.*

I. Pars.[3]) Omnes fideles per manus impositionem episcoporum Spiritum sanctum per baptismum accipere debent, ut pleni Christiani inveniantur, quia, quum Spiritus sanctus infunditur, cor fidele ad prudentiam et constantiam dilatatur.

C. II. . . .

Citirart: c. 1 D. 5 de consecr. sprich: Canon 1 Distinctio 5 de consecratione.

Neben den eigentlichen Canones finden sich in allen drei Partes noch einzelne Quellenstellen (166), welche die Bezeichnung **Palea** tragen. Diese sind erst später hinzugefügt, namentlich von dem Schüler Gratians Paucapalea.

Glossa ordinaria von Johannes Teutonikus († 1240 in Halberstadt) und Bartholomäus von Brescia († 1258).

Kommentare: van Espen: Brevis comment. ad. decret. Grat. (Colon. 1732.) — Berardi: Comp. commentt. in canon Grat. (Venet. 1778.) 3 voll.

§ 13.

Die Dekretalen Gregor IX. (Gregoriana 1234.)

I. Die Konzilienschlüsse (Lateran. III und IV) sowie die zahlreichen Papstbriefe (namentlich von Alexander III., Honorius III. und Innocenz III.), welche nach Abfassung des Gratianischen Werks das kirchliche Rechtsleben regelten, machten als Decretales extra Decretum (Gratiani) vagantes (Extravagantes sc. literae; Extravagantia sc. capita) sehr bald neue Sammlungen erforderlich. Von diesen sind besonders fünf zu Ansehen gelangt und von der Schule in Bologna bearbeitet worden: s. g. **Quinque compilationes antiquae.** Die wichtigste darunter ist die Compilatio prima oder das Breviatum Extravagantium (cr. 1190) des Propstes Bernardus von Pavia mit dem Beinamen „Circa“ (Bernardus *tunc* praepositus Papiensis).

Anm. [1]) Postgratianische Eintheilung. — [2]) Rubrica Gratianisch. — [3]) Postgratianische Unterabtheilung.

Das Breviarium ordnet seinen Rechtsstoff nach dem Vorbilde von Justinians Gesetzkompilationen (Corpus Juris Civilis). Es zerfällt in fünf Libri, jeder Liber in Tituli, jeder Titulus in Capita (chronologisch an einander gereihte Quellenstellen). Den Inhalt der Bücher bezeichnet die Schule (Glosse) mit dem Herameter: *Júdex, Júdicium, Clerus, Connúbia, Crimen* (Lehre von den Prälaten, Prozeßrecht, geistliches Standesrecht, Eherecht, Strafrecht). Diese Eintheilung ist Muster für alle späteren Dekretalensammlungen geworden. Friedberg: Quinque compilationes antiquae. (Lips. 1882.) — Friedberg: Die Canones-Sammlungen zwischen Gratian u. Bernhard v. Pavia. (Leipz. 1897.)

II. Das in den Quinque compilationes enthaltene Gesetzmaterial litt theils an Widersprüchen, theils war es unvollständig und in seiner Authentizität nicht überall verbürgt (inextricabilis silva decretalium). Um diesen Mängeln abzuhelfen, veranstaltete Papst Gregor IX. a. 1230—1234 durch seinen Pönitenziar Raymundus a Pennafort (Dominikaner) eine neue Sammlung aller Extravaganten. Die Sammlung enthält zugleich zahlreiche (196) Konstitutionen Gregors IX. und führt deshalb den Namen **Decretales Gregorii IX.** (Gregoriana), früher Liber Extra (sc. Decretum Gratiani vagantium decretalium); daher die noch heut übliche Abkürzung X. Durch die Bulle *Rex Pacificus* (5. September 1234) den Universitäten Bologna und Paris als ausschließlicher (d. h. alle übergangenen Dekretalen und alle früheren Sammlungen beseitigender) Liber decretalium zugefertigt (in vim publicationis), bildet sie heute die erste offizielle (!) Dekretalensammlung des Corpus Juris Canonici.

1. Eingetheilt ist die Gregoriana, wie das Breviarium extravagantium (oben I.), in fünf **Libri**: *Judex, Judicium, Clerus, Connubia, Crimen.* Die Libri zerfallen in **Tituli** (185), welche die einzelnen Dekretalen als **Capita** (1971) chronologisch einordnen.

Alte Versus memoriales für die Büchereintheilung: Prima ministros dat et ritus officiorum, — Altera dat testes et cetera judiciorum, — Tertia de rebus et vita presbyterorum, — Quarta docet, quales sint nexus conjugiorum, — Ultima de vitiis et poenis tractat eorum.

2. Die Dekretalen sind vom Redaktor frei bearbeitet: zertheilt, abgeändert (interpolirt), ergänzt, namentlich aber gekürzt. Nach der Arenga (den Anfangsworten) ist alles weggeschnitten, was nicht unmittelbar zu der getroffenen Entscheidung gehört. So namentlich die Erzählung des Rechtsfalles (Species facti).

Die weggeschnittenen Stücke heißen Partes decisae (Pars decisa = Relation opp. Decisio = Entscheidung) und sind mit den Worten „et infra" (v. Schulte, Gesch. d. Quellen I. 77.) oder dem Zeichen † angedeutet, in den neueren Ausgaben aber thunlichst in Kursivschrift ergänzt.

3. Regelmäßig führen die als Capita aufgenommenen Dekretalen die volle Adresse des ursprünglichen Empfängers: Superscriptio. Einzelne (65) tragen die einfache Ueberschrift „Gregorius IX.“ Sie rühren von Gregor IX. her, sind speziell für die Zwecke der Sammlung verfaßt und sollen theils Lücken ausfüllen, theils Kontroversen entscheiden.

Liber primus.

Titulus IV.

De consuetudine.[1])

Cap. XI.

Consuetudo non derogat juri naturali seu divino, cujus transgressio peccatum inducit, nec positivo, nisi sit rationabilis et praescripta.[2])

Gregorius IX. (ann. 1229.)[3])

Cum tanto sint graviora peccata, quanto diutius infelicem animam detinent alligatam, nemo sanae mentis intelligit naturali jure, cujus transgressio periculum salutis inducit, quacunque consuetudine, quae dicenda est verius in hac parte corruptela, posse aliquatenus derogari. Licet enim longaevae consuetudinis non sit vilis auctoritas, non tamen est usque adeo valitura, ut vel juri positivo debeat praejudicium generare, nisi fuerit rationabilis et legitime sit praescripta...

Liber tertius.

Titulus I.

De vita et honestate clericorum[1]).

Cap. XIV.

Clericus crapulosus vel ebriosus monitus non desistens ab officio vel beneficio suspenditur.[2])

Idem *in eodem.*[4]) (ann. 1216)[3]).

A crapula et ebrietate omnes clerici diligenter abstineant: unde vinum sibi temperent et se vino. Nec ad bibendum quispiam incitetur, cum ebrietas et mentis inducat exsilium et libidinis provocet incentivum. Unde illum abusum penitus decernimus abolendum, quo in quibusdam partibus ad potus aequales suo modo se obligant potatores, et ille judicio talium plus laudatur, qui plures inebriat et calices foecundiores exhaurit. Si quis autem super his se culpabilem exhibuerit, nisi a superiore commonitus satisfecerit, ab officio vel beneficio suspendatur...

Titulus XXIII.

De solutionibus.[1])

Cap. III.

Si clericus non habeat unde satisfaciat suis creditoribus, non debet excommunicari nec aliter molestari; praestabit tamen cautionem saltem juratoriam de solvendo, quum venerit ad pinguiorem fortunam.[2])

Idem[5]) *Decano et I. Canonico Tullensibus.*[3])

Anm. [1]) Rubrica, Titelüberschrift (Rubrum opp. Nigrum) offiziell. — [2]) Summa, Inhaltsangabe, späterer, nicht offizieller Zusatz. — [3]) Superscriptio capituli, ursprüngliche Adresse der Dekretale, offiziell. — [4]) sc. Innocentius III. in concilio generali (sc. Lateranensi IV.). — [5]) sc. Gregorius IX. Vergl. c. 2.

Odoardus clericus proposuit, quod, quum P. clericus, D. laicus et quidam alii ipsum coram officiali archidiaconi Remensis super quibusdam debitis convenissent, idem in eum recognoscentem hujusmodi debita, sed propter rerum inopiam solvere non valentem excommunicationis sententiam promulgavit. *(Et infra.*[1]) Mandamus, quatenus, si constiterit, quod praedictus Odoardus in totum vel pro parte non possit solvere debita supradicta, sententiam ipsam sine difficultate qualibet relaxetis, recepta prius ab eo idonea cautione, ut, si ad pinguiorem fortunam devenenit, debita praedicta persolvat. . .

Titulus L.

Ne clerici vel monachi secularibus negotiis se immisceant.

Cap. X.

Constitutio Turonensis concilii puniens religiosos, audientes leges vel physicam, est canon latae sententiae . . .

Honorius III. *(Venerabilibus fratribus M. patriarchae Antiochen. et universis archiepiscopis et episcopis . . .)* ann. 1225.

Super specula *(et infra)* . . . Contra religiosas personas, de claustris exeuntes ad audiendum leges vel physicam, felicis memoriae Alexander praedecessor noster olim statuit in concilio Turonensi, ut, nisi infra duorum mensium spatium ad claustrum redierint, sicut excommunicati ab omnibus evitentur, et in nulla causa, si patrocinium praestare voluerint, audiantur. Reversi autem in choro, mensa, capitulo et ceteris ultimi fratrum exsistant, et, nisi forte ex misericordia sedis apostolicae, totius spem promotionis amittant. Verum quia nonnulli ex talibus propter quorundam opiniones diversas excusationis aliquid assumebant, nos, volentes, ut tales de cetero ipso facto sententiam excommunicationis incurrant, districte praecipiendo mandamus, quatenus tam a dioecesanis et capitulis ipsorum, quam etiam a ceteris episcopis, in quorum dioecesibus in huiusmodi student, tales sublato appellationis obstaculo excommunicati et praedictis poenis obnoxii publice nuntientur.

Citirart: c. 3 X. de solut. 3, 23. ſprich: Caput 3 Extra de solutionibus libro 3 titulo 23.

Glossa ordinaria von Bernhardus Parmienſis († 1263).

Kommentare: Sinibaldus Fliscus (Papſt Innocenz IV. † 1254): Apparatus in V. libros decretalium. (Venet. 1481.) — Gonzalez Tellez: Commentt. perpett. in singull. textus 5 libror. Decretall. Gregorii IX. (Lugd. 1673.) 4 voll. — Prosper Fagnanus (Doctor caecus oculatissimus): Commentt. absol. in V. libr. Decrett. (Venet. 1764) 3 voll.

§ 14.

Der Liber Sextus (1298).

I. Die Dekretalen, welche nach dem J. 1234 erſchienen (namentlich von Innocenz IV. und Gregor X.), wurden anfangs bei den betreffenden Titeln der Gregoriana (§ 13) als Novellae (sc. constitu-

Anm. [1]) Pars decisa.

tiones) handschriftlich nachgetragen. Später entstanden daraus besondere, der Gregoriana angehängte Sammlungen (amtliche und Privatarbeiten). Aus diesen ließ Papst Bonifaz VIII. a. 1298, unter Zufügung von 251 eigenen Konstitutionen, eine neue offizielle und ausschließliche (!) Dekretalensammlung, nach dem Muster der Gregoriana, bearbeiten (Abkürzungen: Partes decisae; Abänderungen: Interpolationen). Sie ist gleichfalls in fünf **Libri** (*Judex, Judicium, Clerus, Connubia, Crimen*) getheilt, welche in **Tituli** (76) und **Capita** (359) zerfallen, wurde aber, wie die Vorsammlungen, nur als ein Anhang der Gregoriana behandelt und erhielt deshalb offiziell den Namen **Liber Sextus** (statt Bonifaciana), juristisch das beste Stück des Corpus Juris Canonici.

Auch der Sextus ist, durch die Bulle *Sacrosanctae* (3. März 1298), den Universitäten von Bologna und Paris in vim publicationis mit dem Befehl zugefertigt worden, daß von den darin nicht aufgenommenen älteren Dekretalen nur einzelne, von den Redaktoren besonders bezeichnete (Decretales reservatae) Geltung behalten sollten.

Liber primus.

Titulus VIII.

De supplenda negligentia praelatorum.[1])

Cap. III.

Episcopo a paganis vel a schismaticis capto, non archiepiscopus, sed capitulum administrat, nisi Papa, quam cito hoc fieri poterit, super hoc per capitulum consulendus, aliter ordinaret. Joann. Andreae.[2])

Bonifacius VIII.[3])

Si episcopus a paganis aut schismaticis capiatur, non archiepiscopus, sed capitulum, ac si sedes per mortem vacaret illius, in spiritualibus et temporalibus ministrare debebit, donec eum libertati restitui, vel per sedem apostolicam (cujus interest ecclesiarum providere necessitatibus), super hoc per ipsum capitulum quam cito commode poterit consulendam, aliud contigerit ordinari. . .

Liber tertius.

Titulus XIX.

De jure patronatus.[1])

Cap. un.

Donatio juris patronatus laici, facto loco ecclesiastico, etiam sine consensu episcopi, tenet, non tamen praejudicat juri episcopi. H. d. Dominicus.[2])

Bonifacius VIII.[3]) (ann. 1298.)

Anm. [1]) Rubrica, Titelüberschrift, offiziell. — [2]) Summa, Inhaltsangabe, späterer nicht offizieller Zusatz. — [3]) Superscriptio, Adresse, offiziell, im Sextus überall verstümmelt und undatirt.

Si laicus jus patronatus ecclesiae sibi competens eidem vel alteri ecclesiae seu loco religioso duxerit conferendum, hujusmodi collatio, quamvis absque adsensu episcopi facta fuerit, efficax est censenda, per praefatum tamen collationem juri episcopi, qui eidem adsensum non praebuit, nolumus in aliquo derogari.

Laicus quadrimestre tempus habet ad praesentandum, ecclesia vero semestre, licet a laico adquisierit jus patronatus. Hoc dicit Dominicus.[1])

§ 1. Verum licet patronus laicus ad praesentandum tempus habeat quadrimestre dumtaxat, ecclesia tamen vel monasterium, cui facta est a laico juris patronatus collatio, tempus habet semestre: et omnino quantum ad praesentationem pertinet, non ut patronus laicus, sed ut patronus debet ecclesiasticus reputari.

Citirart: c. 3 in VI de suppl. neglig. 1, 8. ſprich: Caput 3 in Sexto de supplenda negligentia libro 1 titulo 8.

Den Schluß des Sextus bildet ein Anhang: De regulis juris mit 88 allgemeinen Rechtsregeln, welche von dem Legiſten Dinus (Mugellanus) im Auftrage Bonifacius' VIII. zuſammengeſtellt ſind.

Glossa ordinaria von Johannes Andreä († 1348). —

Kommentare: Butrio: Commentt. in VI. Decrett. vol. (Venet. 1575.) Passerini: Commentt. in L. VI. Decrett. (Rom. 1667.) 3 voll.

§ 15.

Die Clementinae (1317).

I. Abweichend von den bisher beobachteten Grundſätzen, ließ Papſt Clemens V. einen Theil ſeiner Konſtitutionen ſowie die Dekrete des Konzils von Vienne (a. 1311) — nicht auch die ſonſtigen, nach dem Sextus erlaſſenen, und in Geltung verbleibenden Dekretalen (bis auf 2) — zu einer neuen, offiziellen Kollektion vereinigen. Dieſe iſt wiederum in die üblichen fünf **Libri** mit (521) **Tituli** und (106) **Capita** (§§ 13 und 14) geordnet und von Papſt Johannes XXII. durch die Bulle *Quoniam nulla* (25. Oktober 1317) den Univerſitäten von Bologna und Paris zugefertigt. Die Sammlung ſollte urſprünglich Liber Septimus heißen. Sie führt aber, ſeit der Gloſſe, den Namen **Clementinae** (sc. constitutiones).

Liber primus.

Titulus VI.

De aetate et qualitate et ordine praficiendorum.[2])

Cap. III.

In XVIII. anno ad subdiaconatum: in XX. ad diaconatum: in XXV. ad presbyteratum potest quis libere promoveri. H. d. Joann. Andr.[2])

Anm. [1]) Summa, Inhaltsangabe, ſpäterer nicht offizieller Zuſatz. — [2]) Rubrica, Titelüberſchrift, offiziell.

Idem.[1])

Generalem ecclesiae observantiam volentes antiquis juribus in hac parte praeferri, decernimus ut (alio non obstante impedimento canonico) possit quis libere in decimo octavo ad subdiaconatus, in vigesimo ad diaconatus et in vigesimo quinto aetatis suae anno ad presbyteratus ordines promoveri.

Liber quintus.

Titulus IV.

De homicidio voluntario vel casuali.[2])

Cap. un.

Furiosus, infans vel dormiens hominem mutilans vel occidens non efficitur irregularis, nec etiam ille, qui, aliter mortem vitare nequiens, suum invasorem occidit vel mutilat. H. d.[3])

Clemens V. *in concilio Viennensi.*[1])

Si furiosus aut infans seu dormiens hominem mutilet vel occidat: nullam ex hoc irregularitatem incurrit. Et idem de illo censemus, qui, mortem aliter vitare non valens, suum occidit vel mutilat invasorem.

Citirart: c. un. in Clem. de homic. 5, 4. ſprich: caput unicum in Clementinis de homicidio libro 5 titulo 4.

II. Während die Gregoriana und der Sextus die Gültigkeit der von ihnen nicht aufgenommenen älteren Dekretalen ausſchließen, laſſen die Klementinen die Geltung derjenigen päpſtlichen Konſtitutionen unberührt, welche nach dem Sextus ergangen waren, aber in der neuen Sammlung unberückſichtigt blieben.

Glossa ordinaria von Johannes Andreä († 1348) und Franziskus Zabarella († 1417). —

Kommentar: Alteserra: In libr. Clement. comment. (Par. (1680).

§ 16.

Die Extravaganten-Sammlungen (1500).

Zu den Dekretalen (Bonifacius' VIII., Benedictus' XI., Klemens' V.), welche in den Clementinae (§ 15) unberückſichtigt, aber trotzdem in Geltung geblieben waren, geſellten ſich bald weitere wichtige päpſtliche Konſtitutionen, namentlich durch die Geſetzgebung von Johannes XXII. Eine amtliche Ausgabe dieſer Extravaganten iſt niemals erfolgt. Dagegen nahm Jean Chappuis (Lizentiat der Rechte in Paris) in der von ihm beſorgten Ausgabe der kanoniſchen

---

Anm. [1]) Superscriptio, offiziell. Idem i. e. Clemens V. in concilio Viennensi. — [2]) Rubrica, Titelüberſchrift, offiziell. — [3]) Summa, Inhaltsangabe, ſpäterer, nicht offizieller Zuſatz. H. d. = hoc dicit.

Rechtsbücher (Paris 1500) zwei neue, fortan ständig gewordene Sammlungen auf:

I. Die **Extravagantes Johannis XXII.** Sie enthalten 20 Konstitutionen des genannten Papstes, welche als **Capita** unter 14 **Tituli** (sine libro) vertheilt sind.

Titulus III.

De praebendis et dignitatibus.[1])

Cap. un.

Tempore hujus cap. obtinentes plures dignitates, personatus, vel beneficia curam animarum habentia ex dispensatione, virtute illius non poterunt retinere nisi unum et reliqua tenebuntur resignare verbaliter et realiter coram ordinario sub testimonio publico intra mensem a tempore notitiae hujus cap., nisi fuissent cardinales seu regum filii . . . h. d. (sc. hoc. dicit) haec extravagans, quae est notabilis et multum practicabilis et gravius obligat quam cap. *de multa* cod. tit. in antiqu., ut patet ad oculum.[2])

Exsecrabilis . . . Statuimus itaque et de fratum ipsorum consilio ordinamus, quod obtinentes nunc ex dispensatione legitima pluralitatem hujusmodi dignitatum, personatuum, officiorum aut prioratuum seu beneficiorum, quae alias absque dispensatione obtinere nequibant, unum tantum a dignitatibus, personatibus, officiis, prioratibus, ecclesiis vel beneficiis hujusmodi, quibus cura imminet animarum, cum dignitate, personatu vel officio, prioratu, ecclesia vel beneficio sine cura, quae habere maluerint, praetextu dispensationis sufficientis circa id eisdem indultae, possint licite retinere . . . Datum Avinioni XIII. Kal. Decembr. Ao. II.

Citirart: c. un. Extrav. Joh. XXII. 3. sprich: caput unicum Extravagantium Johannis XXII. titulo 3.

II. Die **Extravagantes communes** (sc. wegen ihres regelmäßigen Vorkommens in den alten Handschriften). Sie enthalten 74 Dekretalen anderer Päpste (bis 1484) und zerfallen in die hergebrachten fünf **Libri** mit **Tituli** (35) und **Capita.** (Quartus liber vacat.) In diesen Dekretalen kulminirt die Omnipotenz des Papstthums.

Liber primus.

Titulus VIII.

De majoritate et obedientia.[1])

Cap. I.

Omnes Christi fideles de necessitate salutis subsunt Romano Pontifici, qui utrumque gladium habet et omnes judicat, a nemine autem judicatur. Haec tamen extravagans regem Franciae et regnicolos non amplius subjicit ecclesiae Romanae, quam prius erant, ut patet infr. de privil. c. Meruit.[2])

Bonifacius VIII. (ann. 1302.)

Anm. [1]) Rubrica. — [2]) Summa.

Unam sanctam ecclesiam catholicam et ipsam apostolicam urgente fide credere cogimur et tenere, nosque hanc firmiter credimus et simpliciter confitemur, extra quam nec salus est nec remissio peccatorum, sponso in Canticis proclamante: „Una est columba mea, perfecta mea. Una est matri suae, electa genetrici suae"; quae unum corpus mysticum repraesentat, cujus caput Christus, Christi vero Deus . . . Igitur ecclesiae unius et unicae unum corpus, unum caput, non duo capita, quasi monstrum, Christus videlicet et Christi vicarius, Petrus Petrique successor, dicente Domino ipsi Petro: „Pasce oves meas." Meas inquit, et generaliter, non singulariter has vel illas: per quod commisisse sibi intelligitur universas . . . In hac ejusque potestate duos esse gladios, spiritualem videlicet et temporalem, evangelicis dictis instruimur. Nam dicentibus Apostolis: „Ecce duo gladii hic", in ecclesia scilicet, quum Apostoli loquerentur, non respondit Dominus, nimis esse, sed satis. Certe qui in potestate Petri temporalem gladium esse negat, male verbum attendit Domini proferentis: „Converte gladium tuum in vaginam." Uterque ergo est in potestate ecclesiae, spiritualis scilicet gladius et materialis. Sed is quidem pro ecclesia, ille vero ab ecclesia exercendus. Ille sacerdotis, is manu regum et militum, sed ad nutum et patientiam sacerdotis. Oportet autem gladium esse sub gladio et temporalem auctoritatem spirituali subjici potestati. Nam quum dicat Apostolus: „Non est potestas nisi a Deo, quae autem sunt, a Deo ordinata sunt," non autem ordinata essent, nisi gladius esset sub gladio et tanquam inferior reduceretur per alium in suprema. Nam secundum B. Dionysium lex divinitatis est infima per media in suprema reduci. Non ergo secundum ordinem universi omnia aeque ac immediate, sed infima per media et inferiora per superiora ad ordinem reducuntur. Spiritualem autem et dignitate et nobilitate terrenam quamlibet praecellere potestatem oportet tanto clarius nos fateri, quanto spiritualia temporalia antecellunt. Quod etiam ex decimarum datione et benedictione et sanctificatione, ex ipsius potestatis acceptione, ex ipsarum rerum gubernatione claris oculis intuemur. Nam, veritate testante, spiritualis potestas terrenam potestatem instituere habet et judicare, si bona non fuerit . . . Ergo si deviat terrena potestas, judicabitur a potestate spirituali, sed, si deviat spiritualis minor, a suo superiori, si vero suprema, a solo Deo, non ab homine poterit judicari, testante Apostolo: „Spiritualis homo judicat omnia, ipse autem a nemine judicatur." Est autem haec auctoritas, etsi data sit homini et exerceatur per hominem, non humana, sed potius divina, ore divino Petro data sibique suisque successoribus in ipso, quem confessus fuit petra, firmata, dicente Domino ipsi Petro: „Quodcumque ligaveris etc." Quicumque igitur huic potestati a Deo sic ordinatae resistit, Dei ordinationi resistit, nisi duo, sicut Manichaeus, fingat esse principia, quod falsum et haereticum judicamus, quia, testante Moyse, non in principiis, sed in principio coelum Deus creavit et terram. Porro subesse Romano Pontifice omni humanae creaturae (! omnis potestas? omnis Christifidelis? omnis homo s. anima?) declaramus, dicimus, diffinimus, et pronunciamus omnino esse de necessitate salutis. Dat. Laterani Pont. nostri. Ao. VIII (1302.) — Das V. Lateranconzil (1512—1517) hat die offenſichtlich ex cathedra erlaſſene und deshalb dogmatiſche Bulle mit dem Zuſatz approbirt: ut qui non obedierit (papae),

morte puniatur. — Urtext der Bulle aus dem authentischen Regestum Bonifaz' VIII. bei Denifle: Specim. palaeogr. Regestt. (Rom. 1888) tab. 46. Berchtold: Die Bulle Unam sanctam (Münch. 1887) 77 ff. — Martens: Das Vatikanum und Bonifaz VIII. (Münch. 1888.) 22 ff.

Citirart: c. 1. Extrav. comm. 1, 8. sprich: caput 1 Extravagantium communium libro 1 titulo 8.

Benedict XIV. Const. *Jam fere*: Appellatione Corporis, ut ajunt, juris canonici, comprehendi tantum debeant decretales congestae a Gregorio IX., Bonifacio VIII. et Clemente V. — Bickell: Ueber die Entstehung und den heutigen Gebrauch der beiden Extravaganten-Sammlungen (Marb. 1825).

Kapitel II.

Das Corpus Juris Canonici als Ganzes.

§ 17.

Die äußere Gestalt des Corpus Juris Canonici.

I. Die älteren Handschriften und Drucke halten die in den §§ 12 bis 16 behandelten Rechtssammlungen als drei besondere Komplexe auseinander: Decretum Gratiani — Decretales Gregorii IX. — die übrigen Schriften (Sextus, Clementinae, Extravaganten-Sammlungen).

Erst seit 1671 werden diese drei Theile bibliographisch zu einem Ganzen unter dem (nicht offiziellen) Namen „Corpus Juris Canonici" vereinigt.

Die seit sec. 18 übliche Eintheilung (Kreittmayr: Kommentar ad Cod. civ. Bavar. 2031) in Corpus Juris Clausum (Decretum Gratiani, Decretales Gregorii IX., Sextus, Clementinae) und Corpus Juris non Clausum (Extravaganten-Sammlungen) scheint durch einen sprachlichen Irrthum veranlaßt.

Concil. Basil. sess. XXIII. Decretum *Et quia multiplices*: Ipsas omnes (sc. reservationes) sive per Extravagantes *Ad regimen et Exsecrabilis* sive per regulas cancellariae aut alias Apost. constitutiones introductas . . . abolet, statuens, ut de cetero nequaquam fiant, reservationibus in corpore juris expresse clausis . . . duntaxat exceptis.

II. In den älteren Ausgaben des Corpus Juris Canonici finden sich mehrfache Anhänge. So namentlich

1. Paulus Lancelottus (Professor in Perugia): **Institutiones juris canonici** (1563), ein, nach dem Vorbilde von Justinian's Institutionen, im Auftrage P. Paul IV. bearbeitetes Lehrbuch (4 Libri: Personae, Res, Actiones, Crimina).

2. Petrus Matthäus (Matthieu, französischer Jurist):

Liber Septimus Decretalium (1590), eine Dekretalensammlung mit den üblichen fünf Libri (Judex, Judicium etc.), welche in Tituli und Capita zerfallen.

Diese beiden Schriften sind Privatarbeiten und haben keinerlei gesetzliche Geltung.

Privatarbeit ist auch geblieben der s. g. **Liber Septimus** P. Klemens VIII., ein von Gregor XIII., Sixtus V. und Klemens VIII. veranlaßter Kodifikationsversuch des Kard. Pinelli für die in Corp. Jur. Canon. nicht enthaltenen Dekretalen und Synodalschlüsse, namentlich aus späterer Zeit. Die Sammlung ist 1598 gedruckt, hat aber keine amtliche Approbation erhalten. Sentis: Clementis P. P. VIII. Decretales. (Frib. 1870.)

III. Um die Textkritik des Corpus Juris Canonici haben sich namentlich Demochares, Molinaeus und Contius, vor allem die s. g. **Correctores Romani** (C. R.), eine Kommission von Kardinälen und Fachgelehrten (35 Personen) verdient gemacht, welche 1566 von Papst Pius IV. behufs offizieller Revision des Textes niedergesetzt, 1582 die s. g. Römische Ausgabe (mit der Glosse) in 5 Bänden besorgte (Notationes Correctorum, Sigle: N. C.). Ihr Text ist für stereotyp erklärt.

Const. *Emendationem* Gregor XIII. v. 2. Juni 1582: Jubemus igitur, ut quae emendata et reposita sunt, omnia quam diligentissime retineantur, ita ut nihil addatur, mutetur aut imminuatur. — Ausgaben des Corp. Jur. Can. von Le Pelettier. (1687, cum notis fratum Pithoerum). — J. H. Boehmer (1747, abweichend vom römischen Text). — E. Richter (1833, mit Ergänzung der Partes decisae und Berichtigung der Superskriptionen). — E. Friedberg (1877, restituirt den alten Gratianischen Text und berücksichtigt den ursprünglichen Text der Dekretalen). — Deutsche Uebersetzung in Auswahl von Schilling und Sintenis: Das Corp. Jur. Can. (Leipz. 1834).

§ 18.

Rechtskraft des Corpus Juris Canonici.

I. Das Decretum Gratiani (§ 12) hat, obgleich glossirt, als Ganzes keine gesetzliche Kraft und den Charakter einer bloßen Privatarbeit auch durch die Textrevision der Correctores Romani (§ 17) nicht verloren. Den Dicta Gratiani kommt keinerlei, den Canones (Jus antiquum) nur diejenige Autorität zu, die ihnen an und für sich gebührt (Decretales Pseudo-Isidorianae?) oder durch Rezeption (Gewohnheitsrecht) später erwachsen ist.

II. Dagegen sind die Gregoriana (§ 13), der Liber Sextus (§ 14) und die Clementinae (§ 15) förmliche Gesetzbücher (Jus

novum). Ihre Konstitutionen haben mithin Anspruch auf unbedingte Gültigkeit, auch wenn sie von den Originalen abweichen (Interpolationen), oder ursprünglich nur für einen speziellen Fall erlassen waren (Reskripte), oder erweislich falsch resp. gefälscht sind.

In jeder Sammlung gelten alle Dekretalen als an demselben Tage erlassen. Nur für die einzelnen Sammlungen in ihrer Beziehung zu einander greift der Grundsatz Platz: Lex posterior derogat priori.

III. Den beiden Extravaganten-Sammlungen (§ 16) eignet derselben Charakter, wie dem Decretum Gratiani. Sie bilden keine offiziellen Gesetzsammlungen, doch sind einzelne ihrer Dekretalen von jeher für authentisch gehalten, glossirt und im Gerichtsgebrauch rezipirt worden. Nur soweit dies der Fall, steht ihre Anwendbarkeit außer Zweifel.

v. Schulte: Geschichte d. Quellen u. Liter. d. kan. Rechts II. § 9—12. — v. Scherer: Handb. d. Kirchenr. I. 273.

Dritter Abschnitt.

Die Sammlungen nach dem Corpus Juris Canonici.

(Seit 1317.)

Kapitel I.

Päpstliche Dekretalen.

§ 19.

Die Kanzleiregeln.

Die Regeln der Apostolischen Kanzlei (Regulae, Ordinationes et Constitutiones Cancellariae) sind päpstliche, in den Akten der römischen Kanzlei gebuchte Verordnungen (Regulative) zur Instruktion der Kurialbehörden für die Behandlung von Gnaden- und Rechtssachen in formeller und materieller Hinsicht. Sie betreffen theils

1. Die Ausfertigung der Literae Apostolicae (Regulae expeditoriae), theils

2. den Umfang und die Ausübung des päpstlichen Gnadenrechts: Verleihung der reservirten Kirchenämter (Regg. 1—9. 11. 68), Ertheilung von Dispensen, Gewährung von Abläßen (Regulae reservatoriae), theils

3. prozessualische Verhältnisse (Regulae judiciales).

Die Kanzleiregeln wurden seit Johann XXII. (sec. 14) von jedem Papst bei seinem Regierungsantritt neu festgestellt, sind aber seit Nikolaus V. (sec. 15) stereotyp geworden (analog den römischen Edicta tralatitia) und werden heut als gesetzlich fixirter Stilus curiae bei einem Regierungswechsel regelmäßig bestätigt. Ihre Zahl beträgt 72. Von diesen sind in Deutschland nur 4 rezipirt. (Reg. 19. 20. 35. 36.)

Reg. 19. De viginti. Item (Papa) voluit, quod si quis in infirmitate constitutus resignaverit, . . . et postea infra viginti dies, a die per ipsum resignantem praestandi consensus computandos, de ipsa infirmitate decesserit, et ipsum beneficium quavis auctoritate conferatur per resignationem sic factam, collatio hujusmodi sit nulla, ipsumque beneficium nihilominus per obitum censeatur vacare. Reg. 20. De idiomate. Item voluit, quod si contingat tam in curia quam extra alicui personae de parochiali ecclesia vel quovis alio beneficio, exercitium curae animarum parochianorum quomodolibet habente, provideri, nisi ipsa persona intelligat et intelligibiliter loqui sciat idioma loci, ubi ecclesia vel beneficium hujusmodi consistit, provisio seu mandatum et gratia desuper quoad parochialem ecclesiam vel beneficium hujusmodi nullius sint roboris vel momenti. Reg. 35. De annali possessore. Item . . . voluit, statuit et ordinavit, quod quicunque beneficium ecclesiasticum tunc per annum immediate praecedentem pacifice possessum et, quod certo modo vacare praetenditur, deinceps impetraverit, nomen, gradum et nobilitatem possessoris ejusdem, et quot annis ipse illud possederit, ac specificam et determinatam, ex qua clare poterit constare, quod nullum ipsi possessori in dicto beneficio jus competat, causam in hujusmodi impetratione exprimere, et infra sex menses ipsum possessorem ad judicium evocari facere causamque et tunc desuper infra annum usque ad sententiam diffinitivam inclusive prosequi debeat et teneatur; alioquin impetratio praedicta et quaecunque inde secuta nullius existant firmitatis. Reg. 36. De triennali possessore. Item statuit et ordinavit idem D. N., quod si quis quaecunque beneficia ecclesiastica qualiacunque sint, absque simoniaco ingressu ex quovis titulo apostolica vel ordinaria collatione aut electione et electionis hujusmodi confirmatione seu praesentatione et institutione illorum, ad quos beneficiorum hujusmodi collatio, provisio, electio et praesentatio seu quaevis alia dispositio pertinet, per triennium pacifice possederit, . . . super eisdem beneficiis taliter possessis molestari nequeat. — Rigantius: Comment. in Regg. Canc. (Rom. 1744.) 4 voll. — Textabdruck bei Walter: Fontes jur. eccles. (Bonn. 1862.) 483. — v. Ottenthal: Die päpstlichen Kanzleiregeln v. Johann XXII. bis Nikolaus V. (Innsbr. 1888.) — Tangl: Päpstl. Kanzleiordnungen v. 1290—1500. (Innsbr. 1888.) — Förstemann: Novae Constitt. a. d. 1397. (Lips. 1897.)

Bis zum 11. sec. diente als Kanzleibuch der **Liber diurnus**, eine Sammlung von Formularen für die Ausfertigung von Geschäftsschreiben aus dem 7—9. sec. Sickel: Liber diurnus Ro. Pontif. (Vindob. 1889.)

§ 20.

Die römischen Ritualbücher.

Ritus ist der Inbegriff aller feierlichen Handlungen (Agenda), welche den äußeren Gottesdienst (Officium divinum) bilden. Gesetzliche

Regelungen des Ritus (Liturgie) sind in Folge des Trienter Konzils (Sess. XXV. cont. de indice) erfolgt:

1. für das Tagesgebet und die Meßfeier durch das Breviarium Romanum P. Pius V. v. 1568 (verbessert 1602 u. 1631) und das Missale Romanum P. Pius V. v. 1570 (verb. 1604 u. 1634),

2. für die seelsorgerlichen Funktionen (einschließlich des Exorcismus, Ritus, qui in sacramentorum administratione aliisque ecclesiasticis functionibus servari debent ab iis, qui curam animarum gerunt) durch das Rituale Romanum (Benedictionale) P. Paul V. v. 1614 (verb. 1752),

Das Rituale parvum (Ratisb. 1893) ist nur ein Auszug aus dem Rituale Romanum.

3. für die bischöflichen Weiheverrichtungen durch das Pontificale Romanum P. Klemens VIII. v. 1596 (verb. 1644 u. 1752) und das Caeremoniale episcoporum P. Klemens VIII. v. 1600 (verb. 1650. 1727. 1752).

Pontificale Romanum: **Forma juramenti episcoporum:** Ego N. N. Electus Ecclesiae N. ab hac hora in antea fidelis et obediens ero b. Petro Apostolo sanctaeque Ro. Ecclesiae et Domino nostro, Domino N. Papae N. suisque successoribus canonice intrantibus. Non ero in consilio aut consensu vel facto, ut vitam perdant aut membrum, seu capiantur mala captione aut in eos violenter manus quomodolibet ingerantur, vel injuriae aliquae inferantur, quovis quaesito colore. Consilium vero, quod mihi credituri sunt per se aut Nuntios suos, seu literas ad eorum damnum me sciente nemini pandam. Papatum Romanum et Regalia sancti Pietri adjutor eis ero ad retinendum et defendendum, salvo meo ordine, contra omnem hominem. Legatum Ap. Sedis in eundo et redeundo honorifice tractabo et in suis necessitatibus adjuvabo. Jura, honores, privilegia et auctoritatem S. Ro. Ecclesiae, Domini nostri Papae et Successorum praedictorum conservare, defendere, augere et promovere curabo. Neque ero in consilio vel facto seu tractatu, in quibus contra ipsum Dominum nostrum vel eandem Ro. Ecclesiam aliqua sinistra vel praejudicialia personarum, juris, honoris, status et potestatis eorum machinentur. Et si talia a quibuscunque tractari vel procurari novero, impediam hoc pro posse; et quanto citius petero, significabo eidem Domino nostro vel alteri, per quem possit ad ipsius notitiam pervenire. Regulas sanctorum Patrum, decreta, ordinationes seu dispositiones, reservationes, provisiones et mandata Apostolica totis viribus observabo et faciam ab aliis observari. Haereticos, schismaticos et rebelles eidem Domino nostro vel successoribus praedictis pro posse persequar et impugnabo. Vocatus ad synodum veniam, nisi praepeditus fuero canonica praepeditione. Apostolorum limina singulis trienniis personaliter per me ipsum visitabo; et Domino nostro ac successoribus praefatis rationem reddam de toto meo pastorali officio ac de rebus omnibus ad meae Ecclesiae statum, ad cleri et populi disciplinam animarumque denique, quae meae fidei traditae sunt, salutem quovis modo

pertinentibus et vicissim mandata Apostolica humiliter recipiam et quam diligentissime exequar. Quod si legitimo impedimento detentus fuero, praefata omnia adimplebo per certum Nuntium ad hoc speciale mandatum habentem . . . Possessiones vero ad mensam meam pertinentes non vendam nec donabo neque impignerabo nec de novo infeudabo vel aliquo modo alienabo, etiam cum consensu Capituli Ecclesiae meae inconsulto Ro. Pontifice. Et si ad aliquam alienationem devenero, poenas in quadam super hoc edita constitutione contentas eo ipso incurrere volo. — **Ordo excommunicandi:** *Quando vero anathema, i. e. solemnis excommunicatio pro gravioribus culpis fieri debet, Pontifex paratus amicta, stola, pluviali violaceo et mitra simplici, assistentibus sibi 12 Prebyteris superpelliciis indutis et tam ipso quam Presbyteris candelas ardentes in manibus tenentibus, sedet super faldistorium ante altare majus aut alio loco publico, ubi magis sibi placebat, et ibi pronuntiat et profert anathema hoc modo:* quia N., diabolo suadente, Christianam promissionem, quam in Baptismo professus est, per apostasiam postponens, Ecclesiam Dei devastare Ecclesiastica bona diripere ac Pauperes Christi violenter opprimere non veretur, idcirco . . . eum cum universis complicibus fautoribusque suis judicio Dei omnipotentis Patris et Filii et Spiritus sancti et b. Petri principis Apostolorum et omnium Sanctorum necnon et mediocritatis nostrae auctoritate et potestate ligandi et solvendi in coelo et in terra nobis divinitus collata, a preciosi Corporis et Sanguinis Domini perceptione et a societate omnium Christianorum separamus et a liminibus sanctae matris Ecclesiae in coelo et in terra excludimus et excommunicatum et anathematizatum esse decernimus, et damnatum cum diabolo et angelis ejus et omnibus reprobis in ignem aeternum judicamus, donec a diaboli laqueis resipiscat et ad emendationem et poenitentiam redeat et Ecclesiae Dei quam laesit satisfaciat; tradentes eum Satanae in interitum carnis, ut spiritus ejus salvus fiat in die judicii. *Et omnes respondent: Fiat. Fiat. Fiat. Quo facto tam Pontifex quam Sacerdotes debent projicere in terram candelas ardentes, quas in manibus tenebant. Deinde Epistola Presbyteris per Parochias et etiam vicinis Episcopis mittatur, continens nomen excommunicati et excommunicationis causam, ne quis per ignorantiam ulterius illi communicet et ut excommunicationis occasio omnibus auferatur.*

§ 21.

Die Bullarien.

Die im Corpus Juris Canonici nicht enthaltenen früheren sowie die späteren päpstlichen Erlasse (nicht blos Bullen) sind seit Mitte sec. 16 durch mehrfache Privatunternehmungen in chronologisch geordnete Sammlungen gebracht worden: s. g. Bullaria. Diese Arbeiten schöpfen aus amtlichen Quellen, haben aber kein gesetzliches Ansehen und die darin mitgetheilten Erlasse nur insofern Gültigkeit, als sie erweislich ordnungsmäßig publizirt oder durch Gewohnheit rezipirt worden, auch mit dem Original übereinstimmen.

Allgemeine Bullarien: (Cherubini) Magnum Bullarium Romanum. (Luxemb. Chevalier 1727 sqq.) 19 voll. Von 440 bis 1757. S. g.

„Römisches Bullarium". — Coquelines: Bullar. privil. ac diplom. Ro. Pontiff. ampl. Collect. (Rom. 1739 sq.) 14 voll. Bis 1740. — Al. Tomassetti: Bullar., diplom. et privileg. S. R. P. editio locupl. (Aug. Taur. 1857 sqq.) 24 voll. Von 440 ab. S. g. „Turiner Bullarium", mit Fortsetzungen seit 1885, bis jetzt die vollständigste Sammlung. — Deutsche Uebersetzung in Auswahl von Eisenschmidt: Röm. Bullarium (Neustadt a. O. 1831). 2 Bde. Von 453 bis 1830. — Besondere Bullarien: Benedicti XIV. Bullarium. (Rom. 1744.) 4 voll., die letzte authentische (!) Dekretalensammlung. — Acta Pii IX. (Rom. 1848.) — Leonis P. P. XIII. Allocutt. Epistt. Constitutt. (Brug. 1894.) 4 voll.

Encycl. Pii IX. *Quantacura* v. 8. Dezember 1864 (oben S. 8) mit dem **Syllabus** („Zusammenstellung der hauptsächl. Irrthümer unserer Zeit, welche in den Allokutionen, Encykliken und anderen Apostol. Schreiben P. Pius IX. gerügt werden"), das kirchenpolitische Symbolum des Papstthums und seine feierliche Fehdeansage an die gesammte soziale Ordnung der Gegenwart. Thes. 15. Liberum cuique homini est eam amplecti ac profiteri religionem, quam rationis lumine quis ductus veram putaverit. 16. Homines in cujusvis religionis cultu viam aeternae salutis reperire aeternamque salutem assequi possunt. 17. Saltem bene sperandum est de aeterna illorum omnium salute, qui in vera Christi Ecclesia nequaquam versantur. 18. Protestantismus non aliud est quam diversa verae ejusdem christianae religionis forma, in qua aeque ac in Ecclesia catholica Deo placere datum est. 19. Ecclesia non est vera perfectaque societas plane libera, nec pollet suis propriis et constantibus juribus sibi a divino suo fundatore collatis, sed civilis potestatis est difinire, quae sint Ecclesiae jura ac limites, intra quos eadem jura exercere queat. 20. Ecclesiastica potestas suam auctoritatem exercere non debet absque civilis gubernii venia et assensu. 21. Ecclesia non habet potestatem dogmatice definiendi, religionem catholicae Ecclesiae esse unice veram religionem. 22. Obligatio, qua catholici magistri et scriptores omnino adstringuntur, coarctatur in iis tantum, quae ab infallibili Ecclesiae judicio veluti fidei dogmata ab omnibus credenda proponuntur. 23. Romani Pontifices et Concilia oecumenica a limitibus suae potestatis recesserunt, jura Principum usurparunt, atque etiam in rebus fidei et morum definiendis errarunt. 24. Ecclesia vis inferendae potestatem non habet, neque potestatem ullam temporalem directam vel indirectam. 25. Praeter potestatem episcopatui inhaerentem, alia est attributa temporalis potestas a civili imperio vel expresse vel tacite concessa, revocanda propterea, cum libuerit, a civili imperio. 26. Ecclesia non habet nativum ac legitimum jus acquirendi ac possidendi. 27. Sacri Ecclesiae ministri Romanusque Pontifex ab omni rerum temporalium cura ac dominio sunt omnino excludendi. 28. Episcopis, sine Gubernii venia, fas non est vel ipsas apostolicas litteras promulgare. 29. Gratiae a Romano Pontifice concessae existimari debent tamquam irritae, nisi per Gubernium fuerint imploratae. 30. Ecclesiae et personarum ecclesiastarum immunitas a jure civili ortum habuit. 31. Ecclesiasticum forum pro temporalibus clericorum causis sive civilibus sive criminalibus omnino de medio tollendum est, etiam inconsulta et reclamante Apostolica Sede. 32. Absque ulla naturalis juris et aequitatis violatione potest abrogari personalis immunitas, qua clerici ab onere subeundae exercendaeque militae eximuntur; hanc vero

abrogationem postulat civilis progressus, maxime in societate ad formam liberioris regiminis constituta. 33. Non pertinet unice ad ecclesiasticam jurisdictionis potestatem proprio ac nativo jure dirigere theologicarum rerum doctrinam. 34. Doctrina comparantium Romanum Pontificem Principi libero et agenti in universa Ecclesia, doctrina est quae medio aevo praevaluit. 35. Nihil vetat, alicujus Concilii generalis sententia aut universorum populorum facto, summum Pontificatum ab Romano Episcopo atque Urbe ad alium Episcopum aliamque civitatem transferri. 36. Nationalis concilii definitio nullam aliam admittit disputationem, civilisque administratio rem ad hosce terminos exigere potest. 37. Institui possunt nationales Ecclesiae ab auctoritate Romani Pontificis subductae planeque divisae. 38. Divisioni Ecclesiae in orientalem atque occidentalem nimia Romanorum Pontificum arbitria contulerunt. 39. Reipublicae status, utpote omnium jurium origo et fons, jure quodam pollet nullis circumscripto limitibus. 40. Catholicae Ecclesiae doctrina humanae societatis bono et commodis adversatur. 41. Civili potestati vel ab infideli imperante exercitae competit potestas indirecta negativa in sacra; eidem proinde competit nedum jus quod vocant „exequatur", sed etiam jus appellationis, quam nuncupant „ababusu". 42. In conflictu legum utriusque potestatis, jus civile praevalet. 43. Laica potestas auctoritatem habet rescindendi, declarandi ac faciendi irritas solemnes conventiones (vulgo Concordata) super usu jurium ad ecclesiasticam immunitatem pertinentium cum Sede Apostolica initas, sine hujus consensu, immo et ea reclamante. 44. Civilis auctoritas potest se immiscere rebus, quae ad religionem, mores et regimen spirituale pertinent. Hinc potest de instructionibus judicare, quas Ecclesiae pastores ad conscientiarum normam pro suo munere edunt, quin etiam potest de divinorum sacramentorum administratione et dispositionibus ad ea suscipienda necessariis decernere. 45. Totum scholarum publicarum regimen, in quibus juventus christianae alicujus Reipublicae instituitur, episcopalibus dumtaxat seminariis aliqua ratione exceptis, potest ac debet attribui auctoritati civili, et ita quidem attribui, ut nullum alii cuicumque auctoritati recognoscatur jus immiscendi se in disciplina scholarum, in regimine studiorum, in graduum collatione, in delectu ac approbatione magistrorum. 46. Immo in ipsis clericorum seminariis methodus studiorum adhibenda civili auctoritati subjicitur. 47. Postulat optima civilis societatis ratio, ut populares scholae, quae patent omnibus cujusque e populo classis pueris, ac publica universim Instituta, quae litteris severioribusque disciplinis tradendis et educationi juventutis curandae sunt destinata, eximantur ab omni Ecclesiae auctoritate, moderatrice vi et ingerentia, plenoque civilis ac politicae auctoritatis arbitrio subjiciantur, ad imperantium placita et ad communium aetatis opinionum amussim. 48. Catholicis viris probari potest ea juventutis instituendae ratio, quae sit a catholica fide et ab Ecclesiae potestate sejuncta, quaeque rerum dumtaxat naturalium scientiam ac terrenae socialis vitae fines tantummodo vel saltem primario spectet. 49. Civilis auctoritas potest impedire, quominus sacrorum Antistites et fideles populi cum Romano Pontifice libere ac mutuo communicent. 50. Laica aucto-

ritas habet per se jus praesentandi episcopos, et potest ab illis exigere, ut ineant dioecesium procurationem, antequam ipsi canonicam a. S. Sede institutionem et apostolicas litteras accipiant. 51. Immo laicum Gubernium habet jus deponendi ab exercitio pastoralis ministerii episcopos, neque tenetur obedire Romano Pontifici in iis, quae episcopatuum et episcoporum respiciunt institutionem. 52. Gubernium potest suo jure immutare aetatem ab Ecclesia praescriptam pro religiosa tam mulierum quam virorum professione, omnibusque religiosis familiis indicere, ut neminem sine suo permissu ad solemnia vota nuncupanda admittant. 53. Abrogandae sunt leges, quae ad religiosarum familiarum statum tutandum, earumque jura et officia pertinent; immo potest civile gubernium iis omnibus auxilium praestare, qui a suscepto religiosae vitae instituto deficere ac solemnia vota frangere velint; pariterque potest religiosas easdem familias perinde ac collegiatas ecclesias et beneficia simplicia etiam juris patronatus penitus extinguere, illorumque bona et reditus civilis potestatis administrationi et arbitrio subjicere et vindicare. 54. Reges et Principes non solum ab Ecclesiae jurisdictione eximuntur, verum etiam in quaestionibus jurisdictionis dirimendis superiores sunt Ecclesia. 55. Ecclesia a Statu Statusque ab Ecclesia sejungendus est. 62. Proclamandum est et observandum principium quod vocant de non-interventu. 63. Legitimis principibus obedientiam detrectare, immo et rebellare licet. 64. Tum cujusque sanctissimi juramenti violatio, tum quaelibet scelesta flagitiosaque actio sempiternae legi repugnans, non solum haud est improbanda, verum etiam omnino licita, summisque laudibus efferenda, quando id pro patriae amore agatur. 65. Nulla ratione ferri potest, Christum erexisse matrimonium ad dignitatem sacramenti. 66. Matrimonii sacramentum non est nisi quid contractui accessorium ab eoque separabile, ipsumque sacramentum in una tantum nuptiali benedictione situm est. 67. Jure naturae matrimonii vinculum non est indissolubile, et in variis casibus divortium proprie dictum auctoritate civili sanciri potest. 68. Ecclesia non habet potestatem impedimenta matrimonium dirimentia inducendi, sed ea potestas civili auctoritati competit, a qua impedimenta existentia tollenda sunt. 69. Ecclesia sequioribus saeculis dirimentia impedimenta inducere coepit, non jure proprio sed illo jure usa, quod a civili potestate mutuata erat. 70. Tridentini canones, qui anathematis censuram illis inferunt, qui facultatem impedimenta dirimentia inducendi Ecclesiae negare audeant, vel non sunt dogmatici vel de hac mutuata potestate intelligendi sunt. 71. Tridentini forma sub infirmitatis poena non obligat, ubi lex civilis aliam formam praestituat, et velit hac nova forma interveniente matrimonium valere. 72. Bonifacius VIII. votum castitatis in ordinatione emissum nuptias nullas reddere primus asseruit. 73. Vi contractus mere civilis potest inter christianos constare veri nominis matrimonium; falsumque est, aut contractum matrimonii inter christianos semper esse sacramentum, aut nullum esse contractum, si sacramentum excludatur. 74. Causae matrimoniales et sponsalia suapte natura ad forum civile pertinent. 75. De temporalis regni cum spirituali compatibilitate disputant inter se christianae et catholicae Ecclesiae filii. 76. Abrogatio civilis imperii, quo Apostolica Sedes potitur, ad Ecclesiae libertatem felicitatemque vel maxime conduceret. 77. Aetate hac nostra non amplius

expedit, religionem catholicam haberi tamquam unicam Status religionem, ceteris quibuscumque cultibus exclusis. 78. Hinc laudabiliter in quibusdam catholici nominis regionibus lege cautum est, ut hominibus illuc immigrantibus liceat publicum proprii cujusque cultus exercitium habere. 79. Enimvero falsum est, civilem cujusque cultus libertatem, itemque plenam potestatem omnibus attributam quaslibet opiniones cogitationesque palam publiceque manifestandi conducere, ad populorum mores animosque facilius corrumpendos ac indifferentismi pestem propagandam. 80. Romanus Pontifex potest ac debet cum progressu, cum liberalismo et cum recenti civilitate sese reconciliare et componere. — Schraber (S. J.): Die Encykl. v. 8. Dez. 1864. (Wien 1865.) Als eine Kundgebung des unfehlbaren päpstlichen Lehramts hat der Syllabus dogmatischen Charakter. Den Beweis hierfür hat Rinaldi (S. J.) Il valore del Sillabo (Rom. 1888) aus den Gesetzesmaterialien erbracht. (Vergl. Schmitz im Archiv f. kath. Kirchenr. N. F. 55, 261 ff.)

Encycl. Pii IX. *Quod numquam* v. 5. Februar 1875. **Richtigkeitserklärung der preußischen „Kulturkampfsgesetze.")** Quod numquam eventurum arbitrati sumus, animo reputantes ea quae ab hac Apost. Sede communi consilio cum suprema Borussiae Potestate an. 1821 pro rei catholicae incolumitate et bono constituta fuerant, id infeliciter his temporibus factum esse perspeximus, Venerabiles Fratres, in istis regionibus vestris, ubi tranquillitati, qua fruebatur Ecclesiae Dei, saeva et inopinata successit tempestas. Legibus enim, quae non ita pridem adversus Ecclesiae jura latae fuerant, quaeque percuterunt complures e Clero et e fidelibus strenue officio perfunctos, aliae additae sunt, quae divinam Ecclesiae constitutionem penitus subvertunt et omnino sacra Episcoporum jura pessumdant ... Ad has enimvero partes Nostri muneris implendas intendimus per hasce literas aperta testatione denunciantes omnibus, ad quos ea res pertinet, et universo Catholico Orbi leges illas irritas esse, utpote quae divinae Ecclesiae constitutioni prorsus adversantur.

Bulle Leonis XIII. *Officiorum ac munerum* v. 25. Januar 1897. **(Kirchliches Bücherverbot.)** Decr. gener. Tit. I. Cap. I. 1. Libri omnes, quos ante annum MDC aut Summi Pontifices aut Concilia oecumenica damnarunt, et qui in novo Indice non recensentur, eodem modo damnati habeantur, sicut olim damnati fuerunt ... 2. Libri apostatarum, haereticorum, schismaticorum et quorumcunque scriptorum haeresim vel schisma propugnantes aut ipsa religionis fundamenta utcumque evertentes omnino prohibentur. 3. Item prohibentur acatholicorum libri, qui ex professo de religione tractant, nisi constet nihil in eis contra fidem catholicam contineri. 4. Libri eorundem auctorum, qui ex professo de religione non tractant, sed obiter tantum fidei veritates attingunt, jure ecclesiastico prohibiti non habeantur, donec speciali decreto proscripti haud fuerint. Cap. V. 13. Libri aut scripta, quae narrant novas apparitiones, revelationes, visiones, prophetias, miracula, vel quae novas inducunt devotiones ... si publicentur absque legitima Superiorum Ecclesiae licentia, proscribuntur. 14. Prohibentur pariter libri, qui duellum, suicidium vel divortium licita statuunt, qui de sectis massonicis vel aliis ejusdem generis societatibus agunt, eosque utiles et non perniciosas Ecclesiae et civili societati esse contendunt, et qui errores ab Apostolica Sede

proscriptos tuentur. Cap. VII. 20. Libros aut libellos precum, devotionis vel doctrinae institutionisque religiosae, moralis, mysticae aliosque hujusmodi, quamvis ad fovendam populi christiani pietatem conducere videantur, nemo praeter legitimae auctoritatis licentiam publicet; secus prohibiti habeantur. Tit. II. Cap. III. 42. Viri e clero seculari ne libros quidem, qui de artibus scientiisque mere naturalibus tractant, inconsultis suis Ordinariis publicent. Iidem prohibentur quominus, absque praevia Ordinariorum venia, diaria vel folia periodica moderanda suscipiant. Cap. V. 47. Omnes et singuli scienter legentes sine auctoritate Sedis Apostolicae libros apostatarum et haereticorum haeresim propugnantes nec non libros cujusvis auctoris per Apostolicae Literas nominatim prohibitos eosdemque libros retinentes, imprimentes et quomodolibet defendentes excommunicationem ipso facto incurrunt, Ro. Pontifici speciali modo reservatam. 48. Qui sine Ordinarii approbatione Sacrarum Scriptuarum libros vel eorundem adnotationes vel commentarios imprimunt aut imprimi faciunt, incidunt ipso facto in excommunicationem nemini reservatam. — Hollweck: Das kirchliche Bücherverbot. (Mainz 1897.)

Kapitel II.

Konzilienschlüsse.

§ 22.

Das Konstanzer Konzil.

I. Das Konstanzer Konzil (1414—1418) hatte eine dreifache Aufgabe: Sicherstellung des Glaubens gegen Irrlehren (Causa fidei), Beilegung des Schisma (Causa unionis), Kirchenverbesserung an Haupt und Gliedern (Causa reformationis). Zur Durchführung dieser Aufgaben proklamirte das Konzil zunächst:

1. seine Superiorität über den Papst als einen Rechts- und Glaubenssatz (Concilium supra papam!).

Sess. V. Haec S. Synodus Constantiensis ... declarat, quod ipsa in Spiritu Sancto legitime congregata, generale Concilium faciens et Ecclesiam Catholicam militantem repraesentans, potestatem a Christo immediate habet, cui quilibet, cujuscunque status vel dignitatis, etiamsi papalis, existat, obedire tenetur in his, quae pertinent ad fidem et exstirpationem dicti schismatis ac generalem reformationem Ecclesiae Dei in capite et in membris.

2. Die Causa fidei führte demnächst zur Verurtheilung Wycliffs und Verbrennung von Huß, die Causa unionis zur Entfernung der drei Gegenpäpste und Wahl P. Martin V., die Causa reformationis aber zur Vertagung der Reformatio in membris und Theilung der Reformatio in capite (et curia Romana) in zwei Hälften:

a) Die erste Hälfte wurde durch 12 **Konzilsschlüsse** der sess. XXXIX und XLIII mit verbindlicher Kraft für die gesammte Kirche festgestellt: Generalreform (in perpetuum).

Reform-Materien: Periodisirung der Generalkonzilien, Vorkehrungen gegen ein neues Schisma, Unversetzbarkeit des Klerus, Verbot des päpstlichen Spolienrechts, Vorschriften gegen Exemptionen, Unionen, Dispensationen, Simonie, Zehntung des Klerus, Verletzung des Decorum clericale.

Sess. XXXIX. decr. 1. *Frequens* generalium conciliorum celebratio agri dominici praecipua cultura est . . . propter hoc edicto perpetuo sancimus, statuimus, decernimus atque ordinamus, ut amodo concilia generalia celebrentur ita, quod . . . de decennio in decennium perpetuo celebrentur in locis, quae summus pontifex per mensem ante finem cujuslibet concilii approbante et consentiente concilio vel in ejus defectu ipsum concilium deputare et assignare teneatur.

b) Die zweite Hälfte fand ihre Erledigung im Wege von **Separatverträgen**, geschlossen zwischen P. Martin V. und den nationalen Fraktionsverbänden des Konzils (Natio Germanica, Gallicana, Italica, Anglicana, Hispanica): Spezialreform (nur in quinquennium). Sie ist in den drei Konstanzer Konkordaten (deutsches, romanisches und englisches Konkordat) von 1418 niedergelegt.

Die bei Tejada: Collec. compl. de concord. españ. (Mad. 1862) p. 9. abgedruckte Urkunde ist kein separates spanisches Konkordat (Chroust i. d. deutsch. Zeitschr. f. Geschichtswiss. II. 1—13.), sondern nur eine Ausfertigung des romanischen Gesammtabkommens mit den spanischen Spezialstipulationen.

Reform-Materien: Reorganisation des Kardinalkollegiums, Beschränkung der päpstlichen Reservationen und Annaten, Prozeßrecht, Ablaßwesen, Censurenrecht.

Deutsches Konkord. v. 1418. c. 7. *Ad vitanda* scandala et multa pericula subveniendumque conscientiis timoratis omnibusChristi fidelibus tenore praesentium misericorditer indulgemus, quod nemo deinceps a communione alicujus in sacramentorum administratione vel receptione aut aliis quibuscunque divinis vel extra praetextu cujuscunque sententiae aut censurae ecclesiasticae a jure vel ab homine generaliter promulgatae teneatur abstinere vel aliquem vitare ac interdictum ecclesiasticum observare, nisi sententia vel censura hujusmodi fuerit in vel contra personam, collegium, universitatem, ecclesiam, communitatem aut locum certum vel certam a judice publicata vel denunciata specialiter et ex-

Basler Konzil: sess. 20. c. 2 (Generalisirung des deutschen Censur-Indults). Ad vitandum scandala et multa pericula subveniendumque conscientiis timoratis statuit, quod nemo deinceps a communione alicujus in sacramentorum administratione vel receptione aut aliis quibuscunque, divinis vel extra, praetextu cujuscunque sententiae aut censurae ecclesiasticae seu suspensionis aut prohibitionis ab homine vel a jure generaliter promulgatae teneatur abstinere vel aliquem vitare aut interdictum ecclesiasticum observare, nisi sententia, prohibitio, suspensio vel censura hujusmodi fuerint in vel contra personam, collegium, universitatem, ecclesiam aut locum certum vel certam a judice publicata vel denunciata specialiter et expresse: aut si

presse: constitutionibus apostolicis et aliis contrarium facientibus non obstantibus quibuscunque: salvo si quem pro sacrilega manuum injectione in clericum sententiam latam a canone adeo notorie constiterit incidisse, quod factum non possit aliqua tergiversatione celari nec aliquo juris suffragio excusari; nam a communione illius, licet denunciatus non fuerit, volumus abstineri juxta canonicas sanctiones. aliquem ita notorie excommunicationis sententiam constiterit incidisse, quod nulla possit tergiversatione celari aut aliquo juris suffragio excusari. Nam a communione illius abstineri vult juxta canonicas sanctiones. Per hoc tamen hujusmodi excommunicatos, suspensos, interdictos seu prohibitos non intendit in aliquo relevare nec eis quomodolibet suffragari.

II. Die Oecumenizität des Konstanzer Konzils ist kontrovers. Nach der römischen Ansicht galten seine Beschlüsse nur soweit, als sie von P. Martin V. approbirt worden, d. h. aus der Zeit nach der Wahl Martins stammen (sess. 41—55) oder die Causa fidei betreffen und conciliariter ergangen sind. (Pars probata und reprobata.) Aber das Erforderniß einer päpstlichen Approbation für Konzilsschlüsse entspricht nicht dem Recht des 15 sec. und stellt die Legitimität P. Martin V. in Frage. (Qu. „Was war früher: Das Ei oder die Henne?")

v. d. Hardt: Magn. Oecum. Constant. Concil. (Francf. et Lips. 1700.) — Hübler: Die Konstanzer Reformat. und die Konkordd. v. 1418. (Leipz. 1867.)

§ 23.

Das Basler Konzil.

I. Das Basler Konzil (1431—1444) erneuerte die Konstanzer Dekrete über die Superiorität der Generalkonzilien (sess. II.) und führte die Reformatio in capite et membris durch zahlreiche Beschlüsse weiter aus. Basler Reformation: sess. XII—XXIII.

Reform-Materien: Einschränkung der päpstlichen Regierungsgewalt, Aufhebung der päpstlichen Reservationen und Annaten, Periodisirung der Provinzial- u. Diözesansynoden, Strafen gegen Clerici concubinarii, Reform des Kultus und der Interdiktenpraxis.

II. Die Ausführung der Basler Kirchenverbesserung wurde von der Staatsgewalt in die Hand genommen und in Frankreich durch die Pragmatische Sanktion von Bourges v. 7. Juli 1438 (Conventus Biturícensis pro recipienda pragmatica sanctione), in Deutschland durch die von Kaiser und Reich am 26. März 1439 vollzogene Mainzer Acceptationsurkunde (Instrumentum acceptationis mit 26 Basler Reformdekreten) sicher gestellt.

1. Die Pragmatische Sanktion von Bourges verlor in Folge des französischen Konkordats von 1516 ihre Geltung. Doch hat die unter

Einwirkung Ludwig XIV. von dem französischen Episkopat abgegebene Declaratio Cleri Gallicani (Déclaration du Clergé en France) vom 19. März 1682 (redigirt von Bossuet und staatlich wiederholt sanktionirt, zuletzt 1810) die Kernsätze der Konstanzer und Basler Reform für Frankreich aufrecht erhalten.

Abgedr. bei Walter l. c. 127: Nos Archiepiscopi et Episcopi, Parisiis mandato Regio congregati, Ecclesiam Gallicanam repraesentates, una cum ceteris ecclesiasticis viris nobiscum deputatis, diligenti tractatu habito, haec sancienda et declaranda esse duximus: I. Primum b. Petro ejusque Sucessoribus Christi Vicariis ipsique Ecclesiae rerum spiritualium et ad aeternam salutem pertinentium, non autem civilium ac temporalium a Deo traditam potestatem, dicente Domino: Regnum meum non est de hoc mundo .... Reges ergo et Principes in temporalibus nulli ecclesiasticae potestati Dei ordinatione subjici neque auctoritate clavium Ecclesiae, directe vel indirecte, deponi aut illorum subditos eximia fide atque obedientia ac praestito fidelitatis sacramento solvi posse: eamque sententiam publicae tranquillitati necessariam nec minus Ecclesiae quam Imperio utilem, ut verbo Dei, Patrum traditioni et Sanctorum exemplis consonam omnino retinendam. II. Sic autem inesse Apost. Sedi a Petri Successoribus, Christi Vicaribus, rerum spiritualium plenam potestatem, ut simul valeant atque immota consistant Sanctae Oecumenicae Synodi Constantiensis a Sede Apost. comprobata ipsoque Ro. Pontificum ac totius Ecclesiae usu confirmata atque ab Ecclesia Gallicana perpetua religione custodita decreta de auctoritate Conciliorum generalium, quae sessione IV. et V. continentur; nec probari ab Ecclesia Gallicana, qui eorum decretorum, quasi dubiae sint auctoritatis ac minus approbata, robur infringant, aut ad solum schismatis tempus Concilii dicta detorqueant. III. Hinc Apostolicae potestatis usum moderandum per canones spiritu Dei conditos et totius mundi reverentia consecratos: valere etiam regulas, mores et instituta a Regno et Ecclesia Gallicana recepta Patrumque terminos manere inconcussos; atque id pertinere ad amplitudinem Sedis Apostolicae, ut statuta et consuetudines tantae Sedis et Ecclesiarum consensione firmatae propriam stabilitatem obtineant. IV. In fidei quoque quaestionibus praecipuas Summi Pontificis esse partes, ejusque decreta ad omnes et singulas Ecclesias pertinere, nec tamen irreformabile esse judicium, nisi Ecclesiae consensus accesserit. Huber: Die Freiheiten d. franz. Kirche. (Münch. 1870.)

2. In Deutschland sind die zu Mainz acceptirten Basler Reformdekrete allmälig vergessen, nicht aber durch die s. g. Concordata Nationis Germanicae (oben S. 21) aufgehoben worden.

In den Fürstenkonkordaten von 1447 war ihre fortdauernde Geltung vorläufig nachgelassen. Bulle *Ad tranquillitatem* v. 5. Februar 1447. Permittentes interim ... quod omnes et singuli ... in praefata natione decretis hujusmodi ... libere et licite uti possint ... donec per legatum ... concordatum fuerit vel per concilium ... aliter fuerit ordinatum.

Das Wiener Konkordat von 1448 aber hat die Zusicherung von 1447 (abgesehen von 2 Punkten: Reservationen und Annaten) bis zur anderweiten Regelung durch ein Generalkonzil ausdrücklich bestätigt: In aliis autem, quae per f. r. (felicis recordationis) D. Eugenium Papam IV. pro natione

praefata usque ad tempus futuri generalis concilii permissa, concessa, indulta atque decreta et per mem. S. D. N. Papam Nicolaum confirmata fuere, in quantum illa concordiae praesenti non obviant, ista vice nihil extitit immutatem. — Koch: Sanct. Pragmat. Germ. illustr. (Arg. 1738.) 233.

Akten des Basler Konzils bei Mansi, Concill. coll. voll. 29—31. — Hefele: Konziliengeschichte VII. 426.

III. Seit sec. 17 wird dem Basler Konzil die Oekumenizität abgesprochen. Rechtlich eignet ihr dieser Charakter für alle Beschlüsse bis zur Verlegung der Synode nach Ferrara (1437).

Hinschius: Kirchenrecht III. 417.

§ 24.

Das Trienter Konzil.

I. Die Schlüsse des Konzils von Trient (1545—1563) wurden in 25 Sessiones generales gefaßt und stellen theils (oben S. 3).

1. eine Reihe der von den Reformatoren angegriffenen katholischen Glaubenssätze fest: Canones et Decreta de fide. Theils enthalten sie

2. eine durchgreifende Reform der Disciplina ecclesiae: Reformatio in capite et membris. Diese (166) Decreta de reformatione (Jus novum, „Kirchliche Renaissance") sind ausdrücklich „salva Sedis Apostolicae auctoritate" erlassen, sie können deshalb einseitig vom Papst außer Kraft gesetzt werden.

Sess. XXV. de ref. c. 21. Postremo s. synodus omnia et singula sub quibuscunque clausulis et verbis, quae de morum reformatione atque ecclesiastica disciplina . . statuta sunt, declarat ita decreta fuisse, ut in his salva semper auctoritas Sedis Apostolicae et sit et esse intelligatur.

II. Sämmtliche Schlüsse wurden 1564 von P. Pius IV. durch die Bulle *Benedictus Deus* vom 26. Januar 1564 (oben S. 4) bestätigt und mit Gesetzeskraft für die gesammte Kirche publizirt (Geltung der Disziplinarschlüsse vom 1. Mai 1564 ab). Nur für das Reformdekret der sess. XXIV. de matrimonio (Eheschließung) war die Rechtswirksamkeit von einer speziellen Publikation innerhalb der einzelnen Pfarreien (nicht Bisthümer) abhängig gemacht (post triginta dies a die primae publicationis). Eine solche hat nicht überall stattgefunden (namentlich nicht in protestantischen Territorien), doch ist der Mangel meist (nicht in der Mark Brandenburg) durch observanzmäßige Beobachtung des Dekrets beseitigt worden. Dagegen sind die weiteren Disziplinarschlüsse des Konzils in einzelnen Ländern insoweit

nicht praktisches Recht geworden, als sie dem geltenden Staatskirchenrecht widersprachen (Frankreich, Spanien, Niederlande, Deutschland, namentlich Bayern).

Reform-Materien: Eherecht, Strafrecht, Prozeßrecht, Ordensrecht, Benefizialrecht (Kommenden, Exspektanzen, Pluralität der Benefizien, Unionen und Inkorporationen, Exemtionen, Patronat, Ausbildung der Geistlichen, Residenzpflicht, Decorum clericale etc.). Die fundamentale Streitfrage über die göttliche Einsetzung des Episkopats (an episcopi jure divino sint instituti?) und über das Verhältniß zwischen Papst und Konzil (Concilium supra papam oder Papa supra concilium?) wurden umgangen. Vergl. aber jetzt die Vatik. Const. *Pastor aeternus* v. 13. Juni 1870 (unten § 25).

Conc. Trident sess. XXIV., quae est octava sub Pio IV. Pont. Max., celebrata die XI mensis Novembris MDLXIII. **Doctrina de sacramento matrimonii.** Matrimonii perpetuum indissolubilemque nexum primus humani generis parens divini Spiritus instinctu pronunciavit. . . . Quum matrimonium in lege evangelica veteribus connubiis per Christum gratia praestet, merito inter novae legis sacramenta annumerandum sancti Patres nostri, concilia et universalis ecclesiae traditio semper docuerunt; adversus quam impii homines huius saeculi insanientes non solum perperam de hoc venerabili sacramento senserunt, sed de more suo praetextu evangelii libertatem carnis introducentes, multa ab ecclesiae catholicae sensu et ab Apostolorum temporibus probata consuetudine aliena scripto et verbo asseruerunt non sine magna Christi fidelium iactura; quorum temeritati sancta et universalis synodus cupiens occurrere, insigniores praedictorum schismaticorum haereses et errores, ne plures ad se trahat perniciosa eorum contagio, exterminandos duxit, hos in ipsos haereticos eorumque errores decernens anathematismos.

De sacramento matrimonii. Can. I. Si quis dixerit, matrimonium non esse vere et proprie unum ex septem legis evangelicae sacramentis a Christo Domino institutum, sed ab hominibus in ecclesia inventum, neque gratiam conferre: anathema sit. . . . Can. VII. Si quis dixerit, ecclesiam errare, quum docuit et docet iuxta evangelicam et apostolicam doctrinam propter adulterium alterius coniugum matrimonii vinculum non posse dissolvi; et utrumque, vel etiam innocentem, qui causam adulterio non dedit, non posse altero coniunge vivente aliud matrimonium contrahere; moecharique eum, qui dimissa adultera aliam duxerit, et eam, quae dimisso adultero alii nupserit: anathema sit. . . . Can. XII. Si quis dixerit, causas matrimoniales non spectare ad iudices ecclesiasticos: anathema sit.

Decretum de reformatione matrimonii. C. I. Tametsi dubitandum non est, clandestina matrimonia, libero contrahentium consensu facta, rata et vera esse matrimonia, . . . nihilominus sancta Dei ecclesia ex iustissimis causis illa semper detestata est atque prohibuit. Verum, quum sancta synodus animadvertat, prohibitiones propter hominum inobedientiam iam non prodesse, . . . idcirco . . . praecipit, ut in posterum, antequam matrimonium contrahatur, ter a proprio contrahentium parocho tribus continuis diebus festivis in ecclesia inter missarum solennia publice denuncietur, inter quos matrimonium sit contrahendum; quibus denunciationibus factis, si nullum

legitimum opponatur impedimentum, ad celebrationem matrimonii in facie ecclesiae procedatur, ubi pacochus, viro et muliere interrogatis, et eorum mutuo consensu intellecto, vel dicat: Ego vos in matrimonium coniungo in nomine Patris, et Filii et Spiritus sancti, vel aliis utatur verbis, iuxta receptum uniuscuiusque provinciae ritum. . . . Qui aliter, quam praesente parocho, vel alio sacerdote de ipsius parochi seu ordinarii licentia, et duobus vel tribus testibus matrimonium contrahere attentabunt, eos sancta synodus ad sic contrahendum omnino inhabiles reddit, et huiusmodi contractus irritos et nullos esse decernit, prout eos praesenti decreto irritos facit et annullat. . . . Sancta Synodus ordinariis omnibus praecipit, ut, quum primum potuerint, curent hoc decretum populo publicari ac explicari in singulis suarum dioecesum parochialibus ecclesiis... Decernit insuper, ut huiusmodi decretum in unaquaque parochia suum robur post triginta dies habere incipiat, a die primae publicationis in eadem parochia factae numerandos.

Canones et decreta S. S. Oe. Conc. Trid. (Lips. 1837. ed. stereotyp. Einfacher Textabdruck.) — P. Sarpi: Storia del conc. di Trento. (Loud. 1619.) Deutsch v. Winterer (1844). — Pallavicino: Storia del conc. di Trento. (Rom 1656.) Deutsch v. Klitsche (1835). — v. Schulte: Geschichte der Quell. u. Liter. des kan. R. III 64: „Das Konzil von Trient mit den päpstlichen Konstitutionen und der römischen Praxis bildet fortan die einzige Quelle, aus der das gemeine rein kirchliche Recht sich fortbildet, zugleich die einzige für die Weiterbildung des partikulären in wirklich wichtigen Dingen. Hierin liegt die enorme Bedeutung dieser Synode."

III. Die Konfirmationsbulle *Benedictus Deus* (oben S. 4) verbietet bei Strafe der Exkommunikation Kommentare und Glossen über die Canones et Decreta concilii Tridentini zu veröffentlichen.

Bulla Pii IV. *Benedictus Deus* v. 26. Januar 1564. Ad vitandum praeterea perversionem et confusionem . . . apostolica auctoritate inhibemus omnibus, . . . sub excommunicationis latae sententiae poenis, ne quis sine auctoritate nostra audeat ullos commentarios, glossas, annotationes, scholia, ullumve omnino interpolationis genus super ipsius concilii decretis quocunque modo edere, aut quicquam quocunque nomine, etiam sub praetextu maioris decretorum corroborationis aut exsecutionis, aliove quaesito colore statuere.

Zur Auslegung der Trienter Reformdekrete (gesetzliche, richterliche und administrative Entscheidung in allen vom Tridentinum explicite et implicite berührten Materien) ist allein die **Congregatio Concilii** berechtigt, eine 1564 dafür besonders eingesetzte Kurialbehörde mit theils richterlicher, theils administrativer Zuständigkeit. Die Interpretation erfolgt

1. durch Resolutiones und Responsiones, Entscheidungen streitiger Rechts- und Verwaltungsfälle (Präjudizien).

Rechtssprüche werden umgangen, wenn daraus Nachtheile für die Kirche erwachsen können. In diesem Falle erfolgt eine Verwaltungsentscheidung, welche die Rechtsfrage offen hält und die Angelegenheit

diskretionär erledigt. S. g. Resolutiones in mentem. Hübler: Eheschl. u. gem. Ehen. (Berl. 1883) 8 ff.

2. durch Declarationes und Decreta, authentische (!) Entscheidungen streitiger Rechts- und Verwaltungsfragen mit Gesetzeskraft (verbo facto cum Sanctissimo sc. domino Papa oder coram Sanctissimo).

Thesaurus resolutt. S. Congr. Conc. (Urb. et Rom. 1739 sq.) bis jetzt über 150 voll. (Amtliche Ausgabe.) — Mühlbauer: Thesaur. resolutt. S. Congr. Concil. (Monac. 1868 sq.) bis jetzt 5 voll. — Richter (Schulte): Canones et decreta concilii Tridentini (Lips. 1853. Mit den wichtigsten Entscheidungen der Congreg. Concilii). — Lingen et Reuss: Causae select. in S. Congreg. C. C. Trid. interpret. propositae ab a. 1823—1889. (Ratisb. 1869.)

Responsio S. Congreg. Concilii de irregularitate Duellantium v. 9. August 1890. 1°. Quaestio. Episcopus Wratislawiensis his literis nuper ad s. Sedem recurrit: „Exponitur humillime Sanctitati Vestrae ex parte devotorum illius oratorum H. B., E. H., F. F., J. G., B. J., A. B . . . in seminario meo clericali degentium, quod ipsi sacra tonsura et ordinibus summopere cupiunt initiari. Sed quoniam dicti oratores, in Universitate Wratislawiensi quondam studiosi, duellorum complices exstiterunt, nempe H. B. semel duellum perpetrando et centies quinquagies vel cooperando vel spectando; deinde tamquam spectatores J. G. semel, F. F. bis, E. H. et B. J. pluries, A. B. denique quater vel quinquies ad monomachiam provocando vel provocationem acceptando, omnes irregularitate irretiti videntur. Attamen quaestio exorta est, utrum ex defectu famae secundum S. Conc. Trid. (24. c. 19. de ref.), an ex defectu lenitatis irregulares sint. In tali enim casu hucusque, secundum communem opinionem et usum in civitate ac dioecesi Wratislawiensi vigentem, defectum lenitatis adesse statuebatur, cum duellum, ut fere his temporibus inter Universitatis studiosos committitur, ludus potius temerarius vitaeque periculo carens quam res magni momenti existimetur, et spectatores mera curiositate, non consensu plerumque adducti sint. A defectu lenitatis absolvendi Sanctitas Vestra . . . mihi facultatem die 23. Junii a. pr. benignissime impertita est. Sed ut in hac re in posterum quodvis dubium tollatur, Sanctitati Vestrae humillime supplico, ut ipsa gratissime velit declarare, a quanam irregularitate in tali casu dispensandum sit. — 2°. Dubium: An, a quibus et ex quonam titulo irregularitas contrahatur, quando duellum ea ratione comittitur, quae his temporibus inter Germaniae Universitatis alumnos fieri solet in casu? — 3°. Responsum: S. C. C. re mature perpensa die 9. Augusti 1890 respondere rata est: Affirmative, a duellantibus eorumque patrinis, ex infamia juris.

Declaratio S. Congreg. Concilii de privilegiis exemptorum, Non. Febr. 1602. Posita constitutione Gregorii P. XV. de exemptorum privilegiis etc. dubitatur: I. An liceat episcopis visitare altaria regularium ecclesiarum, quibus cura animarum personarum saecularium non incumbit? II. An episcopi possint regularibus praescribere, ut certis tantum in locis ac temporibus, aut certarum personarum confessiones audiant, vel alias illorum privilegia restingere ac moderari in sacramentis administrandis? . . . S. Congr. Card. Conc. Trid. Interpr. . . .

Ad I resp.: episcopis non licere in vim eiusdem const. visitare altaria ecclesiarum regularium, quibus non incumbit animarum cura personarum saecularium. Ad II. Hac in parte const. nihil novi iuris induxisse nec ullam novam auctoritatem episcopis in regulares attribuisse, ideoque in vim ipsius const. non posse episcopos regularibus praescribere, ut certis tantum in locis ac temporibus aut certarum personarum confessiones audiant, vel alias illorum privilegia in sacramentis administrandis restringere aut moderari ... Quae S. Congr. responsa ad se relata fel. rec. Gregorius XV. et SSimus D. N. Urbanus VIII. in omnibus approbarunt. A. Card. Cajetanus. Prosper Fagnanus S. C. Secr.

§ 25.

Das Vatikanische Konzil.

I. Für das Vatikanische Konzil (1869—1870) waren durch besondere Kommissionen (Konsulten) zahlreiche Vorlagen (Schemata) in Sachen des Glaubens und der Disziplin (Ehe, Ordenswesen, Ritus, Verhältniß zwischen Staat und Kirche, Potere temporale u. s. w.) ausgearbeitet. Von diesen hat aber die Synode nur zwei definitiv erledigt. Sie sind vom Papst auf dem Konzil als Constitutiones dogmaticae mit verbindlicher Kraft für die gesammte katholische Kirche publizirt:

1. Die Const. *Dei Filius* vom 24. April 1870 de fide catholica (sess. III.) richtet sich gegen mehrfache aus dem Materialismus, Naturalismus und Rationalismus entspringende Irrthümer. Angefügt sind ihr eine Reihe von Anathematismen (Canones).

Cap. I. *De Deo, rerum omnium creatore:* Sancta Catholica Apostolica Romana Ecclesia credit et confitetur, unum esse Deum verum et vivum, Creatorem ac Dominum coeli et terrae, omnipotentem, aeternum, immensum, incomprehensibilem intellectu ac voluntate omnique perfectione infinitum ... Canones: 1. Si quis unum verum Deum visibilium et invisibilium creatorem et dominum negaverit, anathema sit. 2. Si quis praeter materiam nihil esse affirmare non erubuerit, anathema sit. 3. Si quis dixerit, unam eandemque esse Dei et rerum omnium substantiam vel essentiam, anathema sit ...

2. Die Const. *Pastor aeternus* vom 18. Juni 1870 de ecclesia Christi (sess. IV.), angenommen mit 533 gegen 2 Stimmen, behandelt den Primat (Universalepiskopat) und das unfehlbare Lehramt des Papstes (Infallibilität).

Cap. I. *De apostolici Primatus in beato Petro institutione.* Docemus, juxta Evangelii testimonia primatum jurisdictionis in universam Dei Ecclesiam immediate et directe beato Petro apostolo promissum atque collatum a Christo Domino fuisse ... Si quis igitur dixerit, beatum Petrum Apostolum non esse a Christo Domino constitutum Apostolorum omnium principem et totius Ecclesiae militantis visibile caput; vel eundem

honoris tantum, non autem verae propriaeque jurisdictionis primatum ab eodem Domino nostro Jesu Christo directe et immediate accepisse; anathema sit. Cap. II. *De perpetuitate primatus Petri in Romanis Pontificibus.* Quod autem in beato Apostolo Petro princeps pastorum et pastor magnus ovium Dominus Christus Jesus in perpetuam salutem ac perenne bonum Ecclesiae instituit, id eodem auctore in Ecclesia, quae fundata super petram ad finem saeculorum usque firma stabit, jugiter durare necesse est. Nulli sane dubium, imo saeculis omnibus notum est, quod sanctus beatissimusque Petrus, apostolorum princeps et caput fideique columna, et Ecclesiae catholicae fundamentum, a Domino nostro Jesu Christo ... clavis regni accepit: qui ad hoc usque tempus et semper in suis successoribus, episcopis sanctae Romanae Sedis, ab ipso fundatae, eiusque consecratae sanguine, vivit et praesidet et iudicium exercet: Unde quicumque in hac cathedra Petro succedit, is secundum Christi ipsius institutionem primatum Petri in universam Ecclesiam obtinet ... Si quis ergo dixerit, non esse ex ipsius Christi Domini institutione, seu jure divino, ut beatus Petrus in primatu super universam Ecclesiam habeat perpetuos successores: aut Romanum Pontificem non esse beati Petri in eodem primato successorem: anathema sit. Cap. III. *De vi et ratione primatus Romani pontificis.* Docemus proinde et declaramus, ecclesiam Romanam, disponente Domino, super omnes alias ordinariae potestatis obtinere principatum et hanc Romani pontificis jurisdictionis potestatem, quae vere episcopalis est, immediatam esse, erga quam cujuscunque ritus et dignitatis pastores atque fideles tam seorsim singuli quam simul omnes officio hierarchicae subordinationis veraeque obedientiae obstringuntur, non solum in rebus, quae ad fidem et mores, sed etiam in iis, quae ad disciplinam et regimen ecclesiae per totum orbem diffusae pertinent (also: Papa supra concilium!) ... Tantum autem abest (Clausula salvatoria!), ut haec Summi Pontificis potestas officiat ordinariae ac immediatae illi episcopalis jurisdictionis potestati, qua episcopi, qui positi a Spiritu sancto in Apostolorum locum successerunt, tamquam veri pastores assignatos sibi greges, singuli singulos, pascunt et regunt, ut eadem a supremo et universali pastore asseratur, roboretur ac vindicetur ... Et quoniam divino apostolici primatus jure Romanus Pontifex universae ecclesiae praeest, docemus etiam et declaramus, eum esse judicem supremum fidelium ... et in omnibus causis ad examen ecclesiasticum spectantibus ad ipsius posse judicium recurri; Sedis vero Apostolicae, cujus auctoritate major non est, judicium a nemine fore retractandum, neque cuiquam de ejus licere judicare judicio ... Quare a recto veritatis tramite aberrant, qui affirmant, licere ab judiciis Romanorum Pontificum ad oecumenicum Concilium tamquam ad auctoritatem Ro. Pontifici superiorem appellare. — Si quis itaque dixerit, Romanum pontificem habere tantummodo officium inspectionis vel directionis, non autem plenam et supremam potestatem jurisdictionis in universam ecclesiam ... aut eum habere tantum potiores partes, non vero totam plenitudinem hujus supremae potestatis; aut hanc ejus potestatem non esse ordinariam et immediatam sive in omnes ac singulas ecclesias, sive in omnes et singulos pastores et fideles, anathema sit. — C. IV. *De Romani pontificis infallibilitate.* Ipso autem Apostolico primatu, quem Romanus pontifex tamquam

Petri, principis Apostolorum successor, in universam ecclesiam obtinet, supremam quoque magisterii potestatem comprehendi, haec S. Sedes semper tenuit, perpetuus ecclesiae usus comprobat ipsaque oecumenica concilia ... declaraverunt ... Itaque Nos ... sacro approbante concilio docemus et divinitus revelatum dogma esse declaramus: Romanum pontificem, cum ex cathedra loquitur, id est, cum omnium Christianorum pastoris et doctoris munere fungens, pro suprema sua Apostolica auctoritate doctrinam de fide vel moribus ab universa ecclesia tenendam definit, per assistentiam divinam, ipsi in beato Petro promissam, ea infallibilitate pollere, qua divinus Redemtor ecclesiam suam in definienda doctrina de fide vel moribus instructam esse voluit; ideoque ejusmodi Romani Pontificis definitiones ex sese, non autem ex consensu ecclesiae irreformabiles esse. Si quis autem huic nostrae definitioni contradicere, quod Deus avertat, praesumpserit, anathema sit.

II. Eine dritte Const. de parvo catechismo fand gleichfalls konzilarische Zustimmung (in congregatione generali). Sie ist jedoch wegen plötzlicher Vertagung (!) der Synode (20. Oktober 1870) nicht mehr zur Publikation (in sessione generali) gelangt.

Acta et decreta ss. et oecum. concilii Vatic. (Frib. 1871. Einfacher Textabdruck.) — Granderath (S. J.) Constitt. dogm. S. S. Oecum. Conc. Vatic. (Frib. 1892. Text m. Anmerkk.) — Collectio Lacensis vol. VII. (Acta et Decr. Conc. Vatic. 1—500.) — Martin: Arbeiten d. Vatik. Konz. (Paderb. 1873.) — E. Friedberg: Sammlung der Aktenstücke zum I. Vatik. Konz. (Tübing. 1872. — J. Friedrich: Documenta ad illustr. conc. Vatic. (Nördl. 1872.) — Quirinus (Döllinger, Huber, Lord Acton): Röm. Briefe vom Konz. (München 1870) — Th. Frommann: Gesch. u. Kritik des Vatik. Konz. (Gotha 1872.) — Ceccconi: Storia del conc. Vatican. (Rom. 1872.) Deutsch von Molitor. (Regensb. 1873.) 2 Bde. — J. Friedrich: Gesch. d. Vatik. Konz. (Bonn 1877 ff.) 3 Bde. — Schulte: Der Altkatholizismus. (Gieß. 1887.)

§ 26.

Die Konzilienſammlungen.

Sammlungen von chronologisch geordneten Konzilienschlüssen (Concilia generalia und particularia) sind seit sec. 16 vielfach veranstaltet worden. Sie bringen neben den Sitzungsprotokollen einschlagende Aktenstücke aus amtlichen und nicht amtlichen Quellen zum Abdruck, haben aber keinerlei gesetzlichen Charakter.

Allgemeine Konz.-Sammlungen: Joh. Dom. Mansi: Sacr. conciliorum nova et amplissima collectio. (Flor. 1779 sqq.) voll. 31. Bis sec. 15. „Florentiner-Sammlung". — Jac. Hardouin: Coll. max. concill. (Par. 1715 sqq.) voll. 12. Bis 1714. — (Collectio Lacensis): Acta et decreta sacr. concill. recentiorum. (Friburg 1870 sqq.) 7 voll. Von 1682—1870. — E. J. Hefele: Konziliengeschichte. 2. Aufl. (Freiburg 1873.) 9 Bde. Bis zum Trienter Konzil. — Besondere Konz.-

Sammlungen: Schannat et Hartzheim: Concill. Germaniae. (Colon. 1749 sqq.) 11 voll. — Durch Korrektheit und reichhaltige Indices (Personen- und Sachregister) zeichnen sich für die älteren Konzilien die Pariser Sammlung von Harduin, für die neueren die Sammlung der Jesuiten von Maria-Laach (Collectio Lacensis. Bd. 7 mit den Akten des Vatikanischen Konzils) aus.

II. Buch.

Die Quellen des evangelischen Kirchenrechts.

---

§ 27.

Die symbolischen Schriften.

I. Die Symbole der evangelischen Kirche sind von Haus aus Bekenntnißschriften, nicht Rechtsbücher. Gleichwohl haben sie für das kirchliche Rechtsleben in doppelter Hinsicht Bedeutung. Sie enthalten nämlich einerseits:

1. die Grundlagen der evangelischen Kirchenverfassung: Begriff der Kirche als einer äußeren Gemeinschaft, Wesen und Umfang der Kirchengewalt, Verhältniß der Kirche zum Staat; andererseits

2. die Grundsätze, aus welchen sich entnehmen läßt, inwieweit das kanonische Recht für die evangelische Kirche fortdauernd Geltung behalten hat.

II. Als Symbole gelten in der **lutherischen** Kirche, abgesehen von den altchristlichen Tria symbola catholica (Apostolicum, Nicaenum, Athanasianum):

1. Die Augsburger Konfession (Confessio Augustana. Sigle C. A.) von 1530 (Melanchthon), mit 21 Lehrartikeln und 7 Artikeln von Mißbräuchen. (Die zu Gunsten der reformirten Lehre von Melanchthon abgeschwächte Augustana [s. g. Variata] ist von 1540.)

Art. 5. Ut hanc fidem consequamur, institutum est ministerium docendi evangelii et porrigendi sacramenta. Art. 7. Est autem ecclesia congregatio Sanctorum, in qua evangelium recte docetur et recte administrantur sacramenta. Et ad veram unitatem ecclesiae satis est consentire de doctrina evangelii et administratione sacramentorum. Art. 14. De ordine ecclesiastico docent, quod nemo debeat in ecclesia publice docere aut sacramenta administrare, nisi rite vocatus. Art. 16. De rebus civilibus docent, quod legitimae ordinationes civiles

sint bona opera Dei, quod Christianis liceat gerere Magistratus, exercere judicia, judicare res ex Imperatoriis et aliis praesentibus legibus, supplicia jure constituere, jure bellare, militare, lege contrahere, tenere proprium, jusjurandum postulantibus Magistratibus dare, ducere uxorem, nubere ... Interim non dissipat (Evangelium) Politiam aut Oeconomiam, sed maxime postulat conservare tamquam ordinationes Dei et in talibus ordinationibus exercere caritatem. Itaque necessario debent Christiani obedire Magistratibus suis et legibus. Nisi cum jubent peccare, tunc enim magis debent obedire Deo quam hominibus. Art. 28. Sic autem sentiunt, potestatem clavium, seu potestatem episcoporum, juxta evangelium, potestatem esse seu mandatum Dei, praedicandi evangelium, remittendi et retinendi peccata et administrandi sacramenta. Haec potestas tantum exercetur docendo seu praedicando verbum et porrigendo sacramenta ... Itaque cum potestas ecclesiastica concedat res aeternas et tantum exerceatur per ministerium verbi, non impedit politicam administrationem, sicut ars canendi nihil impedit politicam administrationem ... Non igitur commiscendae sunt potestates ecclesiastica et civilis. Ecclesiastica suum mandatum habet, evangelii docendi et administrandi sacramenta. Non irrumpat in alienum officium, non transferat regna mundi, non abroget leges magistratuum, non tollat legitimam obedientiam, non impediat judicia de ullis civilibus ordinationibus aut contractibus, non praescribat leges magistratibus de forma reipublicae ... Si quam habent episcopi potestatem gladii, hanc non habent episcopi ex mandato evangelii, sed jure humano, donatam a regibus et imperatoribus ... Secundum evangelium seu, ut loquuntur, de jure divino nulla jurisdictio competit episcopis ut episcopis, h. e. his, quibus est commissum ministerium verbi et sacramentorum, nisi remittere peccata ... Si quam habent aliam vel potestatem vel jurisdictionem in cognoscendis certis causis, videlicet matrimonii aut decimarum etc., hanc habent humano jure.

2. Die Apologie (Apologia confessionis. Sigle Ap.) von 1531 (Melanchthon), zur Widerlegung der römischen Confutatio (Eck).

Art 7. Matrimonium non est primum institutum in Novo Testamento, sed statim initio creato genere humano. Habet autem mandatum Dei, habet et promissiones, non quidem proprie ad Novum Testamentum pertinentes, sed magis pertinentes ad vitam corporalem, quare si quis volet sacramentum vocare, discernere tamen a prioribus illis debet, quae proprie sunt signa Novi Testamenti, et sunt testimonia gratiae et remissionis peccatorum. Quod si matrimonium propterea habebit appellationem Sacramenti, quia habet mandatum Dei, etiam alii status seu officia, quae, habent mandatum Dei, poterunt vocari Sacramenta, sicut Magistratus. Art. 14. Habet igitur episcopus potestatem ordinis, h. e. ministerium verbi et sacramentorum, habet et potestatem jurisdictionis, h. e. auctoritatem excommunicandi obnoxios publicis criminibus, et rursus absolvendi eos, qui conversi petant absolutionem.

3. Die Schmalkaldischen Artikel (Articuli Smalcaldici. Sigle

A. S.) von 1537 (Luther). — Anhang: De potestate et primatu papae (Melanchthon. Sigle D. P. e. P. P.)

A. S. IX, Majorem illam excommunicationem, quam Papa ita nominat, non nisi civilem poenam esse ducimus, non pertinentem ad nos ministros ecclesiae. Minor autem, quam nominat, vera et Christiana est excommunicatio, quae manifestos et obstinatos peccatores non admittit ad sacramentum et communionem ecclesiae, donec emendentur et scelera vitent. — D. P. e. P. P. (De potestate et jurisdictione episcoporum.) Imprimis autem oportet praecipua membra ecclesiae, Reges et Principes, consulere ecclesiae et curare, ut errores tollantur et conscientiae sanentur ... Quare indignissimum fuerit, eos conferre autoritatem et potentiam suam ad confirmandam idolatriam et cetera infinita flagitia et ad faciendas caedes Sanctorum ... Evangelium tribuit his, qui praesunt ecclesiis, mandatum docendi evangelii, remittendi peccata, administrandi sacramenta: praeterea jurisdictionem, videlicet mandatum excommunicandi eos, quorum nota sunt crimina et resipiscentes rursum absolvendi. Ac omnium confessione etiam adversariorum liquet, hanc potestatem jure divino communem esse omnibus, qui praesunt ecclesiis, sive vocentur Pastores sive Presbyteri sive Episcopi ... Sed cum jure divino non sunt diversi gradus episcopi et pastoris, manifestum est, ordinationem a pastore in sua ecclesia factam jure divino ratam esse. Itaque cum episcopi ordinarii fiunt hostes ecclesiae aut nolunt impertire ordinationem: ecclesiae retinent jus suum. Nam ubicunque est ecclesia, ibi est jus administrandi evangelii. Quare necesse est, ecclesiam retinere jus vocandi, eligendi et ordinandi ministros. Et hoc jus est donum proprie datum ecclesiae, quod nulla humana auctoritas ecclesiae eripere potest ... Postremo etiam hoc confirmat sententia Petri (1. P. 2, 9.): Vos estis regale Sacerdotium. Quae verba ad veram ecclesiam pertinent, quae cum sola habeat sacerdotium, certe habet jus eligendi et ordinandi Ministros. Idque etiam communissima ecclesiae consuetudo testatur. Nam olim populus eligebat Pastores et Episcopos. Deinde accedebat Episcopus seu ejus ecclesiae seu vicinus, qui confirmabat electum impositione manuum, nec aliud fuit ordinatio, nisi talis comprobatio ... Reliqua est jurisdictio in iis causis, quae jure Canonico ad forum, ut vocant, ecclesiasticum pertinent, ac praecipue in causis matrimonialibus. Haec quoque habent Episcopi humano jure, et quidem non admodum veteri, sicut ex Codice et Novellis Justiniani apparet, judicia matrimoniorum tunc fuisse apud Magistratus. Et jure divino coguntur Magistratus mundani haec judicia exercere, si Episcopi sint negligentes. Item concedunt et Canones.

4. Der große und kleine Katechismus (Catechismus major et minor) von 1529 (Luther).

Luthers Vorrede z. Traubüchlein („für die einfältigen Pfarrherrn"): „So manches Land, so manche Sitten, sagt das gemeine Sprüchwort. Demnach, weil die Hochzeit und Ehestand ein weltlich Geschäft ist, gebürt uns Geistlichen oder Kirchendienern nichts darin zu ordnen oder regieren, sondern lassen einer jeglichen Stadt und Land hierin ihren Brauch und Gewohnheit, wie sie gehen ... aber so man von uns begeret, vor der Kirchen oder in den Kirchen sie zu segnen, über sie

zu beten, oder sie auch zu trauen, sind wie schuldig, dasselbige zu thun."

5. Die Konkordienformel (Formula concordiae. Sigle F. C.) von 1580. (Andreä, Chemnitz, Selnecker). Sie ist aber nur in einzelnen Landeskirchen rezipirt, in anderen (z. B. Hessen, Pommern, Schlesien) ausdrücklich verworfen.

Hase: Libri symbol. eccles. evang. (Lips. 1827). 2 voll. — Müller: Die symb. Schriften der evang. luth. Kirche (deutsch u. latein.) 7. Aufl. (Stuttg. 1890.)

III. Die **reformirte** Kirche hat (neben den altchristlichen Symbolen) keine allgemein anerkannte Bekenntnißschrift. Für Deutschland kommen in Betracht:

1. Der Heidelberger Katechismus (Catechismus religionis Christianae, quae in ecclesiis et scholis electoralis Palatinatus traditur) von 1562 (Ursinus u. Olevianus).

2. Die Märkische Konfession (Confessio Marchica) von 1614. (Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg, übergetreten zur reformirten Konfession 1613).

3. Die Dortrechter Beschlüsse von 1619 (für Rheinpfalz, Ostfriesland, Bentheim, Lingen).

4. Die Confessio Gallicana (Confession de foy oder Confession de la Rochelle. Chandien.) von 1559 (wegen der von den Refugiés gestifteten französisch-reformirten Gemeinden).

Conf. Gallic. Art. 29. Credimus, veram Dei ecclesiam gubernari debere (!) ea politia sive disciplina, quam Dominus noster Jesus Christus sancivit, ita videlicet, ut in ea sint pastores, presbyteri sive seniores et diaconi. (Vergl. Confess. Belgica. Art. 30. Pastores et ministri, qui pure et concionentur et sacramenta administrent; . . . seniores et diaconi, qui presbyterium seu ecclesiae senatum constituant).

Niemeyer: Coll. Confess. in eccles. ref. publ. (Lips. 1840.) Heppe: Bekenntnißschriften der reform. Kirchen Deutschl. (Elberf. 1860.)

Der Ausdruck „Evangelische Kirche" (z. B. Preuß. Verf. Urk. Art. 15) bezeichnet keine Rechtseinheit, sondern nur den Inbegriff der zahlreichen lutherischen und reformirten Rechtskirchen (s. g. Landeskirchen), in welche die religiöse Bewegung des 16 sec. auseinander gegangen ist. Speziell in **Preußen** stehen (abgesehen von einigen selbstständigen Gemeindeverbänden, z. B. in Frankfurt a. M.) neben einander: eine „Evangelische Landeskirche" der 9 älteren Provinzen, eine evang. lutherische Kirche der Provinz Schleswig Holstein (mit Helgoland seit 1891), eine evang. lutherische Kirche des Herzogthums Lauenburg, eine evang. lutherische und eine evang. reformirte Kirche der Provinz Hannover, eine evangelische Kirche im Bezirk des Konsistoriums zu Wiesbaden (Nassau), eine evangelische Kirche im Bezirk des Konsistoriums zu Kassel (Kurhessen).

§ 28.

Die Kirchenordnungen.

I. Die evangelische Kirche hat sich, in Deutschland wie in der Schweiz, von Anfang an bei ihrer äußeren Entwicklung an den Staat angelehnt. Damit fiel der „christlichen Obrigkeit" die Regelung der kirchlichen Verfassung und des Gottesdienstes zu. Diese Regelung galt (kraft des Speyerschen Reichsabschiedes von 1526) als eine Landesangelegenheit und ist seit 1528 in den einzelnen Territorien und Städten durch besondere Kirchenordnungen, d. h. weltliche (!) Gesetze erfolgt, welche von den Fürsten, Herren oder Magistraten erlassen wurden. Regelmäßig hat bei ihrer Redaktion eine Anhörung („mit Rath und Hülfe") von Geistlichen, als kirchlichen Sachverständigen (Luther, Melanchthon, Buggenhagen, Brenz, Chyträus, Zwingli, Kalvin), vor ihrer Publikation auch meist eine Mitwirkung der Landstände oder der Bürgerschaft stattgefunden.

Auch landsässige Städte erließen vielfach (usurpando) Kirchenordnungen und gewannen (durch unvordenklichen Besitz) ein volles Gesetzgebungsrecht für kirchliche Angelegenheiten.

II. Die **älteren** Kirchenordnungen (sec. 16 und 17) enthalten gewöhnlich zwei Theile:

1. Credenda (dogmatischer Theil) mit Vorschriften über Lehre und Glauben (Anleitung zum Unterricht, Instruktion zur Prüfung der Ordinanden),

2. Agenda (kirchenrechtlicher Theil) mit Vorschriften über kirchliche Verfassung und Verwaltung (Organisation des Kirchenregiments, Besetzung der Aemter, Visitation, Schul- und Ehesachen, kirchliches Vermögen u. s. w.).

Fast alle Kirchenordnungen stehen in enger Beziehung zu einander. Eine schöpft gewöhnlich aus der anderen. Sie bilden Quellen des s. g. „gemeinen" evangelischen Kirchenrechts. Ergänzt werden sie durch besondere Konsistorial-Superintendentur- und Eheordnungen.

A. Von den **deutschen lutherischen** Kirchenordnungen sind typisch 1. das sächsische Visitationsbuch von 1528 (Melanchthon); auf ihm beruht die braunschweigische K.O. von 1528 (Bugenhagen) und die pommersche K.O. von 1563. 2. das brandenburgische Visitationsbuch von 1528; auf ihm beruht die brandenburg-nürnbergische K.O. von 1533 (Osiander, Brenz) und die württembergische K.O. von 1553 (Brenz). 3. die mecklenburgische K.O. von 1552 (Melanchthon); auf ihr beruht die württembergische K.O. von 1559.

In Preußen ist, wegen der kirchlichen Baulast, noch heut von Wichtigkeit die märkische Visitations- und Konsistorial-Ordnung von 1573. (Richter: Kirch.-Ordn. II, 358.)

Kirchenordnung der Grafschaft Tecklenburg v. 24. Aug. 1543: „Wy Cort Grave und her tho Teckenborch, Linge und Rhede enbeiden und wunschen all' onsern Lantzaten gnade und frede. — Allen menschen op erden, de Gades kinder und salich willen werden, ist allernödigesth, dat an dat Wort Gades, de ganse Biblia und insonderheit das Euwangelium Christi rein und klaer, ane Vevelschunge adeer thosate papistischer of jeniger anderer vervoorschair und verdamter menschen lehre syner gotlichen gewalt und herlichkeit entgegen, van rechtschapen predicanten, ordentlich beroepen, des Predickenampts verdich, mit gantzem vlyte voorgebraegen und uitgelegt moigen werden . . . Darom wollen wy alß eine van Gade verordnete Overheit, der de erholdinge der waren Religion und des rechten Gadesdensts van Gade vornehmlich opgelegt und bevollen, in unseren Graveschop, herschafften, Steden, Kloisteren und Parkercken wie navolgt uit Gades gnaden verordnet hebben."

B. Unter den **reformirten** Kirchenordnungen stehen voran 1. die Züricher Prädikantenordnung von 1532 (Zwingli); 2. die Ordonnances ecclésiastiques de l'eglise de Genève (Kalvin) vom 20. November 1541 und 2. Januar 1542 (Genfer Staatsgrundgesetz); 3. die Discipline ecclésiastique des eglises réformées de France vom 28. Mai 1559 (ohne staatliche Mitwirkung erlassen von der I. franz. Nationalsynode).

Ordonn. de l'eglise de Genève. Premierement il y a quatre ordres ou espèces d'offices que nostre Seigneur a institué pour le gouvernement de son Eglise: assavoir les Pasteurs, puis les Docteurs, après les Anciens, quatrement les Diacres. Pourtant si nous voulons avoir Eglise bien ordonnee et l'entretenir en son entier, il nous faut observer ceste forme de regime. Quant est des **Pasteurs,** que l'Escriture nomme aussi aucunesfois Surveillans, Anciens et Ministres: leur office est d'annoncer la parole de Dieu pour endoctriner, admonester, exhorter et reprendre tant en public qu'en particulier, administrer les Sacrements et faire les corrections fraternelles avec les Anciens ou Commis. . . . S'ensuit du second ordre ou estat, que nous avons nommé les **Docteurs.** L'office propre des Docteurs est, d'enseigner les fideles en saine doctrine: afin que la pureté de l'Evangile ne soit corrompue ou par ignorance, ou par mauvaises opinions. Toutes fois selon que les choses sont aujourd'hui disposees, nous comprenons en ce titre les aides et instrumens pour conserver semence à l'advenir, et faire que l'Eglise ne soit desolee par faute de Pasteurs et Ministres. Ainsi pour user d'un mot plus intelligible, nous l'appelerons l'ordre des Escoles. . . . S'ensuit le troisieme ordre, qui est des **Anciens,** commis ou députe par la Seigneurie ou Consistoire. Leur office est de prendre garde sur la vie d'un chacun, d'admonester amiablement ceux qu'ils verront faillir et mener vie desordonnee. Et là où il en seroit mestier, faire rapport à la Compagnie, qui sera deputez pour faire les corrections fraternelles, et lors les faire communement avec les autres. . . . Le quatrieme ordre

du gouvernement Ecclesiastique, assavoir les **Diacres**. Il y en eu tousiours deux espèces en l'Eglise ancienne: Les uns sont esté deputez à recevoir, dispenser et conserver les biens de poures, tant aumosnes quotidiennes, que possessions, rentes et pensions: les autres, pour penser et soigner les malades et administrer la pitance des poures. A quoy c'est bien raison, que toutes villes Chrestiennes se conforment, Comme nous y avons taschè et voulons encore continuer à l'advenir. Car nous avons procureurs et hospitaliers.

E. Richter: Die evang. Kirchenverordnungen des 16. Jahrh. (Weimar 1846.) 2 Bde. — E. Richter: Gesch. der evang. Kirchenverfassung in Deutschl. (Leipz. 1851.) S. 100 ff. — Soulier: Statist. des eglis. réf. de France. (Par. 1828.)

III. Die **neueren** Kirchenordnungen der deutschen Landeskirchen (sec. 19) haben in der Regel einen von den älteren wesentlich verschiedenen Charakter.

1. Sie enthalten regelmäßig nur organisatorische Vorschriften, betreffend den Ausbau der Kirchenverfassung nach den Grundsätzen der kirchlichen Selbstverwaltung (Presbyterial- und Synodalprinzip).

2. Sie sind vom Landesherrn lediglich in seiner Eigenschaft als Träger der Kirchengewalt (Summepiskopus), nicht als Träger der Staatsgewalt (Staatsoberhaupt), und zwar meist unter Beirath von Synoden, erlassen. Also Kirchengesetze, nicht Staatsgesetze.

3. Eine Mitwirkung des Staats hat nur nebenher, nachträglich und auch nur insoweit stattgefunden, als die kirchlichen Vorschriften entweder

a) älteren Staatsgesetzen widersprachen. Hier mußte durch Aufhebung der letzteren für die neue Ordnung Raum geschaffen werden (Lex cassatoria). Oder

b) das staatliche Rechtsgebiet berührten. Hier bedurfte die neue Ordnung besonderer staatsgesetzlicher Sanktion (Lex executorialis). So wegen Vertretung der Gemeinde nach außen, Verwaltung des Kirchenvermögens, Regelung der patronatischen Rechtsverhältnisse und Handhabung des kirchlichen Steuerrechts.

Von prinzipieller Bedeutung sind die Kirchenordnungen für Rheinland und Westphalen vom 5. März 1835 (rev. 1853), für Bayern (Kirchenvorstandsordnung) vom 7. Oktober 1850, für Baden (Kirchenverfassungsgesetz) vom 5. September 1861, für Hannover (Kirchenvorstands- und Synodalordnung) vom 9. Oktober 1864, für Sachsen (Kirchenvorstands- und Synodalordnung) vom 30. März 1868, für Altpreußen (Kirchengemeinde- und Synodalordnung) vom

10. September 1873 und 20. Januar 1876, für Württemberg (Kirchengemeinde- und Landessynodalordnung) vom 29. Juli 1888 und 11. September 1888.

Nur in vereinzelten Ländern (den beiden Mecklenburg, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen und Reuß ä. L.) sind die neueren Kirchenordnungen in alter Weise lediglich durch Staatsgesetze geschaffen worden. Es fehlt hier an einem kirchlichen Gesetzgebungsrecht und damit an einem selbstständigen (vom Staat abgelösten) Landeskirchenverband. (Sohm in Labands Archiv f. öffentl. R. IV. 172.)

Friedberg: Die geltenden Verfassungsgesetze der evang. deutschen Landeskirchen (Freib. 1885) u. 3 Ergänz.-Bde. (1888. 1890. 1893.) Fortsetzung in der Zeitschrift f. Kirchenr. Bd. 23 ff.

Für **Preußen** (alte Lande) ergingen:

1. **K. Gem.- u. Synod.-Ordn. v. 10. Septbr. 1873:** § 1. „Die Kirchengemeinden haben ihre Angelegenheiten innerhalb der gesetzlichen Grenzen selbst zu verwalten. Als Organe dieser Selbstverwaltung dienen die Gemeindekirchenräthe und die Gemeindevertretungen. § 2. In jeder Ktrchengemeinde wird ein **Gemeindekirchenrath**, in den größeren Gemeinden auch eine Gemeindevertretung ... gebildet. § 3. Der Gemeindekirchenrath besteht 1. aus dem Pfarrer ... oder dessen Stellvertreter im Pfarramt, 2. aus mehreren Aeltesten, welche ... durch die Gemeinde gewählt werden. § 8. Den Vorsitz im Gemeindekirchenrath führt der Pfarrer ... § 13. Der Gemeindekirchenrath hat den Beruf, in Unterstützung der pfarramtlichen Thätigkeit die Kirchengemeinde in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten zu vertreten. § 14 (rev.). Der Pfarrer bleibt in seinen geistlichen Amtsthätigkeiten, der Lehre, Seelsorge, Verwaltung der Sakramente und in seinen übrigen Ministerialhandlungen von dem Gemeindekirchenrath unabhängig. Hält er es jedoch für nothwendig, eine von ihm begehrte Amtshandlung oder die Zulassung zu einer solchen im einzelnen Falle abzulehnen, ... so hat er unter schonender einstweiliger Zurückhaltung des Betroffenen auf Verlangen desselben den Fall dem Gemeindekirchenrath zur Beschlußfassung vorzulegen ... Erklärt sich der Gemeindekirchenrath gegen die Zurückweisung, so hat der Geistliche, ... die Sache zur Entscheidung der Kreissynode bezw. des Kreissynodalvorstandes zu bringen. Bis zum Erlaß der letzteren bleibt die Ausführung des angefochtenen Beschlusses ausgesetzt. Der Gemeindekirchenrath ist wie berechtigt so verpflichtet, Verstöße des Geistlichen und der Aeltesten in ihrer Amtsführung oder ihrem Wandel in seinem Schooße zur Sprache zu bringen. Jedoch steht ihm Behufs weiterer Verfolgung nur zu, der vorgesetzten Kirchenbehörde davon Anzeige zu machen. § 27. In Kirchengemeinden von 500 Seelen oder darüber wird durch Wahl der Gemeinde (§ 34) eine **Gemeindevertretung** gebildet. In Gemeinden unter 500 Seelen kommen die Rechte der Gemeindevertretung der Versammlung der wahlberechtigten Gemeindeglieder zu. § 28. Die Stärke der Gemeindevertretung beträgt das Dreifache der normalen Zahl der Aeltesten. § 29. Die Gemeindevertretung verhandelt und beschließt in Gemeinschaft mit dem Gemeindekirchenrathe über die von dem letzteren zur Berathung vorgelegten Gegenstände. Der Vorsitzende des Gemeindekirchenraths ist zugleich Vorsitzender der zu einem Kollegium vereinigten Versammlung. § 31. In folgenden Angelegenheiten bedarf der Gemeinde-Kirchenrath der beschließenden Mitwirkung der Gemeindevertretung: 1. bei dem Erwerb der Veräußerung

und der dinglichen Belastung von Grundeigenthum, der Verpachtung und Vermiethung von Kirchengrundstücken auf länger als zehn Jahre ... 2. bei außerordentlichen Nutzungen des Vermögens, welche die Substanz selbst angreifen ... 3. bei Anleihen ... 4. bei der Anstellung von Prozessen ... 5. bei Neubauten und erheblichen Reparaturen an Baulichkeiten ... 6. bei der Beschaffung der zu den kirchlichen Bedürfnissen erforderlichen Geldmittel und Leistungen ... 7. bei Veränderung bestehender und Einführung neuer Gebührentaxen ... 8. bei Bewilligungen aus der Kirchenkasse zur Dotirung neuer Stellen für den Dienst der Gemeinde ... 9. bei der Feststellung des Etats der Kirchenkasse und der Voranschlagsperiode ... 10. bei Bewilligungen aus der Kirchenkasse an andere Gemeinden oder zur Unterstützung evangelisch-christlicher Vereine oder Anstalten ... 11. bei Errichtung von Gemeindestatuten ... § 32. Pfarrstellen, welche bisher auf Grund des fiskalischen Patronats, spezieller Statuten oder aus anderen Gründen der freien kirchenregimentlichen Verleihung unterlegen haben, werden dergestalt besetzt, daß die Kirchenbehörde in dem einen Erledigungsfalle mit, in dem anderen ohne Konkurrenz einer Gemeindewahl den Pfarrer beruft. Die Wahl erfolgt durch den Gemeinde-Kirchenrath in Gemeinschaft mit der Gemeindevertretung. § 34. Die Mitglieder des Gemeindekirchenraths und der Gemeindevertretung werden von den wahlberechtigten Gemeindegliedern gewählt. Wahlberechtigt sind alle männlichen selbstständigen, über 24 Jahre alten Mitglieder der Gemeinde, welche bereits ein Jahr in der Gemeinde wohnen ..., zu den kirchlichen Gemeindelasten ... beitragen und sich zum Eintritt in die wahlberechtigte Gemeinde ordnungsmäßig ... angemeldet haben. § 35. Wählbar in die Gemeindevertretung sind alle Wahlberechtigten, sofern sie nicht durch beharrliche Fernhaltung vom öffentlichen Gottesdienste und von der Theilnahme an den Sakramenten ihre kirchliche Gemeinschaft zu bethätigen aufgehört haben. Wählbar in den Gemeindekirchenrath sind alle zum Eintritt in die Gemeindevertretung befähigten Personen, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben. § 49. Die zu einer Diözese vereinigten Gemeinden bilden in der Regel den Kreis-Synodalverband. § 50. Die **Kreissynode** besteht aus 1. dem Superintendenten der Diözese als Vorsitzenden ... 2. sämmtlichen innerhalb des Kirchenkreises ein Pfarramt definitiv oder vikarisch verwaltenden Geistlichen ... 3. der doppelten Anzahl gewählter Mitglieder ... Die Wahl dieser Mitglieder erfolgt auf drei Jahre und wird durch die vereinigten Gemeindeorgane vollzogen. § 51. Die Kreissynode tritt jährlich in der Regel einmal zusammen. § 54. Der Vorstand der Kreissynode besteht aus dem vorsitzenden Superintendenten und aus vier von der Synode ... gewählten Beisitzern, von denen mindestens einer ein Geistlicher sein muß. § 58. Die Kreissynoden jeder Provinz bilden zusammen den Verband einer Provinzialsynode. § 59. Die **Provinzialsynode** wird zusammengesetzt aus 1. den von den Kreissynoden ... der Provinz zu wählenden Abgeordneten, 2. einem von der evang. theologischen Fakultät der Prov.-Universität zu wählenden Mitgliede dieser Fakultät, 3. den vom Könige zu ernennenden Mitgliedern, deren Zahl den sechsten Theil der nach Nr. 1 zu wählenden Abgeordneten nicht übersteigen soll. Die Wahl ... erfolgt für eine Synodalperiode von drei Jahren. § 62. Die Wahl erfolgt in der Weise, daß in jedem Wahlkreise 1. ein Abgeordneter aus den innerhalb des Wahlkreises ... angestellten Geistlichen, 2. ein Abgeordneter aus solchen Angehörigen des Wahlkreises gewählt wird, welcher in Kreissynoden oder in den Gemeindekörperschaften desselben als weltliche Mitglieder ... der Kirche dienen oder früher gedient haben, 3. das

letzte Drittheil der Abgeordneten wird von den an Seelenzahl stärkeren Kreissynoden und Wahlverbänden aus den angesehenen kirchlich erfahrenen und verdienten Männern des Provinzialbezirks gewählt. § 66. Der Vorstand der Provinzialsynode... besteht 1. aus einem Vorsitzenden, 2. aus mehreren (nicht über sechs) Beisitzern, geistlichen und weltlichen in gleicher Zahl. § 68. Dem Vorstande der Provinzialsynode liegt ob ... 6. die Theilnahme an wichtigen Geschäften des Konsistoriums. Sie muß eintreten bei Vorschlägen über die Besetzung kirchenregimentlicher Aemter, bei Entscheidungen ... über die Entlassung von Aeltesten als auch ... über Einwendungen der Gemeinde gegen die Lehre eines zum Pfarramt Designirten; ferner bei Entscheidungen, durch welche wegen Mangels an Uebereinstimmung mit dem Bekenntnisse der Kirche die Berufung eines sonst Anstellungsfähigen zu einem geistlichen Amte für unzulässig erklärt wird; endlich in allen Fällen, in welchen gegen einen Geistlichen wegen Irrlehre die Untersuchung eingeleitet oder eine Entscheidung gefällt werden soll."

Diese Ordnung ist:

a) **kirchlich (!) sanktionirt durch den Allerh. Erlaß vom 10. September 1873**: „Nach Vernehmung der in Gemäßheit Meines Erlasses vom 5. Juni 1869 berufenen außerordentlichen Provinzialsynode erachte Ich es gegenwärtig an der Zeit ... zu einer definitiven Ordnung der Gemeindeorgane und der Synoden zu schreiten. Demgemäß ertheile Ich kraft der Mir als Träger des landesherrlichen Kirchenregimentes zustehenden Befugnisse der ... beifolgenden Kirchengemeinde- und Synodalordnung ... hierdurch Meine Sanktion und verkünde dieselbe als kirchliche Ordnung."

b) **staatlich (!) sanktionirt durch das Staatsgesetz vom 25. Mai 1874**: „Wir Wilhelm von Gottes Gn. König v. Preußen verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags der Monarchie was folgt: Art. 1. Die Vertretung der evangelischen Kirchengemeinden sowie die Verwaltung des Kirchenvermögens geht vom 1. Juli 1874 ab nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen auf die im § 1 der in der Anlage enthaltenen Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 bestimmten Organe über. Art. 3. Beschlüsse über Umlagen auf die Gemeindemitglieder können erst dann vollstreckt werden, wenn sie von der Staatsbehörde für vollstreckbar erklärt worden sind. Diese Erklärung ist insbesondere zu versagen, sofern Bedenken hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Auferlegung, der Angemessenheit des Beitragsfußes oder der Leistungsfähigkeit der Pflichtigen bestehen. Art. 8. Die Rechtsverhältnisse des Patrons in Betreff der Vermögensverwaltung werden bis zum Erlaß des in Art. 17 der Verfassungsurkunde vorgesehenen Gesetzes über die Aufhebung des Patronats durch § 23 bestimmt. Art. 9. Alle diesem Gesetz und dem I. Abschnitt der Kirchengemeinde- und Synodalordnung entgegenstehenden Bestimmungen ... treten mit dem 1. Juli 1874 außer Kraft."

2. **General-Synodalordnung v. 20. Januar 1876.** § 1. Der Verband der Generalsynode erstreckt sich auf die evangelische Landeskirche der neun älteren Provinzen der Monarchie. Der Bekenntnißstand und die Union in den genannten Provinzen und den dazu gehörenden Gemeinden werden durch dieses Verfassungsgesetz nicht berührt. § 2. „Die **Generalsynode** wird zusammengesetzt 1. aus 150 Mitgliedern, welche von den Provinzialsynoden ... gewählt werden; 2. aus 6 Mitgliedern,

von welchen jede evang.-theologische Fakultät an den Universitäten ... eines aus ihrer Mitte wählt; 3. aus den Generalsuperintendenten der ... Provinzen; 4. aus 30 vom Könige zu ernennenden Mitgliedern. Die Berufung der Synodalmitglieder erfolgt für eine Synodalperiode von 6 Jahren. § 3. Die Wahl erfolgt in der Weise, daß 1. ein Drittheil aus den innerhalb der Provinz ... angestellten Geistlichen; 2. ein Drittheil aus solchen Angehörigen der Provinz gewählt wird, welche in ... Synoden oder ... Gemeindekörperschaften ... als weltliche Mitglieder der Kirche dienen oder früher gedient haben; 3. die Wahlen für das letzte Drittheil ... können auch auf andere angesehene, kirchlich erfahrene und verdiente Männer gerichtet werden. § 6. Landeskirchliche Gesetze bedürfen der Zustimmung der Generalsynode und werden von dem Könige, kraft seines Rechts als Träger des Kirchenregiments, erlassen. Sie werden Behufs der Beglaubigung von dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths gezeichnet. Ein Kirchengesetz erhält seine verbindliche Kraft durch die Verkündung in dem unter Verantwortlichkeit des Evangelischen Oberkirchenraths erscheinenden kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt. Sie beginnt, sofern in dem Gesetze kein anderer Anfangstermin bestimmt ist, mit dem 14. Tage nach demjenigen Tage, an welchem das betr. Stück des gen. Blattes in Berlin ausgegeben worden ist. § 20. Die Generalsynode wählt beim Beginne ihrer jedesmaligen Versammlung und für die Dauer derselben ihr Präsidium, bestehend aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und vier Schriftführern. § 21. Am Schlusse jeder ordentlichen Versammlung wählt die Generalsynode den Synodalvorstand und Synodalrath auf eine Synodalperiode von 6 Jahren. § 22. Der Synodalvorstand besteht aus einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter desselben und 5 Beisitzern. § 23. Zum Synodalrath wählt die Generalsynode 18 Mitglieder, welche zusammen mit dem Vorstande den Synodalrath bilden. § 36. Mit dem Evang. Oberkirchenrath wirkt der Synodalvorstand zusammen, 1. wenn ... über Einwendungen der Gemeinde gegen die Lehre eines zum Pfarramte Designirten oder über die wegen Mangels an Uebereinstimmung mit dem Bekenntniß der Kirche angefochtene Berufung eines sonst Anstellungsfähigen ... oder in einer wegen Irrlehre gegen einen Geistlichen geführten Disziplinaruntersuchung Entscheidung abgegeben werden soll; 2. bei der Feststellung der ... Gesetzentwürfe und der zur Ausführung ... erforderlichen Instruktionen; 3. bei den ... Vorschlägen für die Besetzung der Generalsuperintendenturen; 4. bei Vertretung der evangelischen Landeskirche in ihren vermögensrechtlichen Angelegenheiten; 5. in anderen Angelegenheiten der kirchlichen Centralverwaltung von vorzüglicher Wichtigkeit ... Die Mitwirkung des Vorstandes findet in der Weise statt, daß die Mitglieder desselben ... an den Berathungen und Beschlüssen als außerordentliche Mitglieder des Evang. Oberkirchenraths mit vollem Stimmrecht Theil nehmen." § 37. Der Synodalrath wird in jedem Jahre einmal in Berlin versammelt, um mit dem Evangelischen Ober-Kirchenrath in dessen Sitzung über Aufgaben und Angelegenheiten der Landeskirche zu berathen, in welchen die Kirchenregierung zur Feststellung leitender Grundsätze den Beirath dieses landeskirchlichen Synodalorgans für nothwendig erachtet.

Diese Ordnung ist

a) **kirchlich (!) sanktionirt durch den Allerh. Erlaß v. 20. Januar 1876:** „Ich ertheile, kraft der mir als Träger des landesherrlichen Kirchenregiments zustehenden Befugnisse, der als Anlage beifolgenden

Generalsynodalordnung für die evangelische Landeskirche der 8 älteren Provinzen der Monarchie hierdurch Meine Sanktion und verkünde dieselbe als kirchliche Ordnung."

b) **staatlich (!) sanktionirt durch das Staatsgesetz v. 3. Juni 1876:** Art. 1. „Die in der Kirch.Gem. u. Syn.O. v. 10. September 1873 und in der anliegenden Gen.Syn.O. v. 20. Januar 1876 bestimmten und nach diesen Vorschriften zusammengesetzten Synodalorgane üben die nachstehenden Rechte nach Maßgabe dieses Gesetzes. Art. 11. Die von der Provinzialsynode beschlossenen neuen kirchlichen Ausgaben zu provinziellen Zwecken werden auf die Kreissynodalkassen ... repartirt. Sowohl der Beschluß über die Bewilligung der Ausgabe, als die Matrikel bedarf der Bestätigung durch die Staatsbehörde. Die Bestätigung ist insbesondere zu versagen, wenn Bedenken hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit des Beschlusses, der Angemessenheit des Vertheilungsmaßstabes oder der Leistungsfähigkeit des Bezirkes bestehen. Art. 13. Kirchliche Gesetze und Verordnungen, sie mögen für die Landeskirche oder für einzelne Provinzen oder Bezirke erlassen werden, sind nur soweit rechtsgültig, als sie mit einem Staatsgesetz nicht in Widerspruch stehen. Bevor ein von einer Provinzialsynode oder von der Generalsynode beschlossenes Gesetz dem Könige zur Sanktion vorgelegt wird, ist durch eine Erklärung des Staatsministeriums festzustellen, daß gegen das Gesetz von Staatwegen nichts zu erinnern ist. (In der Verkündungsformel ist diese Feststellung zu erwähnen. Aufgehoben durch Staatsgesetz v. 28. Mai 1894. S. g. „Unschädlichkeitsgesetz.") Art. 15. Kirchengesetze, durch welche neue Ausgaben zu landeskirchlichen Zwecken bewilligt werden, und die ... Vertheilung der Umlage auf die Provinzen bedürfen, bevor sie dem Könige zur Sanktion vorgelegt werden, der Zustimmung des Staatsministeriums. (Die Zustimmung ist in der Verkündigungsformel zu erwähnen. Aufgehoben durch das „Unschädlichkeitsgesetz.") Art. 16. Die Gesammtsumme der ... Umlagen darf ... für provinzielle und landeskirchliche Zwecke 6 Prozent der Gesammtsumme der Klassen- und Einkommensteuer der ... evangelischen Bevölkerung nicht übersteigen ... Kirchengesetze, welche diesen Prozentsatz übersteigen, bedürfen der Bestätigung durch ein Staatsgesetz. Art. 19. Die Vertretung der evangelischen Landeskirche in ihren vermögensrechtlichen Angelegenheiten erfolgt durch den Evangelischen Oberkirchenrath unter Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes. Art. 21. Die Verwaltung der Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche geht, soweit solche bisher von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten und von den Regierungen geübt worden ist, auf den Evangelischen Oberkirchenrath und die Konsistorien als Organe der Kirchenregierung über. Art. 27. Die Staatsbehörde ist berechtigt, von der kirchlichen Vermögensverwaltung Einsicht zu nehmen, zu diesem Behufe die Etats und Rechnungen einzufordern, sowie außerordentliche Revisionen vorzunehmen und auf Abstellung der etwa gefundenen Gesetzwidrigkeiten durch Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel zu dringen. Art. 29. Alle diesem Gesetz ... entgegenstehenden Bestimmungen ... treten außer Kraft."

Novellen: Kirchengesetze v. 15. März 1886 u. v. 28. März 1892, betreff. die Pfarrwahl. — K.Ges. v. 18. Juli 1892, betreff. die Aufsicht über die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden. (Dazu Staatsgesetz v. 8. März 1893.) — K.Ges. v. 30. Juli 1880, betreff. Verletzung kirchlicher Pflichten. — K.Ges. v. 16. Juli 1886,

betreff. die Dienstvergehen der Kirchenbeamten. — K.Ges. v. 17. Mai 1895, betreff. die Berliner Stadtsynode u. die Parochialverbände in den größeren Orten. (Dazu Staatsgesetz v. 18. Mai 1895.)

Lilge, Evang. Kirchenverf. i. d. älter. Prov. d. preuß. Monarch. (Berl. 1896.) 5. Aufl. — Nitze: Verf. u. Verw. Gesetze d. evang. Landeskirche in Preußen. 2. Aufl. (Berl. 1895.)

§ 29.

Das Corpus Juris Canonici.

I. Von den Reformatoren wurde die Gültigkeit des kanonischen Rechts innerhalb der evangelischen Kirche schlechthin verworfen. (Verbrennung der Dekretalen durch Luther in Wittenberg 1520.) Die Theologen griffen in Folge dessen auf das römische Recht („Kayserrecht") zurück. Danach sind z. B. in den älteren Kirchenordnungen die ehehindernden Verwandtschaftsgrade regulirt. Umgekehrt vertraten die Juristen (Wittenberg: Hieronymus Schürpf) die fortdauernde Autorität des kanonischen Rechts, das vor Rezeption des römischen Rechts in Deutschland gemeines Recht geworden war und auch das bürgerliche Rechtsleben bestimmte. Dieser Auffassung haben sich auch die späteren Kirchenordnungen zugeneigt.

Luther: „Dagegen siehet man wol, welch kindisch, alber, schlecht Ding das geistliche Recht ist, obwol viel heilige, treffliche Leute darinnen gewesen sind, daß auch die Juristen selber sagen: Purus Canonista est magnus asinista. Und man muß es auch wol sagen, denn es ist die liebe Wahrheit; denn sie sind gar viel in andere Gedanken gesteckt, haben der weltlichen Weisheit sich wenig angenommen." — Reformatio ecclesiarum Hassiae (Synode von Homberg) 1526 c. 29. Porro jus illud, contra fas vocatum canonicum, omnino legi prohibemus. Qui in hoc venerabili studio (sc. generali Marpurgensi) aliquid contra sanctum verbum decernere ausus fuerit, anathema sit. — Muther: Der Reformationsjurist D. Hieron. Schürpf (Erl. 1858). — Köhler: Luther u. d. Juristen (Goth. 1873.) 31 ff.

II. Nach der richtigen Auffassung ist das kanonische Recht in der evangelischen Kirche noch heut subsidiär hinter den landeskirchlichen Gesetzen (Kirchenordnungen) anwendbar, aber nur als partikuläres jus non scriptum (Gewohnheitsrecht in Folge von Rezeption), nur sofern es nicht durch Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen ist, und nur soweit es nicht der heiligen Schrift (Jus divinum?) oder den Bekenntnißschriften (Prinzipien der Kirchenverfassung) widerstreitet. Es entscheidet daher weder bei der Lehre von der Kirchengewalt, noch für das Verhältniß zwischen Staat und Kirche, noch in Ehesachen bezüglich der aus dem Sakramentsbegriff hergeleiteten Normen, wohl

aber für das Benefizialwesen, das Vermögensrecht und die kirchliche Baulast. (Conc. Trident.)

J. H. Böhmer: Jus. Eccl. Protest. I. 2. § 58 sqq. — E. Richter: Beiträge z. Preuß. Kirchenr. (Leipz. 1865.) S. 10. — Burkhard: Kirchliche Baupflicht (Erl. 1884.) 58 ff. — Sarwey: Kirchengem. u. kirchl. Baulast (1864) im Württ. Arch. f. R. u. R. Verw. VII. 1 ff. — Lüttgert: Giebt es ein gem. ev Kirchenr.? (Dissert. Bielef. 1892.) 20 ff.

§ 30.

Die Conclusa Corporis Evangelicorum.

Das Corpus Evangelicorum war kein Faktor der evangelisch-kirchlichen Gesetzgebung, sondern eine freie (seit 1653 organisirte) Vereinigung von allen evangelischen Reichsständen, zur Wahrung der ihrer Religionspartei Kraft der Reichsgesetze (Instrum. Pac. Osnabrug.) zustehenden Gerechtsame (exacta mutuaque aequalitas, unten S. 94), unter dem Direktorium von Kursachsen (später thatsächlich unter Führung von Kurbrandenburg). Doch wurden von ihm auch Beschlüsse über gemeinsame innere kirchliche Angelegenheiten gefaßt, welche auf Grund besonderer Publikation in den einzelnen evangelischen Territorien Anwendbarkeit erlangten (Jus particulare). Die Zahl solcher Conclusa ist nur gering.

W. v. Schauroth: Vollst. Samml. aller Concluſa des Corp. Evang. (Regensb. 1751). 3. Bde. Fortsetzung von Herrich (Regensb. 1786). — A. Frantz: D. kathol. Direktorium des Corp. Evang. (Marb. 1880).

§ 31.

Die preußischen Unionsurkunden.

Die lutherische und reformirte Kirche sind in den alten Landestheilen Preußens (Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Rheinland und Westfalen) zu Einer „Evangelischen Landeskirche" zusammengeschlossen. Es besteht daher nur Ein evangelisches (kein abgesondertes lutherisches und reformirtes) Kirchenregiment. („Regimentsunion.") Dagegen sind die besonderen lutherischen und reformirten Bekenntnißschriften in Geltung verblieben. (Keine „Lehrunion.") Doch darf den Genossen der anderen Konfession weder die Gemeinschaft in Gottesdienst und Abendmahl, noch das Gemeinderecht (Mitgliedschaft in den Gemeinden) versagt werden. („Kultusunion.") Andererseits setzt die Berufung in das geistliche Amt voraus, daß die konfessionelle Stellung des Geistlichen

(Ordinationsgelübde) dem geschichtlichen Bekenntnißstande der Gemeinde entspricht. Auch giebt in der obersten Kirchenbehörde (Evang. Oberkirchenrath) das Urtheil der Mitglieder des betreff. Bekenntnisses den Ausschlag, wenn die Entscheidung nur aus einem der beiden Bekenntnisse geschöpft werden kann. (Itio in partes.) Im Uebrigen ist der Beitritt zur Union Sache freien Entschlusses und Seitens einzelner Gemeinden bis heute nicht erfolgt.

In Preußen beruht die Rechtseinheit der Evangelischen Landeskirche nur auf Regimentsunion. Die Kultusunion ist lediglich eine zur freien Aneignung gebotene Einrichtung innerhalb der Landeskirche. Eine Lehrunion (Konsensusunion), die als gemeinsame Glaubensunterlage für alle Gemeinden entweder nur die heilige Schrift oder die heilige Schrift und die evangelischen Bekenntnisse kennt, soweit sie übereinstimmen, besteht in Nassau (1817), in Rheinbayern (1818) und im Verbande der preußischen Militärgemeinden. (Preuß. Milit. Kirchenordn. v. 12. Juli 1832 §§ 38 u. 56) S. g. „Vollunirte Kirchen."

Kab.-Ordre v. 17. Sept. 1817. „Schon Meine in Gott ruhende, erleuchtete Vorfahren ... haben ... es sich angelegen sein lassen, die beiden getrennten protestantischen Kirchen, die reformirte und lutherische, zu einer evangelisch-christlichen in Ihrem Lande zu vereinigen ... Dieser heilsamen, schon so lange und jetzt wieder so laut gewünschten ... Vereinigung, in welcher die reformirte nicht zur lutherischen und diese nicht zu jener übergeht, sondern beide eine neubelebte, evangelisch-christliche Kirche im Geiste ihres heiligen Stifters werden, steht kein in der Natur der Sache liegendes Hinderniß mehr entgegen, sobald beide Theile nur ernstlich und redlich in wahrhaft christlichem Sinne sie wollen ... Aber so sehr Ich wünschen muß, daß die reformirte und lutherische Kirche in Meinen Staaten diese Meine wohlgeprüfte Ueberzeugung mit Mir theilen möge, so weit bin Ich, ihre Rechte und Freiheit achtend, davon entfernt, sie aufdringen und in dieser Angelegenheit Etwas verfügen und bestimmen zu wollen ... So wie Ich selbst ... das bevorstehende Säkularfest der Reformation in der Vereinigung der bisherigen reformirten und lutherischen Hof- und Garnisongemeinde zu Potsdam zu Einer evangelisch-christlichen Gemeinde feiern und mit derselben das hl. Abendmahl genießen werde, so hoffe Ich, daß dieses Mein eigenes Beispiel wohlthuend auf alle protestantische Gemeinden in Meinem Lande wirken und eine allgemeine Nachfolge im Geiste und in der Wahrheit finden möge. Der weisen Leitung der Konsistorien, dem frommen Eifer der Geistlichen und ihrer Synoden überlasse Ich die äußere übereinstimmende Form der Vereinigung." — **Kab.-Ordre v. 28. Februar 1834.** „Die Union bezweckt und bedeutet keine Aufgabe des bisherigen Glaubensbekenntnisses, auch ist die Autorität, welche die Bekenntnißschriften der beiden evangelischen Konfessionen bisher gehabt, durch sie nicht aufgehoben worden. Durch den Beitritt zu ihr wird nur der Geist der Mäßigung und Milde ausgedrückt, welcher die Verschiedenheit einzelner Lehrpunkte der anderen Konfession nicht mehr als den Grund gelten läßt, ihr die äußere kirchliche Gemeinschaft zu versagen. Der Beitritt zur Union ist Sache des freien Entschlusses, und ist es daher eine irrige Meinung, daß an

die Einführung der erneuerten Agende nothwendig auch der Beitritt zur Union geknüpft sei oder indirekt durch sie bewirkt werde ... Die Agende steht mit der Union nur insofern im Zusammenhange, daß die darin vorgeschriebene Ordnung des Gottesdienstes und die für kirchliche Amtshandlungen aufgenommenen Formulare, weil sie schriftmäßig sind, ohne Anstoß und Beschwerde auch in solchen Gemeinden, die aus beiderlei Konfessionsgemeinden bestehen, zu gemeinsamer Förderung christlicher Gottesfurcht und Gottseligkeit in Anwendung kommen können." — **Kab.-Ordre v. 6. März 1852.** „1. Der Evang. Oberkirchenrath ist verpflichtet, ebensowohl die evangelische Landeskirche in ihrer Gesammtheit zu verwalten und zu vertreten, als das Recht der verschiedenen Konfessionen und die auf dem Grunde desselben ruhenden Einrichtungen zu schützen und zu pflegen. 2. Der Evang. Oberkirchenrath besteht aus Gliedern beider Konfessionen. Es können aber nur solche Personen in denselben aufgenommen werden, welche das Zusammenwirken von Gliedern beider Konfessionen im Regimente mit ihrem Gewissen vereinbar finden. 3. Der Evang. Oberkirchenrath beschließt in den zu seiner Entscheidung gelangenden Angelegenheiten kollegialisch nach Stimmenmehrheit seiner Mitglieder. Wenn aber eine vorliegende Angelegenheit der Art ist, daß die Entscheidung nur aus einem der beiden Bekenntnisse geschöpft werden kann, so soll die konfessionelle Vorfrage nicht nach den Stimmen sämmtlicher Mitglieder, sondern allein nach den Stimmen der Mitglieder des betreff. Bekenntnisses entschieden werden und diese Entscheidung dem Gesammtbeschlusse des Kollegiums als Grundlage dienen."

Richter: Beitr. z. Preuß. Kirch. R. (Leipz. 1865.) 23 ff.

III. Buch.

Gemeinsame Rechtsquellen.

---

§ 32.

Die Bibel.

I. Die **katholische** Kirche findet die Urquellen ihres Rechts (Jus divinum)

1. in der heiligen Schrift (Scriptura sacra, biblia, *βιβλία*), insbesondere dem Novum testamentum, d. h. einer Reihe von Schriften, welche auf die Apostel zurückführen und Ende sec. 4 ihren Abschluß erhielten. Verbindliche Kraft hat aber nicht der hebräische und griechische Urtext, sondern eine alte, vom heil. Hieronymus († 420) neu redigirte, 1588 und 1592 in Rom revidirte und für authentisch erklärte lateinische Übersetzung: Vulgata (versio).

Biblia sacra vulgatae editionis Sixti V. P. M. jussu recogn. et edita. (Rom. 1592.) Conc. Trid. sess. IV. decr. de ed. et usu sacr. libr.: Insuper eadem sacrosancta synodus . . . statuit et declarat, ut haec ipsa vetus et vulgata editio, quae longo tot seculorum usu in ipsa ecclesia probata est, in publicis lectionibus, disputationibus, praedicationibus et expositionibus pro authentica habeatur, et ut nemo illam rejicere quovis praetextu audeat vel praesumat. — Sess. VI. de justific. can. 21. Si quis dixerit, Christum Jesum a Deo hominibus datum fuisse ut redemptorem, cui fidant, non etiam ut legislatorem, cui obediant, anathema sit.

2. In der die heil. Schrift erklärende und ergänzende Tradition, d. h. in der mündlichen Ueberlieferung von Normen, welche theils unmittelbar von Christus (Traditio divina), theils von den Aposteln und deren Nachfolgern (Traditio apostolica et ecclesiastica) herrühren. Ihre Echtheit wird aus dem übereinstimmenden Zeugniß der Kirchenväter (9 Doctores Ecclesiae) erkannt, sie muß aber durch das unfehlbare Lehramt festgestellt werden. Nur was der Papst als fundamentale Rechtsnorm der Kirche statuirt, und Alles das, ist juris divini.

Conc. Trid. sess. IV. decr. de can. script. SS. Tridentina synodus . . . perspiciens . . . hanc veritatem et disciplinam contineri in scriptis et sine scripto traditionibus, quae ipsius Christi ore ab Apostolis acceptae aut ab ipsis Apostolis, Spiritu Sancto dictante, quasi per manus traditae ad nos usque pervenerunt . . . traditiones ipsas tum ad fidem tum ad mores pertinentes tamquam vel ore tenus a Christo vel a Spiritu Sancto dictatas et continua successione in ecclesia catholica conservatas pari pietatis affectu ac reverentia suscipit et veneratur.

Der **römische Katechismus** v. 1566 ist weder eine Rechtsquelle, noch eine symbolische Schrift, sondern nur ein katechetisches Handbuch für Pfarrer zur Unterweisung des Volks. Catechismus Romanus ad parochos ex decreto Concilii Tridentini, Pii V. P. M. jussu ed. et promulg. Rom. 1566. P. II. c. 7. qu. 6. (*Quotuplex sit potestas ecclesiastica.*) Ea autem duplex est: ordinis et jurisdictionis. Ordinis potestas ad verum Christi domini corpus in sacrosanta eucharistia refertur. Jurisdictionis vero potestas tota in Christi corpore mystico versatur. Ad eam enim spectat, Christianum populum gubernare et moderari, et ad aeternam coelestemque beatitudinem dirigere. qu. 7. (*Ordinis potestas ad quae se extendat.*) Verum ordinis potestas non solum consecrandae eucharistiae vim et potestatem continet, sed ad eam accipiendam hominum animos praeparat et idoneos reddit, ceteraque omnia complectitur, quae ad eucharistiam quovis modo referri possunt. (Vergl. aber jetzt Conc. Vatic. const. *Pastor aeternus* c. 4 oben S. 74.) P. II. c. 8. qu. 3 (*Quid sit matrimonium.*) Ita vero ex communi Theologorum sententia definitur: „Matrimonium est viri et mulieris maritalis coniunctio inter legitimas personas, individuam vitae consuetudinem retinens.“ Cuius definitionis partes ut planius intellegantur, docendum est, quamvis haec omnia in perfecto matrimonio insint, consensus videlicet interior, pactio externa verbis expressa, obligatio et vinculum, quod ex ea pactione efficitur, et coniugum copulatio, qua

matrimonium consummatur: nihil horum tamen matrimonii vim et rationem proprie habere, nisi obligationem illam et nexum, qui coniunctionis vocabulo significatus est.

II. Die **evangelische** Kirche erkennt in der heiligen Schrift die oberste Regel ihres Lebens. Sie findet in ihr aber nicht den Ausdruck eines gesetzgeberischen (!) Willens (mit Rechtsbefehlen) und legt nur dem Urtext verbindliche Kraft bei. Im Übrigen kennt sie keine göttliche Offenbarung außerhalb der heiligen Schrift. Die Tradition, als eine Urquelle des Rechts, bleibt ihr deßhalb fremd.

Für die Bildung des kirchlichen Rechts ist die heilige Schrift nach Maßgabe der Bekenntnißschriften (§ 27) theils

1. eine Richtschnur, insofern sie auf bestimmte Einrichtungen hinweist (Lehramt, Kirchenzucht); theils

2. eine Schranke, insofern nichts Recht werden soll, was den Sätzen der heiligen Schrift widerspricht (Verfassung, Ehescheidung).

Das alte Testament steht dem neuen nur hinsichtlich solcher Vorschriften gleich, welche in dem letzteren ihre Bestätigung finden oder durch Rezeption Gesetzeskraft erhalten haben. (Jüdisches Ceremonialgesetz? Jüdische Eheverbote?)

E. Richter: Beiträge z. Preuß. Kirchenrecht (Leipz. 1864) 1 ff. — v. Weber: Sächs. Kirchenrecht. 2. Aufl. (Leipz. 1843.) I. 6. — Buchka: Mecklenb. Ehescheid. R. (Wism. 1885) 14.

§ 33.

Die älteren deutschen Reichs- und Bundesgesetze.

(Bis 1866.)

I. Die durch die Reformation (sec. 16) hervorgerufenen Glaubensstreitigkeiten führten wiederholt zu einer reichsgesetzlichen Regelung der konfessionellen Verhältnisse:

1. Durch das **Wormser Edikt** (Reichsschluß) von 1521. Es verhängte, in Ausführung der päpstlichen Exkommunikationsbullen *Exsurge Domine* und *Decet Ro. Pontificem*, die Reichsacht über Luther und seine Anhänger.

Worms. Ed. v. 8. (26.) Mai 1521: Wöllen, daß ihr samptlich und sonderlich . . . den vorgemeldten Luther nicht hauset, höfet, etzet, tränket noch enthaltet, noch ihm wider mit Worten noch Werken, heimlich noch offentlich, keinerlei Hülfe, Beistand noch Furschub beweiset; sondern wo ihr ihn alsdann ankommen und betreten und deß mächtig sein möcht, ihn gefänglich annehmet und uns wohl bewahrt zusendet oder das zu thun bestellet, oder uns zum wenigsten (so er zu handen bracht wirdet), unverzöglich verkündet und anzeiget, und ihn dazwischen also gefänglich haltet, bis euch von uns Bescheid, was ihr ferner, nach Ordenung der Recht, gegen

ihn handeln sollet, gegeben, und ihr umb solch heilig Werk, auch eure Mühe und Kosten, ziemlich Ergetzlichkeit empfahen werdet. Aber gegen seine Mitverwandten, Anhängern, Enthaltern, Furschiebern, Gönnern und Nachfolgern und derselben beweglich und unbeweglich Güter, sollet ihr in Kraft der hl. Constitution und unser und des Reichs Acht und Aberacht, dieser Weis handeln, nämlich sie niederwerfen und fahen und ihre Güter zu eure Handen nehmen und die in euren Nutz wenden und behalten ohn männiglichs Verhinderung."

2. Durch den **Speierschen Reichsabschied** von 1526. Er vertagte die Entscheidung über den Religionsstreit bis zu einem künftigen Konzil, ordnete inzwischen einen Waffenstillstand an auf der Grundlage des Status quo und gewährte den Reichsständen die Erlaubniß, das Wormser Edikt unausgeführt zu lassen, sowie (angeblich) das Recht, die kirchlichen Verhältnisse in ihren Territorien frei zu regeln d. h. mit kirchlichen Neuerungen weiter vorzugehen. (S. g. Jus reformandi.)

R. A. v. 27. August 1526 § 4. „Demnach haben wir ... uns jetzo ... einmüthiglich verglichen und vereinigt, mitlerzeit des Concilii oder aber Nationalversammlung nichtsdestoweniger mit unsern Unterthanen, ein jeglicher in Sachen, so das Edikt, durch Kaiserl. Majestät auf dem Reichstag zu Worms gehalten [Achterklärung gegen Luther], ausgegangen, belangen möchten, für sich also zu leben, zu regieren und zu halten, wie ein jeder solches gegen Gott und Kaiserl. Majestät hoffet und vertrauet zu verantworten."

3. Durch den (Nürnberger Vergleich von 1532, Passauer Vertrag von 1552 und) **Augsburger Religionsfrieden** (Reichsabschied) von 1555 mit folgenden Bestimmungen:

a) Die Jurisdiktion der katholischen Bischöfe wird hinsichtlich der Augsburgischen Konfessionsverwandten suspendirt (nicht devolvirt).

R. A. v. 26. September 1555. § 20. „Damit auch obberührte beiderseits Religionsverwandte soviel mehr in beständigem Frieden und guter Sicherheit gegen, mit und bei einander sitzen und bleiben mögen, so soll die geistliche Jurisdiktion ... wider der Augspurgischen Konfession, Religion, Glauben, Bestellung der Ministerien, Kirchengebräuchen, Ordnungen und Ceremonien, so sie aufgerichtet oder aufrichten möchten, bis zur endlichen Vergleichung der Religion nicht exercirt, gebraucht oder geübt werden, sondern derselbigen Religion., Glauben, Kirchengebräuchen, Ordnungen, Ceremonien und Bestellung der Ministerien .. ihren Gang gelassen und kein Hinderniß oder Eintrag dadurch beschehen und also hierauf, wie obgemeldt, bis zu endlicher christlicher Vergleichung der Religion die geistliche Jurisdiktion ruhen, eingestellt und suspendirt sein und bleiben."

b) Jedem Reichsstand (Landesherrn) steht die Wahl zwischen dem katholischen und evangelischen Glauben frei. Geistliche Reichsstände verlieren aber mit dem Uebertritt zum evangelischen Glauben ihre

Kirchenämter und Länder. (Reservatum ecclesiasticum. „Geistlicher Vorbehalt", octroyirt vom Kaiser.)

R. A. v. 26. September 1555. § 18. „Wo ein Erzbischof, Prälat oder ein ander geistliches Stands von unser alten Religion abtreten würde, daß derselbig sein Erzbisthum, Bisthum, Prälatur und andere Beneficia, auch damit alle Frucht und Einkommen, so er davon abgeht, alsbald ohne einige Widerung und Verzug, jedoch seinen Ehren ohnnachtheilich verlassen, auch denen Capiteln und denen es von Gemeinen Rechten oder der Kirchen und Stifts-Gewohnheiten zugehörte, eine Person der alten Religion verwandt zu wählen und zu ordnen zugelassen sein."

c) Unterthanen folgen der Religion ihres Landesherrn. (Cujus regio, ejus religio). Eventuell können sie zum Auswandern genöthigt werden. (Jus reformandi.) Gegen Religionsbedrückungen haben sie das Recht auf freien Abzug. (Beneficium emigrandi.)

R. A. v. 26. September 1555. § 24. „Wo aber unsere ... Unterthanen, der alten Religion oder Augspurgischen Confession anhängig, von solchen ihrer Religion wegen aus unseren Landen ... an andere Orth ziehen und sich niederthun wollen, denen soll solcher Ab- und Zuzug, auch Verkaufung ihrer Haab und Güter gegen zimblichen und billichen Abtrag der Leibeigenschaft und Nachsteuer ... unverhindert männigliches zugelassen und bewilligt, auch an ihren Ehren und Pflichten allerdings unentgolten sein." — Brandi: Augsb. Relig. Fried. (Münch. 1896.) — Pütter: Histor. Entwickl. d. teutsch. Staatsverfass. (Gött. 1788) I. 406 ff. — Auf der Grundlage des Augsburg. Relig.-Friedens entwickelte sich demnächst die von den Jesuiten geleitete Gegenreformation.

4. Durch den **Westphälischen Frieden** (Reichsgrundgesetz) von 1648 mit folgenden Bestimmungen (Art. V. [Gravamina ecclesiastica] und VII.):

a) Außer der katholischen und protestantischen (d. h. lutherischen und reformirten) darf keine andere Religion im Reich geduldet werden.

Instrum. Pac. Osnabr. (J. P. O.) v. 24. Oktober 1648. Art. VII. § 2. Praeter religiones super nominatas nulla alia in sacro Imperio Ro. recipiatur vel toleretur.

b) Im Reichstage soll volle Parität zwischen den katholischen, lutherischen und reformirten Reichsständen herrschen. (Exacta mutuaque aequalitas.) Der Reichstag tritt bei Abstimmungen über Sachen, welche die Religion unmittelbar oder mittelbar betreffen, in eine katholische und evangelische Hälfte aus einander (Itio in partes).

J. P. O. Art. V. § 1. Inter utriusque religionis Electores, Principes, Status omnes et singulos sit aequalitas exacta mutuaque ... ita ut quod uni parti justum est, alteri quoque sit justum, violentia omni et via facti ut alias ita et hic inter utramque partem perpetuo prohibita. § 52. In causis religionis omnibusque aliis negotiis, ubi status tamquam unum corpus considerari nequeunt, ut etiam catholicis et Augusta-

nae Confessionis Statibus in duas partes euntibus sola amicabilis compositio lites dirimat, non attenta votorum pluralitate.

c) Das Reservatum ecclesiasticum kommt auch den Protestanten zu Gute. Als Normaltag für den konfessionellen Besitzstand gilt der 1. Januar 1624.

J. P. O. Art. V. § 2. Terminus a quo restitutionis in ecclesiasticis et quae intuitu eorum in politicis mutata sunt, sit dies I. Januarii a. 1624. Fiat itaque restitutio omnium Electorum, Principum et Statuum utriusque religionis. (Näheres Detail in den §§ 14 u. 15.)

d) Den Reichsständen verbleibt dauernd das Jus reformandi gegenüber ihren andersgläubigen Unterthanen kraft der Landeshoheit, aber mit zwei Schranken: das Maß der kirchlichen Religionsübung im Jahre 1624 darf (außer in Oesterreich) nicht geschmälert, eventuell die Devotio domestica (Schutz gegen zwangsweises Bekehren, Hausandacht, Gleichbehandlung in bürgerlichen Verhältnissen und ehrliches Begräbniß) nicht verweigert werden. (Gewissens-, nicht Religionsfreiheit).

J. P. O. Art. V. § 30. Quum Statibus immediatis cum jure territorii et superioritatis ex communi per totum imperium hactenus usitata praxi etiam jus reformandi exercitium religionis competat, ac dudum in pace religionis talium Statuum subditis, si a religione domini territorii dissentiant, beneficium emigrandi concessum, insuper ... cautum fuerit, quod nemo alienos subditos ad suam religionem pertrahere ... debeat, conventum est, hoc idem porro quoque ... observari § 31. Hoc tamen non obstante, Statuum Catholicorum landsassii, vasalli et subditi cujuscunque generis, qui sive publicum sive privatum A. C. exercitium a. 1624 quacunque anni parte sive certo pacto aut privilegio, sive longo usu, sive sola denique observantia dicti anni habuerunt, retineant id etiam imposterum una cum annexis, quatenus illa dicto anno exercuerunt ... Cujusmodi annexa habentur institutio conciliorum, ministeriorum tam scholasticorum quam ecclesiasticorum, jus patronatus aliaque similia jura ... § 34. Placuit porro, ut illi catholicorum subditi Augustanae Confessionis addicti, ut et catholici Augustanae Confessionis Statuum subditi, qui a. 1624 publicum vel etiam privatum religionis suae exercitium nulla anni parte habuerunt, nec non qui post pacem publicatam deinceps futuro tempore diversam territorii domino religionem profitebuntur et amplectentur, patienter tolerentur et conscientia libera domi devotioni suae sine inquisitione aut turbatione privatim vacare, in vicinia vero, ubi et quoties voluerint, publico religionis exercitio interesse, vel liberos suos exteris suae religionis scholis aut privatis domi praeceptoribus committere non prohibeantur. § 35. Sive autem Catholici sive Augustanae Confessionis fuerunt subditi, nullibi ob religionem despicatui habeantur, nec a mercatorum, opificum aut tribuum communione, hereditatibus, legatis, hospitalibus, leprosoriis, eleemoysnis aliisve juribus aut commerciis, multo minus publicis coemeteriis honoreve sepulturae arceantur ... sed et in his et similibus pari cum concivibus jure habeantur, aequali justitia protectioneque tuti. § 36. Quodsi vero

subditus ... sua sponte emigrare voluerit aut a Territorii Domino jussus fuerit, liberum ei sit, aut retentis bonis aut alienatis discedere, retenta per ministros administrare et, quoties ratio id postulat, ad res suas inspiciendas vel persequendas lites aut debita exigenda libere et sine literis commeatus adire.

Emminghaus: Corp. jur. German. (Jena 1844.) 445 sqq. — Pütter a. a. O. II. 64 ff.

II. Zur Entschädigung der deutschen Fürsten für das durch den Frieden von Lüneville (1801) an Frankreich abgetretene linke Rheinufer erging der **Reichs-Deputations-Hauptschluß** (R. D. H.) vom 25. Februar 1803. Er säkularisirte alle reichsunmittelbaren Güter der katholischen Kirche in Deutschland (Erzbisthümer, Bisthümer, Kapitel, Stifter, Abteien, Klöster ꝛc., ausgenommen die Besitzungen des Deutschen und Johanniter Ordens sowie das Stift und die Domkirche Regensburg) und gestattete den Landesherren, auch alles mittelbare, in ihren Territorien gelegene Kirchenvermögen einzuziehen: gegen die Verpflichtung zur Dotation der beibehaltenen Domkirchen.

R. D. H. v. 25. Februar 1803. § 35. „Alle Güter der fundirten Stifter, Abteien und Klöster ... werden der freien und vollen Disposition der resp. Landesherrn sowol zum Behufe des Aufwandes für den Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche beibehalten werden und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit." § 63. „Die bisherige Religionsübung eines jeden Landes soll gegen Aufhebung und Kränkung aller Art geschützt sein; insbesondere jeder Religion der Besitz und ungestörte Genuß ihres eigenthümlichen Kirchenguts und Schulfonds nach der Vorschrift des Westphälischen Friedens ungestört verbleiben; dem Landesherrn steht jedoch frei, andere Religionsverwandte zu dulden und ihnen den vollen Genuß bürgerlichen Rechte zu gestatten". § 65. „Fromme und milde Stiftungen sind wie jedes Privateigenthum zu konservieren, doch so, daß sie der landesherrlicher Aufsicht und Leitung untergeben bleiben." — Kleinschmidt: Die Säkularisation von 1803. (Berlin 1878.) — Rieker: Rechtl. Stellung d. evang. K. Deutschl. (Leipz. 1893) 115 ff., 175 ff.

Mit Auflösung des alten deutschen Reichs (1806) haben die durch das J. P. O. und den R. D. H. (Reichsgesetze!) begründeten Rechte (Jura quaesita), insbesondere wegen der Religionsübung und des Kirchenguts, ihre Geltung nicht ohne Weiteres verloren. (Völkerrechtliche Lehre von der Staatensuccession.) Doch sind sie später vielfach — was rechtlich keineswegs ausgeschlossen — durch Landesgesetz und Gewohnheit beseitigt oder umgestaltet worden.

III. Im Rheinbunde sicherten die **Accessionsverträge zur Rheinbundsakte** vom 12. Juli 1806 der katholischen (!) Kirche das Exercitium religionis publicum, den katholischen und lutherischen Unterthanen aber den unverkürzten Genuß der „bürgerlichen und politischen Rechte" zu.

Königl. Sächsischer Access.-Vertr. v. 11. Dezember 1806. Art. 5. „Die Ausübung des katholischen Gottesdienstes (soll) im ganzen Umfang des Königsreichs Sachsen der Ausübung des lutherischen Gottesdienstes ganz gleich gestellt werden, und die Unterthanen beider Konfessionen sollen ohne Einschränkung die nämlichen bürgerlichen und politischen Rechte genießen. Se. Majestät der Kaiser machen dies zu einer ganz besonderen Bedingung." — Klüber: Staatsrecht des Rheinb. (Tüb. 1808) 538.

IV. Dagegen hat der **deutsche Bund** v. 1815 von der Zusicherung einer freien Religionsübung abgesehen, andererseits jedoch die Gewährleistung der bürgerlichen und politischen Rechte auf die Mitglieder der katholischen, lutherischen und reformirten Kirche erstreckt.

Deutsche Bundesakte v. 8. Juni 1815. Art. 16. Die Verschiedenheit der christlichen Religionsparteien (!) kann in den Ländern und Gebieten des deutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen. Die Bundesversammlung wird in Berathung ziehen, wie auf eine möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Bekenner des jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sei, und wie insonderheit denselben der Genuß der bürgerlichen Rechte gegen die Uebernahme aller Bürgerpflichten in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könne." — Zöpfl: Deutsch. Staatsrecht. (Leipzig 1863.) II. S. 532. — Fürstenau: Das Grundrecht der Religionsfreiheit. (Leipz. 1891.)

§ 34.

Die deutschen Landesgesetze bis 1848.

In einzelnen deutschen Staaten ist seit Ausgang des 18 sec. das Verhältniß des Staats zur Kirche vermittelst besonderer Gesetze geregelt worden. So

1. in Oesterreich durch das Hofdekret, die Religions- und Kirchensachen betreffend, vom 17. März 1791,

2. in Preußen durch das Allgemeine Landrecht vom 5. Februar 1794 Th. II Tit. 11. „Von den Rechten und Pflichten der Kirchen und geistlichen Gesellschaften."

(Schmedding 1821.) „Das A. L. R. geht davon aus, daß der König Quelle alles Rechts ist, auch des religiösen, und zwar des katholischen nicht anders als des protestantischen." A. L. R. II. 11. § 1. „Die Begriffe der Einwohner des Staates von Gott und göttlichen Dingen, der Glaube und der innere Gottesdienst können kein Gegenstand von Zwangsgesetzen sein. § 2. Jedem Einwohner im Staate muß eine vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit gestattet werden. § 3. Niemand ist schuldig, über seine Privatmeinungen in Religionssachen Vorschriften vom Staate anzunehmen. § 4. Niemand soll wegen seiner Religionsmeinungen beunruhigt, zur Rechenschaft gezogen, verspottet oder gar verfolgt werden. § 5. Auch der Staat kann von einem einzelnen Unterthan die Angabe: zu welcher Religionspartei sich derselbe bekenne, nur alsdann fordern, wenn

die Kraft und Gültigkeit gewisser bürgerlicher Handlungen davon abhängt. § 6. Aber selbst in diesem Falle können mit dem Geständnisse abweichender Meinungen nur diejenigen nachtheiligen Folgen für den Gestehenden verbunden werden, welche aus seiner dadurch, vermöge der Gesetze, begründeten Unfähigkeit zu gewissen bürgerlichen Handlungen oder Rechten von selbst fließen. § 13. Jede Kirchengesellschaft ist verpflichtet, ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen die Gottheit, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat, und sittlich gute Gesinnungen gegen ihre Mitbürger einzuflößen. § 14. Religionsgrundsätze, welche diesem zuwider sind, sollen im Staate nicht gelehrt, und weder mündlich, noch in Volksschriften ausgebreitet werden. § 15. Nur der Staat hat das Recht, dergleichen Grundsätze, nach angestellter Prüfung, zu verwerfen, und deren Ausbreitung zu untersagen. § 16. Privatmeinungen einzelner Mitglieder machen eine Religionsgesellschaft nicht verwerflich. § 17. Die vom Staate ausdrücklich aufgenommenen Kirchengesellschaften haben die Rechte privilegirter Korporationen. § 18. Die von ihnen zur Ausübung ihres Gottesdienstes gewidmeten Gebäude werden Kirchen genannt und sind als privilegirte Gebäude des Staats anzusehen. § 19. Die bei solchen Kirchengesellschaften zur Feier des Gottesdienstes und zum Religionsunterrichte bestellten Personen, haben mit andern Beamten im Staate gleiche Rechte. § 20. Eine Religionsgesellschaft, welche der Staat genehmigt, ihr aber die Rechte öffentlich aufgenommener Kirchen-Gesellschaften nicht beigelegt hat, genießt nur die Befugniß geduldeter Gesellschaften. § 25. Ihr ist nicht gestattet, sich der Glocken zu bedienen, oder öffentliche Feierlichkeiten außerhalb der Mauern ihres Versammlungshauses anzustellen. § 26. Die von ihr zur Feier ihrer Religionshandlungen bestellten Personen genießen, als solche, keine besondern persönlichen Rechte. § 27. Sowohl öffentlich aufgenommene, als bloß geduldete Religions- und Kirchengesellschaften müssen sich in allen Angelegenheiten, die sie mit andern bürgerlichen Gesellschaften gemein haben, nach den Gesetzen des Staats richten. § 28. Diesen Gesetzen sind auch die Obern, und die einzelnen Mitglieder, in allen Vorfällen des bürgerlichen Lebens unterworfen. § 32. Die Privat- und öffentliche Religionsübung einer jeden Kirchengesellschaft ist der Oberaufsicht des Staats unterworfen. § 33. Der Staat ist berechtigt, von demjenigen, was in den Versammlungen der Kirchengesellschaft gelehrt und verhandelt wird, Kenntniß einzuziehen. § 37. Kirchengesellschaften dürfen so wenig, als einzelne Mitglieder derselben, einander verfolgen oder beleidigen. § 40. Jedem Bürger des Staats, welchen die Gesetze fähig erkennen, für sich selbst zu urtheilen, soll die Wahl der Religionspartei, zu welcher er sich halten will, frei stehen. § 41. Der Uebergang von einer Religionspartei zu einer andern geschieht in der Regel durch ausdrückliche Erklärung. § 42. Die Theilnehmung an solchen Religionshandlungen, wodurch eine Partei sich von der andern wesentlich unterscheidet, hat die Kraft einer ausdrücklichen Erklärung, wenn nicht das Gegentheil aus den Umständen deutlich erhellet. § 43. Keine Religionspartei soll die Mitglieder der andern durch Zwang oder listige Ueberredung zum Uebergange zu verleiten sich anmaßen. § 44. Unter dem Vorwande des Religionseifers darf Niemand den Hausfrieden stören oder Familienrechte kränken. § 45. Keine Kirchengesellschaft ist befugt, ihren Mitgliedern Glaubensgesetze wider ihre Ueberzeugung aufzudringen. § 50. Jedes Mitglied einer Kirchengesellschaft ist schuldig, der sich darin eingeführten Kirchenzucht zu unterwerfen. § 51. Dergleichen Kirchenzucht soll bloß zur Abstellung öffentlichen Aergernisses abzielen. § 52. Sie darf

niemals in Strafen an Leib, Ehre, oder Vermögen der Mitglieder ausarten. § 53. Sind dergleichen Strafen zur Aufrechthaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit in der Kirchengesellschaft nothwendig, so muß die Verfügung der vom Staate gesetzten Obrigkeit überlassen werden. § 54. Wenn einzelne Mitglieder durch öffentliche Handlungen eine Verachtung des Gottesdienstes und der Religionsgebräuche zu erkennen geben, oder andere in ihrer Andacht stören, so ist die Kirchengesellschaft befugt, dergleichen unwürdigen Mitgliedern, so lange sie sich nicht bessern, den Zutritt in ihre Versammlungen zu versagen. § 55. Wegen bloßer, von dem gemeinen Glaubensbekenntnisse abweichender Meinungen kann kein Mitglied ausgeschlossen werden. § 56. Wenn über die Rechtmäßigkeit der Ausschließung Streit entsteht, so gebührt die Entscheidung dem Staate. § 57. So weit mit einer solchen Ausschließung nachtheilige Folgen für die bürgerliche Ehre des Ausgeschlossenen verbunden sind, muß vor deren Veranlassung die Genehmigung des Staates eingeholt werden."

3. in Baden durch das Edikt, die kirchliche Staatsverfassung betreffend, vom 14. Mai 1807,

4. in Bayern durch die Edikte über die äußeren Rechtsverhältnisse der Einwohner des Königreichs Bayern in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften vom 24. März 1809 und 26. Mai 1818. (II. Beilage zu Tit. 4 § 9 der bayerischen Verf. Urk. vom 26. Mai 1818.) Vergl. oben S. 22.

5. in Sachsen durch das Mandat, die Ausübung der katholisch geistlichen Gerichtsbarkeit und die Grundsätze zur Regulirung der gegenseitigen Verhältnisse der kathol. und evang. Glaubensgenossen betreffend, vom 19. Februar 1827 und die Verfassungsurkunde vom 4. September 1831 § 32 ff.

6. in allen Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz (vergl. oben S. 28) durch die Verordnung, das landesherrliche Schutz- und Aufsichtsrecht über die katholische Kirche betreffend, vom 30. Januar 1830.

Weiss: Corp. jur. eccles. cathol. hod. (Giess. 1833). — (v. Kamptz:) Codicillus, das landesherrliche Jus circa sacra betreffend. (Berlin 1838.) — Hinschius: Preuß. Kirchenrecht im Gebiete des A. L. R. (Berl. 1884).

§ 35.

Die neueren deutschen Reichs- und Landesgesetze.

Für die heutige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche kommen in Betracht:

I. Im **deutschen Reich** die Gesetze vom 1. November 1867, betreff. die Freizügigkeit, — vom 3. Juli 1869, betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, — Gesf. vom 10. Dezember 1871 (Lex Lutziana)

u. vom 26. Februar 1876 (Strafrechtsnovelle) mit dem s. g. „Kanzelparagraph“ (Strafgesetzbuch § 130 a), — vom 4. Juli 1872, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu, — vom 4. Mai 1874, betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern (s. g. Expatriirungsgesetz), aufgehoben durch Gesetz vom 6. Mai 1890, — vom 6. Februar 1875, über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung.

Freizügigkeitsgesetz v. 1. November 1867. § 1 z. E. „Keinem Bundesangehörigen darf um des Glaubensbekenntnisses willen ... der Aufenthalt, die Niederlassung, der Gewerbebetrieb oder der Erwerb von Grundeigenthum verweigert werden.“ — **Interkonfessionelles Gesetz** v. 3. Juli 1869. § 1. „Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnissen hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben.“ — **Kanzelparagraph**, Str. G. B. § 130a. „Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufs öffentlich vor einer Menschenmenge, oder welcher in einer Kirche oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor Mehreren Angelegenheiten des Staats in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängniß oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen Geistlichen oder anderen Religionsdiener, welcher in Ausübung oder Veranlassung der Ausübung seines Berufs Schriftstücke ausgiebt oder verbreitet, in welchen Angelegenheiten des Staats in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung gemacht sind.“ — **Jesuitengesetz** v. 4. Juli 1872. § 1. „Der Orden der Gesellschaft Jesu und die ihm verwandten Orden und ordensähnlichen Kongregationen sind vom Gebiete des deutschen Reichs ausgeschlossen. Die Errichtung von Niederlassungen derselben ist untersagt. Die zur Zeit bestehenden Niederlassungen sind ... aufzulösen.“ § 2. „Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden; wenn sie Inländer sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder angewiesen werden.“ (Die Kriterien der Jesuitenverwandtschaft liegen im Ziel, in der Organisation und in der Wirksamkeit des Ordens.) — Dazu die **Bekanntmachung** des Bundesrathes vom 20. Mai 1873. „Die Kongregationen der Redemtoristen, der Lazaristen, der Priester vom heiligen Geist und der Gesellschaft vom heiligen Herzen Jesu (sind) als im Sinne des Reichsgesetzes mit dem Orden der Gesellschaft Jesu verwandt anzusehen. (Aufgehoben zu Gunsten der Redemtoristen und der Priester vom heiligen Geist durch Bekanntmachung des Bundesraths vom 18. Juli 1894.) — **Expatriirungsgesetz** v. 4. Mai 1874. § 1. „Einem Geistlichen oder anderen Religionsdiener, welcher durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte entlassen worden ist und hierauf eine Handlung vornimmt, aus welcher hervorgeht, daß er die Fortdauer des ihm entzogenen Amtes beansprucht, kann durch Verfügung der Landespolizeibehörde der Aufenthalt in bestimmten Bezirken und Orten versagt oder angewiesen werden.

UNIV. OF CALIFORNIA

Besteht die Handlung desselben in der ausdrücklichen Anmaßung des Amtes, oder in der thatsächlichen Ausübung desselben, oder handelt er der gegen ihn ergangenen Verfügung der Landespolizeibehörde zuwider, so kann er seiner Staatsangehörigkeit durch Verfügung der Centralbehörde seines Heimathsstaats verlustig erklärt und aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden. — **Eheschließungsgesetz** v. 6. Februar 1875. § 1. Die Beurkundung der Geburten, Heirathen und Sterbefälle erfolgt ausschließlich durch die vom Staat bestellten Standesbeamten mittels Eintragung in die dazu bestimmten Register." § 39. „Alle Vorschriften, welche das Recht zur Eheschließung weiter beschränken (Ehehindernisse), als es durch dieses Gesetz geschieht, werden aufgehoben." § 40. „Die Befugniß zur Dispensation von Ehehindernissen steht nur dem Staate zu. Ueber die Ausübung dieser Befugniß haben die Landesregierungen zu befinden." § 41. „Innerhalb des Gebietes des deutschen Reichs kann eine Ehe rechtsgültig nur vor dem Standesbeamten geschlossen werden." § 52. „Die Eheschließung erfolgt in Gegenwart von zwei Zeugen durch die an die Verlobten einzeln und nach einander gerichtete Frage des Standesbeamten: ob sie erklären, daß sie die Ehe mit einander eingehen wollen, durch die bejahende Antwort der Verlobten und den hierauf erfolgenden Ausspruch des Standesbeamten, daß er sie nunmehr kraft des Gesetzes für rechtmäßig verbundene Eheleute erkläre." § 76. „In streitigen Ehe- und Verlöbnißsachen sind die bürgerlichen Gerichte ausschließlich zuständig. Eine geistliche oder eine durch die Zugehörigkeit zu einem Glaubensbekenntniß bedingte Gerichtsbarkeit findet nicht statt." § 77. „Wenn nach dem bisherigen Rechte auf beständige Trennung der Ehegatten von Tisch und Bett zu erkennen sein würde, ist fortan die Auflösung des Bandes der Ehe auszusprechen". (Die Aenderungen, welche das Eheschließungsgesetz durch das am 1. Januar 1900 in Kraft tretende Bürgerliche Gesetzbuch erfährt, sind in den Artt. 40 u. 46 des Einführungsgesetzes zum B. G. B. vom 18. August 1896 zusammengestellt.)

II. In **Preußen**

1. Die **Verfassungsurkunde** vom 31. Januar 1850.

Verf. Urk. Art. 12. „Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntniß. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen." Art. 13. „Die Religionsgesellschaften, sowie die geistlichen Gesellschaften, welche keine Korporationsrechte haben, können diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen." Art. 14. „Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, unbeschadet der im Art. 12 gewährleisteten Religionsfreiheit, zum Grunde gelegt." Art. 15. (Aufgehoben S. 106.) „Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds." Art. 16. (Aufgehoben S. 106.) „Der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unter-

worfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen." Art. 17. „Ueber das Kirchenpatronat und die Bedingungen, unter welchen daſſelbe aufgehoben werden kann, wird ein beſonderes Geſetz ergehen." Art. 18. (Aufgehoben S. 106.) „Das Ernennungs-, Vorſchlags-, Wahl- und Beſtätigungsrecht bei Beſetzung kirchlicher Stellen iſt, ſoweit es dem Staat zuſteht, und nicht auf dem Patronat oder beſonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben. Auf die Anſtellung von Geiſtlichen beim Militär und an öffentlichen Anſtalten findet dieſe Beſtimmung keine Anwendung." Art. 20. „Die Wiſſenſchaft und ihre Lehre iſt frei." Art. 21. „Für die Bildung der Jugend ſoll durch öffentliche Schulen genügend geſorgt werden. Eltern und deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht laſſen, welcher für die öffentlichen Volksſchulen vorgeſchrieben iſt." Art. 22. „Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanſtalten zu gründen und zu leiten, ſteht Jedem frei, wenn er ſeine ſittliche, wiſſenſchaftliche und techniſche Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewieſen hat." Art. 23. „Alle öffentlichen und Privatunterrichts- und Erziehungsanſtalten ſtehen unter der Aufſicht vom Staate ernannter Behörden. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener." Art. 24. „Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksſchulen ſind die konfeſſionellen Verhältniſſe möglichſt zu berückſichtigen. Den religiöſen Unterricht in der Volksſchule leiten (?) die betreffenden Religionsgeſellſchaften. Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksſchule ſteht der Gemeinde zu. Der Staat ſtellt, unter geſetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden, aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksſchulen an." Art. 25. „Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksſchule werden von den Gemeinden und, im Fall des nachgewieſenen Unvermögens, ergänzungsweiſe vom Staate aufgebracht. Die auf beſonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben beſtehen . . . In der öffentlichen Volksſchule wird der Unterricht unentgeltlich ertheilt." Art. 26. „Ein beſonderes Geſetz regelt das ganze Unterrichtsweſen." Art. 112. „Bis zum Erlaß des im Art. 26 vorgeſehenen Geſetzes bewendet es hinſichtlich des Schul- und Unterrichtsweſens bei den jetzt geltenden geſetzlichen Beſtimmungen."

Woltersdorf: Preuß. Staatsgrundgeſetz und die Kirche. (Berl. 1873.) — Schwartz, Verf. Urk. f. d. preuß. Staat. (Bresl. 1896) 74 ff. — E. Richter in d. Zeitſchr. f. Kirchenr. I. 105 ff. — (Aulike:) Beiträge z. preuß. Kirchenr. 3 Hefte. (Paderb. 1854.) S. g. „Paderborner Beiträge." — Gerlach: Verhältn. d. preuß. St. z. d. kathol. K. 2. Aufl. (Paderb. 1867.)

2. Die **kirchenpolitiſche Geſetzgebung** der Jahre 1872—1891. Nach der ausgeſprochenen Abſicht der preußiſchen Staatsregierung verfolgten die ſ. g. „Kulturkampfsgeſetze" („Maigeſetze") theils den Zweck, „neue Grundlagen für die Regelung des Verhältniſſes zwiſchen Staat und Kirche" (Kultusminiſter Dr. Falk) zu ſchaffen, — inſofern waren ſie von Haus aus auf Dauer berechnet (Organiſche Geſetze); theils hatten ſie (namentlich ſeit 1874) die Aufgabe, in dem (durch die deutſche Nicht-Interventionspolitik gegenüber dem Zuſammenbruch des päpſtlichen Kirchenſtaats veranlaßten) „Machtſtreit

zwischen Königthum und Priesterthum" (Fürst Bismarck) als akute Angriffs- und Vertheidigungsmittel zu dienen, — insofern waren sie von vornherein auf „Revision" abgestellt (Kampfgesetze).

a) **Organische Gesetze**: vom 11. März 1872, betreffend die Aufsicht des Unterrichts- und Erziehungswesens, — vom 11. Mai 1873 und 21. Mai 1874 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, — vom 12. Mai 1873 über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des Königl. Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten, — vom 13. Mai 1873 über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel, — vom 14. Mai 1873, betreffend den Austritt aus der Kirche, — vom 20. Juni 1875 über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden, — vom 18. Juni 1875 über Aufhebung der Artikel 15, 16, 18 der Verfassungsurkunde, — vom 3. Juli 1875, betreffend die Rechte der altkatholischen Kirchengemeinschaften an dem kirchlichen Vermögen, — vom 7. Juni 1876 über die Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen.

Schulaufsichtsgesetz v. 11. März 1872. § 1. „Unter Aufhebung aller ... entgegenstehenden Bestimmungen steht die Aufsicht über alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten dem Staat zu. Demgemäß handeln alle mit dieser Aufsicht betrauten Behörden und Beamten im Auftrage des Staats." § 2. Die Ernennung der Lokal- und Kreisschulinspektoren und die Abgrenzung ihrer Aufsichtsbezirke gebührt dem Staate allein. Der vom Staate den Inspektoren der Volksschule ertheilte Auftrag ist, sofern sie dies Amt als Neben- oder Ehrenamt verwalten, jederzeit widerruflich." — **Vorbildungs- u. Anstellungsgesetz** v. 11. Mai 1873. § 1. „Ein geistliches Amt darf in einer der christlichen Kirchen nur einem Deutschen übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargethan hat und gegen dessen Anstellung kein Einspruch von der Staatsregierung erhoben worden ist. § 4. Zur Bekleidung eines geistlichen Amts ist die Ablegung der Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium, die Zurücklegung eines dreijährigen theologischen Studiums auf einer deutschen Staats-Universität, sowie die Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung erforderlich. § 14. Knabenseminare und Knabenkonvikte dürfen nicht mehr errichtet und in die bestehenden Anstalten dieser Art neue Zöglinge nicht mehr aufgenommen werden. § 15. Die geistlichen Oberen sind verpflichtet, denjenigen Kandidaten, dem ein geistliches Amt übertragen werden soll, dem Oberpräsidenten unter Bezeichnung des Amtes zu benennen. Dasselbe gilt bei Versetzung eines Geistlichen in ein anderes geistliches Amt oder bei Umwandlung einer widerruflichen Anstellung in eine dauernde. Innerhalb dreißig Tagen nach der Benennung kann Einspruch gegen die Anstellung erhoben werden. Die Erhebung des Einspruchs steht dem Oberpräsidenten zu. § 16. Der Einspruch ist zulässig 1. wenn dem Anzustellenden die gesetzlichen Erfordernisse

zur Bekleidung des geistlichen Amts fehlen; 2. wenn der Anzustellende wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches ... mit Zuchthaus oder mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht ist, verurtheilt ist ... 3. wenn gegen den Anzustellenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß derselbe den Staatsgesetzen oder den Anordnungen der Obrigkeit entgegenwirken oder den öffentlichen Frieden stören werde." — **Ergänzungsgesetz** v. 21. Mai 1874. Art. 4. „Wenn nach Erledigung eines geistlichen Amts ein Geistlicher wegen unbefugter Vornahme von Amtshandlungen in diesem Amte ... rechtskräftig zur Strafe verurtheilt worden ist, so ist derjenige, welchem auf Grund des Patronats oder eines sonstigen Rechtstitels das Präsentations-(Nominations-, Vorschlags-)recht zusteht, befugt, das Amt wieder zu besetzen und für eine Stellvertretung in demselben zu sorgen. Art. 8. Wenn der Berechtigte innerhalb zweier Monate ... für eine Stellvertretung nicht sorgt, oder innerhalb Jahresfrist ... die Stelle nicht wieder besetzt, so geht seine Befugniß auf die Pfarr-(Filial-, Kapellen-) Gemeinde über. Die Gemeinde hat die ... bezeichneten Befugnisse in allen Fällen, in welchen ein Präsentationsberechtigter nicht vorhanden ist. Art. 10. Kommt eine gültige Wahl zu Stande, so ist ... ein Repräsentant zu wählen, welcher die Uebertragung des Amtes an den gewählten Geistlichen auszuführen hat. Art. 11. Wird ... vom Oberpräsidenten kein Einspruch erhoben oder der erhobene Einspruch von dem Gerichtshofe verworfen, so gilt der Geistliche als rechtsgültig angestellt." — **Disziplinargesetz** v. 12. Mai 1873. § 1. „Die kirchliche Disziplinargewalt über Kirchendiener darf nur von deutschen kirchlichen Behörden ausgeübt werden. § 2. Kirchliche Disziplinarstrafen, welche gegen die Freiheit oder das Vermögen gerichtet sind, dürfen nur nach Anhörung des Beschuldigten verhängt werden. Der Entfernung aus dem Amte (Entlassung, Versetzung, Suspension, unfreiwillige Emeritirung u. s. w.) muß ein geordnetes prozessualisches Verfahren vorausgehen. In allen diesen Fällen ist die Entscheidung schriftlich unter Angabe der Gründe zu erlassen. § 3. Die körperliche Züchtigung ist als kirchliche Disziplinarstrafe oder Zuchtmittel unzulässig. § 4. Geldstrafen dürfen den Betrag von 30 Thalern, oder, wenn das einmonatliche Amtseinkommen höher ist, den Betrag des letzteren nicht übersteigen. § 5. Die Strafe der Freiheitsentziehung (§ 2) darf nur in der Verweisung in eine Demeriten-Anstalt bestehen. Die Verweisung darf die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen und die Vollstreckung derselben wider den Willen des Betroffenen weder begonnen, noch fortgesetzt werden. Die Verweisung in eine außerdeutsche Demeriten-Anstalt ist unzulässig. § 10. Gegen Entscheidungen der kirchlichen Behörden, welche eine Disziplinarstrafe verhängen, steht die Berufung an die Staatsbehörde (§ 32) offen: 1. wenn die Entscheidung von einer durch die Staatsgesetze ausgeschlossenen Behörde ergangen ist; 2. wenn die Vorschriften des § 2 nicht befolgt worden sind; 3. wenn die Strafe gesetzlich unzulässig ist; 4. wenn die Strafe verhängt ist: a) wegen einer Handlung oder Unterlassung, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten, b) wegen Ausübung oder Nichtausübung eines öffentlichen Wahl- und Stimmrechts, c) wegen Gebrauchs der Berufung an die Staatsbehörde (§ 32) auf Grund dieses Gesetzes. § 11. Die Berufung findet außerdem statt, wenn 1. die Entfernung aus dem kirchlichen Amte (§ 2, Abs. 2) als Disziplinarstrafe oder sonst wider den Willen des davon Betroffenen ausgesprochen worden

ist, und die Entscheidung der klaren thatsächlichen Lage widerspricht oder die Gesetze des Staates oder allgemeine Rechtsgrundsätze verletzt; 2. nach erfolgter vorläufiger Suspension vom Amte das weitere Verfahren ungebührlich verzögert wird. § 24. Kirchendiener, welche die auf ihr Amt oder ihre geistlichen Amtsverrichtungen bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze oder die in dieser Hinsicht von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit getroffenen Anordnungen so schwer verletzen, daß ihr Verbleiben im Amte mit der öffentlichen Ordnung unverträglich erscheint, können auf Antrag der Staatsbehörde durch gerichtliches Urtheil aus ihrem Amte entlassen werden. Die Entlassung aus dem Amte hat die rechtliche Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes, den Verlust des Amtseinkommens und die Erledigung der Stelle zur Folge. § 32. Zur Entscheidung der in den §§ 10—23 und 24—30 bezeichneten, sowie der anderweitig durch Gesetz zugewiesenen Angelegenheiten wird eine Behörde errichtet, welche den Namen: „Königlicher Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten" führt und ihren Sitz in Berlin hat." — **Zuchtmittelgesetz** v. 13. Mai 1873. § 1. „Keine Kirche oder Religionsgesellschaft ist befugt, andere Straf- oder Zuchtmittel anzudrohen, zu verhängen oder zu verkünden, als solche, welche dem rein religiösen Gebiete angehören oder die Entziehung eines innerhalb der Kirche oder Religionsgesellschaft wirkenden Rechts oder die Ausschließung aus der Kirchen- oder Religionsgesellschaft betreffen. Straf- oder Zuchtmittel gegen Leib, Vermögen, Freiheit oder bürgerliche Ehre sind unzulässig. § 2. Die nach § 1 zulässigen Straf- und Zuchtmittel dürfen über ein Mitglied einer Kirche oder Religionsgesellschaft nicht deshalb verhängt oder verkündet werden: 1. weil dasselbe eine Handlung vorgenommen hat, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten; 2. weil dasselbe öffentliche Wahl- oder Stimmrechte in einer bestimmten Richtung ausgeübt oder nicht ausgeübt hat. § 3. Eben so wenig dürfen derartige Straf- oder Zuchtmittel angedroht, verhängt oder verkündet werden: 1. um dadurch zur Unterlassung einer Handlung zu bestimmen, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten; 2. um dadurch die Ausübung oder Nichtausübung öffentlicher Wahl- oder Stimmrechte in bestimmter Richtung herbeizuführen. § 4. Die Verhängung der nach diesem Gesetz zulässigen Straf- und Zuchtmittel darf nicht öffentlich bekannt gemacht werden. Eine auf die Gemeindemitglieder beschränkte Mittheilung ist nicht ausgeschlossen. Die Vollziehung oder Verkündung derartiger Straf- oder Zuchtmittel darf auch nicht in einer beschimpfenden Weise erfolgen." — **Austrittsgesetz** v. 14. Mai 1873. § 1. „Der Austritt aus einer Kirche mit bürgerlicher Wirkung erfolgt durch Erklärung des Austretenden in Person vor dem Richter seines Wohnortes. Rücksichtlich des Uebertrittes von einer Kirche zur anderen verbleibt es bei dem bestehenden Recht. Will jedoch der Uebertretende von den Lasten seines bisherigen Verbandes befreit werden, so ist die in diesem Gesetz vorgeschriebene Form zu beobachten. § 2. Der Aufnahme der Austrittserklärung muß ein hierauf gerichteter Antrag vorangehen. Derselbe ist durch den Richter dem Vorstande der Kirchengemeinde, welcher der Antragsteller angehört, ohne Verzug bekannt zu machen. Die Aufnahme der Austrittserklärung findet nicht vor Ablauf von vier Wochen und spätestens innerhalb sechs Wochen nach Eingang des Antrages zu gerichtlichem Protokoll statt. Abschrift des Protokolls ist dem

Vorstande der Kirchengemeinde zuzustellen. § 3. Die Austrittserklärung bewirkt, daß der Ausgetretene zu Leistungen, welche auf der persönlichen Kirchen- oder Kirchengemeindeangehörigkeit beruhen, nicht mehr verpflichtet wird. Diese Wirkung tritt mit dem Schlusse des auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres ein. Zu den Kosten eines außerordentlichen Baues ... hat der Austretende bis zum Ablauf des zweiten ... Kalenderjahres ... beizutragen." — **Vermögensverwaltungsgesetz** v. 20. Juni 1875. § 1. „In jeder katholischen Pfarrgemeinde sind die kirchlichen Vermögensangelegenheiten durch einen Kirchenvorstand und eine Gemeindevertretung nach Maßgabe dieses Gesetzes zu besorgen. § 5. Der Kirchenvorstand besteht: 1. in Pfarrgemeinden aus dem Pfarrer, in Filial-, Kapellen- ꝛc. Gemeinden, welche eigene Geistliche haben, aus dem der Anstellung nach ältesten; 2. aus mehreren Kirchenvorstehern, welche durch die Gemeinde gewählt werden; 3. in dem Falle des § 39 aus dem daselbst bezeichneten Berechtigten oder dem von ihm ernannten Kirchenvorsteher. § 20. Die Zahl der Gemeindevertreter soll dreimal so groß sein, wie diejenige der gewählten Kirchenvorsteher. Mit Rücksicht auf die Seelenzahl oder die besonderen Verhältnisse einer Gemeinde kann die Zahl mit Genehmigung des Oberpräsidenten herabgesetzt werden." — **Verfassungsgesetz** v. 18. Juni 1875: „Die Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde v. 31. Januar 1850 sind aufgehoben." — **Altkatholikengesetz** v. 3. Juli 1875. § 1. „In denjenigen katholischen Kirchengemeinden, aus welchen eine erhebliche Anzahl von Gemeindemitgliedern einer altkatholischen Gemeinschaft beigetreten ist, wird die Benutzung des kirchlichen Vermögens im Verwaltungswege bis auf Weiteres nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geordnet. § 2. Der altkatholischen Gemeinschaft wird der Mitgebrauch der Kirche und des Kirchhofs eingeräumt. Sind mehrere Kirchen (Kapellen u. s. w.) vorhanden, so kann eine Gebrauchstheilung nach bestimmten Objekten verfügt werden. Die nämliche Gebrauchstheilung findet bezüglich der kirchlichen Geräthschaften statt. Ist der altkatholischen Gemeinschaft die Mehrheit der Gemeindemitglieder beigetreten, so steht der Gemeinschaft der Mitgebrauch der Kirche in den zur Abhaltung des Hauptgottesdienstes herkömmlich bestimmten Stunden, bei mehreren Kirchen der Gebrauch der Hauptkirche zu." — **Vermögensaufsichtsgesetz** v. 7 Juni 1876. § 4. „Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Aufstellung und Vorlegung eines Inventars zu fordern, Einsicht von den Etats zu nehmen, und die Posten, welche den Gesetzen widersprechen, zu beanstanden. Die beanstandeten Posten dürfen nicht in Vollzug gesetzt werden. Die Etats solcher Verwaltungen, welche Zuschüsse aus Staatsmitteln erhalten, sind der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Genehmigung einzureichen. Diese Behörde bestimmt den Zeitpunkt der Einreichung, sie regelt die formelle Einrichtung der Etats und setzt die Fristen zur Erledigung der Erinnerungen fest."

b) **Kampfgesetze**: vom 20. Mai 1874 und 13. Februar 1878 über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer, — vom 22. April 1875, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bisthümer und Geistlichen, — vom 31. Mai 1875, betreffend die geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche.

— Dazu Königliche Verordnung vom 6. Dezember 1873, betreffend Vereidigung der katholischen Bischöfe.

Bisthumsverwaltungsgesetz v. 20. Mai 1874. § 1. „In einem katholischen Bisthume, dessen Stuhl erledigt ist, dürfen die mit dem bischöflichen Amte verbundenen Rechte und geistlichen Verrichtungen, insgesammt oder einzeln, soweit sie nicht die Güterverwaltung betreffen, bis zur Einsetzung eines staatlich anerkannten Bischofs nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen dieses Gesetzes ausgeübt werden. § 2. Wer bischöfliche Rechte ... ausüben will, hat dem Oberpräsidenten ... Mittheilung zu machen, den ... kirchlichen Auftrag darzuthun sowie den Nachweis zu führen, daß er die persönlichen Eigenschaften (für Uebertragung eines geistlichen Amts) besitzt. Zugleich hat er zu erklären, daß er bereit sei, sich eidlich zu verpflichten, dem Könige treu und gehorsam zu sein und die Gesetze des Staats zu befolgen. §. 3. Innerhalb 10 Tage ... kann der Oberpräsident ... Einspruch erheben. Wenn kein Einspruch erhoben ... ist, erfolgt die ... eidliche Verpflichtung." — **Sperrgesetz** v. 22. April 1875. § 1. „In den Erzdiözesen Köln, Gnesen und Posen, den Diözesen Kulm, Ermland, Breslau, Hildesheim, Osnabrück, Paderborn, Münster, Trier, Fulda, Limburg, den Delegaturbezirken dieser Diözesen, sowie in den Preußischen Antheilen der Erzdiözesen Prag, Olmütz, Freiburg und der Diözese Mainz werden vom Tage der Verkündung dieses Gesetzes ab sämmtliche, für die Bisthümer, die zu denselben gehörigen Institute und die Geistlichen bestimmte Leistungen aus Staatsmitteln eingestellt. § 2. Die eingestellten Leistungen werden für den Umfang des Sprengels wieder aufgenommen, sobald der jetzt im Amte befindliche Bischof (Erzbischof, Fürstbischof) oder Bisthumsverweser der Staatsregierung gegenüber durch schriftliche Erklärung sich verpflichtet, die Gesetze des Staates zu befolgen." — **Klostergesetz** v. 31. Mai 1875. § 1. „Alle Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche sind, vorbehaltlich der Bestimmung des § 2, von dem Gebiete der Preußischen Monarchie ausgeschlossen. Die Errichtung von Niederlassungen derselben ist untersagt. Die zur Zeit bestehenden Niederlassungen dürfen vom Tage der Verkündigung dieses Gesetzes ab neue Mitglieder, unbeschadet der Vorschrift des § 2, nicht aufnehmen und sind binnen sechs Monaten aufzulösen. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, diese Frist für Niederlassungen, welche sich mit dem Unterricht und der Erziehung der Jugend beschäftigen, um für deren Ersatz durch anderweite Anstalten und Einrichtungen Zeit zu lassen, bis auf vier Jahre zu verlängern. Zu gleichem Behufe kann derselbe auch nach Ablauf dieses Zeitraums einzelnen Mitgliedern von Orden und ordensähnlichen Kongregationen die Befugniß gewähren, Unterricht zu ertheilen. § 2. Niederlassungen der Orden oder ordensähnlichen Kongregationen, welche sich ausschließlich der Krankenpflege widmen, bleiben fortbestehen; sie können jedoch jederzeit durch Königliche Verordnung aufgehoben werden; bis dahin sind die Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten ermächtigt, ihnen die Aufnahme neuer Mitglieder zu gestatten. § 3. Die fortbestehenden Niederlassungen der Orden und ordensähnlichen Kongregationen sind der Aufsicht des Staates unterworfen. § 4. Das Vermögen der aufgelösten Niederlassungen ... unterliegt nicht der Einziehung durch den Staat. Die Staatsbehörden haben dasselbe einstweilen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen ... Die weitere Verwendung bleibt gesetzlicher Bestimmung vorbehalten." — **Eides-Verordnung** v. 6. Dezember 1873.

„Die katholischen Bischöfe (Erzbischöfe, Fürstbischöfe) haben fortan, bevor sie die staatliche Anerkennung erhalten, Uns folgenden Eid zu leisten: Ich, N. N., schwöre bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, und auf das heilige Evangelium, daß, nachdem ich zu der Würde eines katholischen Bischofs (Erzbischofs, Fürstbischofs) erhoben worden bin, ich Seiner Königlichen Majestät von Preußen N. und Allerhöchstdessen rechtmäßigen Nachfolgern in der Regierung, als meinem allergnädigsten Könige und Landesherrn, unterthänig, treu, gehorsam und ergeben sein, Allerhöchst dero Bestes nach meinem Vermögen befördern, Schaden und Nachtheil aber verhüten, die Gesetze des Staates gewissenhaft beobachten und besonders dahin streben will, daß in den Gemüthern der meiner bischöflichen Leitung anvertrauten Geistlichen und Gemeinden die Gesinnungen der Ehrfurcht und Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterlande, der Gehorsam gegen die Gesetze und alle jene Tugenden, die in dem Christen den guten Unterthanen bezeichnen, mit Sorgfalt gepflegt werden, und daß ich nicht dulden will, daß von der mir untergebenen Geistlichkeit im entgegengesetzten Sinne gelehrt und gehandelt werde. Insbesondere gelobe ich, daß ich keine Gemeinschaft oder Verbindung, sei es innerhalb oder außerhalb des Landes, unterhalten will, welche der öffentlichen Sicherheit gefährlich werden könnte; auch will ich, wenn ich erfahren sollte, daß irgendwo Anschläge gemacht werden, die zum Nachtheil des Staates gereichen können, hiervon Seiner Majestät Anzeige machen. Alles dieses schwöre ich, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium. Amen."

c) **Revisionsnovellen**: vom 14. Juli 1880, v. 31. Mai 1882, v. 11. Juli 1883, v. 21. Mai 1886, v. 29. April 1887, v. 24. Juni 1891, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze.

Hauptpunkte der Revision: **Zum Fortbildungs- und Anstellungsgesetz** (v. 11. Mai 1873 u. 21. Mai 1874). 1. Das theologische Studium kann auch an kirchlichen Seminaren zurückgelegt werden. 2. Den kirchlichen Oberen ist die Errichtung von Konvikten gestattet. 3. Aufgehoben sind die wissenschaftliche Staatsprüfung und die Benennungspflicht für Anstellungen im geistlichen Amt ad nutum, sowie für die Anordnung einer Hülfsleistung oder Stellvertretung. 4. Das staatliche Einspruchsrecht gilt nur noch für die dauernde Uebertragung eines Pfarramts. 5. Der Einspruch ist zulässig, wenn der Anzustellende aus einem auf Thatsachen beruhenden Grunde, welcher dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Rechte angehört, für die Stelle nicht geeignet ist. 6. Das Recht des Patrons und der Gemeinden zur Besetzung von erledigten geistlichen Aemtern fällt weg. — **Zum Disziplinargesetz** (v. 12. Mai 1873). Aufgehoben sind: 1. der Ausschluß von außerdeutschen Disziplinarbehörden; 2. alle Vorschriften über den Recursus ab abusu; 3. der Königl. Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten. — **Zum Zuchtmittelgesetz** (v. 13. Mai 1873). 1. Die Versagung kirchlicher Gnadenmittel fällt nicht mehr unter das Gesetz. 2. Bis auf § 1 sind alle Vorschriften des Gesetzes aufgehoben. — **Das Sperrgesetz** (v. 22. April 1875) ist durchweg absolet geworden. Die aufgesammelten Sperrbeträge sind den Diözesen zur Verwendung überwiesen. — **Zum Klostergesetz** (v. 31. Mai 1875). 1. Der Krankenpflege steht die Pflege und Unterweisung von Blinden, Tauben, Stummen, Idioten und gefallenen Frauenspersonen gleich. 2. Zugelassen werden wieder Orden, welche sich der Seelsorge, der Uebung christlicher Nächstenliebe, dem

Unterricht und der Erziehung der weiblichen Jugend in höheren Schulen und Erziehungsanstalten widmen oder ein beschauliches Leben führen. 3. Den bestehenden oder wieder zugelassenen Orden kann gestattet werden: die Errichtung neuer Niederlassungen, die Ausbildung von Missionaren für den Dienst im Auslande, die Pflege und Unterweisung von noch nicht schulpflichtigen Kindern, die Leitung von Waisen-, Armen-, Rettungs-Anstalten 2c. 4. Den wiedererrichteten Niederlassungen wird das vom Staat in Verwahrung genommene Vermögen zurückgegeben. — **Zur Eidesverordnung** (v. 6. Dezember 1873). In dem Bischofseid ist das Gelöbniß, „die Gesetze des Staats gewissenhaft zu beobachten" gestrichen, dagegen der Schlußsatz hinzugefügt worden: „Ich verspreche dieses Alles um so unverbrüchlicher zu halten, als ich gewiß bin, daß ich mich durch den Eid, welchen ich Sr. päpstlichen Heiligkeit und der Kirche geleistet habe, zu nichts verpflichte, was dem Eide der Treue und der Unterthänigkeit gegen Se. Königliche Majestät entgegen sein könne."

Hinschius: Preuß. Kirchengesetze Kommentar. 2 Bde. und 3 Nachtragshefte. (Berl. 1873—1887.) — v. Kleinsorgen: Kirchenpolit. Gesetze Preußens u. d. deutsch. Reichs. Text in der gegenwärt. Gestaltung. (Berl. 1887.) — Hahn: Gesch. d. Kulturkampfs i. Preuß. (Berl. 1882. (Sammlung von offiziellen und offiziösen Aktenstücken.) — Majunke: Gesch. d. Kulturkampfs i. Preuß. (Paderb. 1886.)

III. In den übrigen deutschen Staaten, und zwar

1. **Baden**: die (5) Gesetze vom 9. Oktober 1860, vom 19. Februar 1874 und vom 8. März 1880, über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staat. Revidirt durch Gesetz vom 5. Juli 1888.

Spohn: Badisches Staatskirchenrecht. (Karlr. 1868.) — Heiner: Gesetze, d. kathol. K. i. Bad. betreff. (Freib. 1890.) — Friedberg: Staat u. kathol. Kirche in Baden. (Leipz. 1871.)

2. **Württemberg**: das Gesetz vom 30. Januar 1862, betreffend die Regelung des Verhältnisses der Staatsgewalt zur katholischen Kirche.

v. Golther: Staat u. kathol. Kirche in Württemb. (Stuttg. 1874.)

3. **Großherzogthum Hessen**: die (5) Gesetze vom 23. April 1875 über die rechtliche Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Staate, — den Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt, — die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen, — die religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen, — das Besteuerungsrecht der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Revidirt durch die Gesetze vom 5. Juli 1887 und 7. September 1889.

Schmidt: Kirchenrechtl. Quell. d. Großh. Hessen. (Gieß. 1891.)

4. **Sachsen**: das Gesetz vom 23. August 1876 und die Verordn. vom 13. Juli 1877, betreffend die Ausübung des staatlichen Oberaufsichtsrechts über die katholische Kirche.

v. Kremer-Auenrode: Aktenstücke zur Geschichte des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im 19. Jahrh. (Leipzig 1873 ff.) — Zorn: Die

wichtigsten neueren kirchenstaatl. Gesetze Deutschl., Oesterr., der Schweiz und Ital. (Nördl. 1876.) — Materialien zu den deutschen kirchenpolitischen Gesetzen in Dove u. Friedberg: Zeitschr. für Kirchenrecht (passim).

Anhang.

Von den neueren kirchenpolitischen Gesetzen des Auslandes gehören hierher:

1. Die **österreichischen** (3) Gesetze vom 25. Mai 1868, betreff. (1) die Wiederherstellung des Allg. Bürgerlichen Gesetzbuchs wegen des Eherechts für Katholiken und die Ueberweisung der Ehegerichtsbarkeit an die weltlichen Gerichte, (2) das Verhältniß der Schule zur Kirche, (3) die interkonfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger, — vom 7. Mai 1874, betreff. Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, (Aufhebung des Konkordats v. 1855) vom 20. Mai 1874, betreff. Anerkennung von Religionsgesellschaften.

Konfessionelle Gesetze u. Verordn. (Wien 1874.) — v. Gautsch: Die konfess. Gesetze v. 7. u. 20. Mai 1874. (Wien 1874.)

Schulaufsichtsgesetz v. 25. Mai 1868. § 1. „Die oberste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen steht dem Staate zu und wird durch die hierzu gesetzlich berufenen Organe ausgeübt. § 2. Unbeschadet dieses Aufsichtsrechts bleibt die Besorgung, Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichts und der Religionsübungen für die verschiedenen Glaubensgenossen in den Volks- und Mittelschulen der betreff. Kirche oder Religionsgesellschaft überlassen. § 6. Als Religionslehrer dürfen nur diejenigen angestellt werden, welche die betreffende konfessionelle Oberbehörde als hierzu befähigt erklärt hat. (Missio canonica!) § 7. Religionslehrbücher können erst dann die (staatliche) Genehmigung erhalten, wenn sie von der bezüglichen konfessionellen Oberbehörde für zulässig erklärt worden sind." — **Ges. über die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche** v. 7. Mai 1874. § 2. „Von Staatswegen wird zur Erlangung kirchlicher Aemter und Pfründen erfordert: die österreichische Staatsangehörigkeit; ein in sittlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht vorwurfsfreies Verhalten; diejenige besondere Befähigung, welche für bestimmte kirchliche Aemter und Pfründen in den Staatsgesetzen vorgeschrieben ist. Dieselben Eigenschaften werden bei jenen geistlichen Personen erfordert, welche zur Stellvertretung oder provisorischen Versehung dieser Aemter oder zur Hülfeleistung bei denselben berufen werden. § 3. Die Besetzung der Erzbisthümer und Bisthümer, dann der Kanonikate an sämmtlichen Kapiteln sowie die Ernennung der bischöflichen Generalvikare erfolgt in der bisherigen

Weise. In Fällen, wo die Besetzung nicht auf landesfürstlicher Ernennung oder einer landesfürstlich bestätigten kanonischen Wahl beruht, ist die ... in Aussicht genommene Person der staatlichen Kultusverwaltung anzuzeigen. Gegen eine von der letzteren erhobene Einsprache (§ 2) darf die Besetzung oder Ernennung nicht stattfinden. § 4. Alle nicht unter einem Privatpatronate stehenden kirchlichen Aemter und Pfründen, welche ganz oder zum größeren Theil aus ... öffentlichen Mitteln dotirt werden, können nur auf Grund einer durch die Staatsgewalt vorgenommenen Präsentation verliehen werden. § 6. In Fällen der freien Verleihung oder einer nicht vom Kaiser oder von den landesfürstlichen Behörden ausgehenden Präsentation, dann in dem Falle der Bestellung eines Pfarrverwesers für eine inkorporirte Pfründe hat der Bischof die hierfür ausersehene Person der Landesbehörde anzuzeigen. Der Letzteren steht zu, dem Bischofe ihre Einwendungen unter Angabe der Pfründe (§ 2) mitzutheilen. Wird von der Landesbehörde binnen 30 Tagen nach geschehener Anzeige keine Einwendung erhoben, so steht der Instituirung des betreff. Geistlichen oder der Besetzung der inkorporirten Pfründe nichts im Wege. Gegen eine von der Landesbehörde erhobene Einwendung steht die Berufung an den Kultusminister offen. Wird der Berufung nicht Folge gegeben, so darf die Instituirung oder Besetzung nicht stattfinden. § 8. Wenn ein Inhaber eines kirchlichen Amts oder einer kirchlichen Pfründe die österreichische Staatsbürgerschaft verliert oder wenn derselbe verbrecherischer oder solcher strafbarer Handlungen schuldig erkannt worden ist, die aus Gewinnsucht entstehen, gegen die Sittlichkeit verstoßen oder zu öffentlichem Aergerniß gereichen, so hat die staatliche Kultusverwaltung seine Entfernung von dem Amte oder der Pfründe zu verlangen. Hat sich ein Seelsorger eines Verhaltens schuldig gemacht, welches sein ferneres Verbleiben in dem kirchlichen Amte als der öffentlichen Ordnung gefährlich erscheinen läßt, so kann die staatliche Kultusverwaltung seine Entfernung von der Ausübung des kirchlichen Amts verlangen ... Wird dem Verlangen der Regierung seitens der kirchlichen Behörden in angemessener Frist nicht entsprochen, so ist das Amt oder die Pfründe für den staatlichen Bereich als erledigt anzusehen, und hat die Regierung dafür zu sorgen, daß jene Geschäfte, welche die Staatsgesetze dem ordentlichen Seelsorger übertragen, von einer anderen von ihr bestellten Persönlichkeit insolange versehen werden, bis das betreff. Kirchenamt in staatsgültiger Weise neu besetzt ist. § 16. Die Bischöfe sind verpflichtet, ihre Erlasse (Verordnungen, Instruktionen, Hirtenbriefe 2c.) zugleich mit deren Publikation der politischen Landesbehörde zur Kenntnißnahme mitzutheilen. § 18. Von der kirchlichen Amtsgewalt darf nur gegen Angehörige der Kirche und niemals zu dem Zwecke Gebrauch gemacht werden, um die Befolgung der Gesetze und behördlichen Anordnungen oder die freie Ausübung staatsbürgerlicher Rechte zu hindern. § 19. Bei Handhabung der kirchlichen Amtsgewalt darf kein äußerer Zwang geübt werden. § 28. Wenn durch die Verfügung eines kirchlichen Oberen ein Staatsgesetz verletzt wird, so kann der hierdurch in seinem Recht Gekränkte sich an die Verwaltungsbehörde wenden, welche Abhülfe zu schaffen hat, sofern die Angelegenheit nicht auf den Civil- oder Strafweg zu überweisen ist; im letzteren Falle kann sie provisorische Verfügungen treffen. § 30. Die Einrichtung der katholisch-theologischen Fakultäten wird durch ein besonderes Gesetz geregelt. In gleicher Weise wird bestimmt, inwieweit der Staat den Kandidaten

des geistlichen Standes eine besondere Art der Heranbildung vorschreibt. § 60. Die staatliche Kultusverwaltung hat darüber zu wachen, daß die kirchlichen Organe ihren Wirkungskreis nicht überschreiten und den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes sowie den auf Grundlage desselben von den staatlichen Behörden erlassenen Anordnungen nachkommen. Zu diesem Ende können die Behörden Geldbußen in einer den Vermögensverhältnissen angemessenen Höhe sowie sonst gesetzlich zulässige Zwangsmittel in Anwendung bringen."

Das differenzirende Moment zwischen der österreichischen und preußischen Kulturkampfsgesetzgebung liegt wesentlich darin, daß die Durchführung der österreichischen Gesetze lediglich im **administrativen Wege** (durch polizeiliche Zwangsgewalt), die der preußischen dagegen im **Rechtswege** (durch richterliche Zwangsgewalt) zu erfolgen hat.

2. Das **italienische** Gesetz vom 13. Mai 1871, betreffend die von Italien dem heiligen Stuhle und der katholischen Kirche ertheilten konstitutionellen Garantien (s. g. „Garantiegesetz." Programm Cavour: „Freie Kirche im freien Staat").

I. Tit. Die Prärogativen des Papstes und des heiligen Stuhls. Art. 1. „Die Person des Papstes ist heilig und unverletzlich. Art. 2. Ein Angriff gegen die Person des Papstes und die Anreizung dazu wird ebenso bestraft wie ein Angriff und die Anreizung dazu gegen die Person des Königs... Art. 3. Die italienische Regierung erweist dem Papste im Gebiete des Königreichs die den Souveränen zukommenden Ehrenbezeugungen und bewahrt ihm den Ehrenvorrang, der ihm von den katholischen Souveränen zuerkannt ist. Art. 4. Zu Gunsten des heiligen Stuhls wird die in einer jährlichen Rente von 3225000 Franken bestehende Dotation aufrecht erhalten... Die Dotation wird in dem großen Schuldbuche des Staats in der Form einer immerwährenden und unveräußerlichen Rente auf den Namen des heiligen Stuhls vorgemerkt werden und wird während Erledigung des heiligen Stuhls zur Bestreitung aller Bedürfnisse der römischen Kirche während dieser Zwischenzeit fortbezahlt. Art. 5. Außer der im vorigen Artikel festgesetzten Dotation verbleibt dem Papst der Nießbrauch der apostolischen Paläste des Vatikans und des Laterans nebst allen dazu gehörigen oder davon abhängigen Gebäuden, Gärten und Grundstücken, sowie die Villa von Kastel Gandolfo nebst deren Umgebung und Zubehör. Die besagten Paläste, Villa und deren Zubehör sowie auch die daselbst befindlichen Museen, die Bibliothek und die Kunst- und archäologischen Sammlungen sind unveräußerlich und frei von jeder Steuer oder Abgabe sowie von der Expropriation zu öffentlichen Zwecken. Art. 6. Während Erledigung des päpstlichen Stuhls darf keine gerichtliche oder politische Behörde aus irgend einem Grunde die persönliche Freiheit der Kardinäle hindern oder beschränken. Die Regierung trifft die nöthigen Maßregeln, um das Konklave und die ökumenischen Konzilien vor jeder Störung durch äußere Gewalt zu sichern. Art. 7. Kein Staatsbeamter oder Polizeiagent kann zur Ausübung von Amtshandlungen in die Paläste und Oertlichkeiten, wo der Papst gewöhnlich residirt oder sich zeitweilig aufhält, oder wo das Konklave oder ein ökumenisches Konzil versammelt ist, ohne die Ermächtigung des Papstes, des Konklaves oder des Konzils, eindringen. Art. 8. Es ist verboten, Untersuchungen, Nachforschungen oder Beschlagnamen von Papieren, Urkunden, Büchern oder

Registern in den ausschließlich mit einem geistlichen Wirkungskreise bekleideten päpstlichen Aemtern und Kongregationen vorzunehmen. Art. 9. Der Papst hat volle Freiheit, alle Funktionen seines geistlichen Amts auszuüben und die Akte dieses seines Amts an den Thoren der Basiliken und der Kirchen von Rom anschlagen zu lassen. Art. 10. Die Geistlichen, welche von Amtswegen in Rom an dem Erlaß von Akten der geistlichen Gewalt des heiligen Stuhls theilnehmen, dürfen dieserhalb von der Staatsgewalt weder belästigt noch zur Untersuchung oder Rechenschaft gezogen werden. Jeder Ausländer, der ein geistliches Amt in Rom bekleidet, genießt alle persönlichen Garantien, die den italienischen Staatsbürgern kraft der Gesetze des Königreichs zugesichert sind. Art. 11. Die bei Sr. Heiligkeit akkreditirten Gesandten genießen im Königreich alle Prärogativen und Immunitäten, welche nach dem Völkerrecht den diplomatischen Agenten zukommen. Die Vorschriften der Strafgesetze über Beleidigungen der bei der italienischen Regierung akkreditirten Gesandten auswärtiger Mächte werden auf Beleidigungen der vorgenannten Gesandten ausgedehnt. Den Gesandten Sr. Heiligkeit bei den auswärtigen Regierungen sind im Gebiete des Königreichs die herkömmlichen Prärogativen und Immunitäten sowohl beim Abgang nach dem Orte ihrer Mission als bei der Rückkehr von demselben zugesichert. Art. 12. Der Papst korrespondirt in voller Freiheit und ohne irgend eine Einmischung der italienischen Regierung mit dem Episkopat und mit der ganzen katholischen Welt. Zu diesem Zweck ist ihm das Recht eingeräumt, im Vatikan oder in irgend einer andern seiner Residenzen ein Post- und Telegraphenbüreau zu errichten, dessen Dienst durch von ihm frei gewählte Beamte versehen wird... (Briefe und Telegramme sind von jeder Taxe frei.) Art. 13. Die Seminarien, Akademien, Kollegien und andere zur Erziehung und Ausbildung der Geistlichen gegründeten katholischen Institute in der Stadt Rom und in den sechs suburbikarischen Bisthümern werden auch in Zukunft ausschließlich vom heiligen Stuhle ohne irgend welche Einmischung der Schulbehörden des Staats abhängen. — II. Tit. Beziehungen des Staats zur Kirche. Art. 14. Jede spezielle Beschränkung der freien Ausübung des Versammlungsrechts der Mitglieder des katholischen Klerus ist abgeschafft. Art. 15. Die Regierung verzichtet auf das Recht der apostolischen Legation in Sizilien (Monarchia Sicula) und im ganzen Königreich auf das Recht der Ernennung oder des Vorschlags bei der Verleihung der höheren Kirchenämter. Von den Bischöfen wird nicht gefordert werden, daß sie dem Könige den Eid leisten. Die höheren und niederen Benefizien können, außer in der Stadt Rom und in den suburbikarischen Bisthümern, nur Staatsbürgern des Königreichs verliehen werden. Hinsichtlich der Benefizien königlichen Patronats wird keine Neuerung eingeführt. Art. 16. Das Exequatur und das Plazet Regium und jede andere Art der staatlichen Bewilligung zur Bekanntmachung und Durchführung der Akte der kirchlichen Gewalt sind abgeschafft... Art. 17. In geistlichen Dingen und in Disziplinarangelegenheiten ist keine Klage oder Berufung gegen Akte der kirchlichen Autoritäten zulässig, noch aber wird diesen eine zwangsweise Vollzugskraft zuerkannt oder bewilligt. Die Entscheidung über die Rechtsfolgen aller Akte der geistlichen Gewalt gebührt den Staatsbehörden. Diese Akte sind wirkungslos, wenn sie den Staatsgesetzen oder der öffentlichen Ordnung widerstreiten oder Privatrechte verletzen und unterliegen eventuell den Strafgesetzen. Art. 18. Ein besonderes Gesetz wird die Maßregeln über die Regelung, die Erhaltung und die Verwaltung des Kirchenguts im

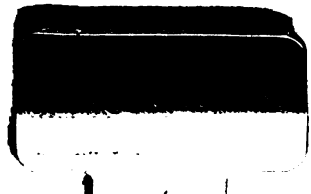
Königreiche bestimmen." Italienischer Text des Gesetzes bei Friedberg: Grenzen zw. Staat u. Kirche. (Tüb. 1872.) 917.

(E. de Tkalac:) Der Katholizismus u. d. moderne Staat. (Berl. 1873.) — Fr. Scaduto: Guarentigie pontif. e relazioni tra stato e chiesa. 2. ediz. (Tor. 1889.) — Fr. Scaduto: Diritto eccles. vig. in Italia. 2 ediz. (Tor. 1893.) 2 voll. — Geffken: Die völkerrechtl. Stellung des Papstes in v. Holtzendorffs Handbuch des Völkerrechts II. 153 ff. (Hamburg 1887.)

Druck von C. H. Schulze & Co. in Gräfenhainichen.

YC 42652

M114327

BV761
A1H8
1897

THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY